



Thomas Jahn, Peter Wehling

in Zusammenarbeit mit
Engelbert Schramm,
Irmgard Schultz

**Bewertung des Forschungs-
standes im Themenfeld
„Ökologische Handlungsfelder“
unter sozial-ökologischen
Aspekten**

Abschlußbericht – Im Auftrag
der GrünGürtel Frankfurt GmbH

ISOE-Materialien Soziale Ökologie, Nr. 8
ISSN 1614-8193

Thomas Jahn, Peter Wehling
in Zusammenarbeit mit Engelbert Schramm, Irmgard Schultz

Bewertung des Forschungsstandes im Themenfeld
„Ökologische Handlungsfelder“ unter sozial-ökologischen Aspekten
Abschlußbericht – Im Auftrag der GrünGürtel Frankfurt GmbH

Herausgeber:
Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) GmbH
Hamburger Allee 45
60486 Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, 1993 (Nachdruck)

Inhalt

<u>0. Zusammenfassung</u>	2
<u>I. Problemstellung: Der GrünGürtel als ökologisches Handlungsfeld</u>	5
<u>II. Darstellung und Bewertung des Forschungsstandes zu einzelnen Konzepten im Themenbereich "ökologische Handlungsfelder"</u>	12
1. Entwicklungskonzepte	12
1.1. "Sustainable development"	13
1.2. Nachhaltiger Konsum und Dienstleistungsansatz	19
1.3. Neues Wohlstandsmodell	24
1.4. Anknüpfungsmöglichkeiten für die GrünGürtel-Gestaltung	27
2. Kooperationskonzepte	33
2.1. "ExpertInnen vor Ort"	34
2.2. Runde Tische	37
2.3. Mediationsverfahren	38
2.4. Privatrechtliche Kooperationen	42
2.5. Landschaftspflegeverbände und -verträge	44
2.6. Zukunftswerkstätten	47
2.7. Planungszellen	50
2.8. Anknüpfungsmöglichkeiten für die GrünGürtel-Gestaltung	54
3. Kommunikationskonzepte	62
3.1. Öko-Marketing und Marketing für Ökologie	63
3.2. Environmental Relations	64
3.3. Public Awareness	66
3.4. Anknüpfungsmöglichkeiten für die GrünGürtel-Gestaltung	70
<u>III. Fallbeispiel: Maurice-Rose-Airfield, Bonames - Interessenkonflikte und Lösungsansätze</u>	74
<u>IV. Empfehlung</u>	84
<u>V. Literatur</u>	93

0. Zusammenfassung

Das GrünGürtel-Projekt der Stadt Frankfurt am Main, stellt einen weitreichenden Ansatz zu einer vorsorgeorientierten kommunalen Umweltpolitik und Landschaftsgestaltung dar. Es benötigt für die Aufgabe, den GrünGürtel als Raum für ökologische Funktionen langfristig zu sichern und zu entwickeln sowie seine soziale Aneignung und Nutzung durch die Frankfurter BürgerInnen zu ermöglichen und zu moderieren, neuartige Handlungskonzepte und -anregungen.

Als "ökologisches Handlungsfeld" liegt der GrünGürtel quer zu den tradierten Ressortzuständigkeiten in Politik und Verwaltung und eröffnet neue Zeithorizonte und räumliche Bezüge politischen und administrativen Handelns. Wie in anderen ökologischen Handlungsfeldern treten auch hier neue soziale Akteure und neuartige Konflikte auf, so daß die herkömmlichen Formen der Kooperation und Konfliktregulierung nur mehr unvollkommen greifen. Vor diesem Hintergrund sollte sich die GrünGürtel-Gestaltung auf reflektierte Konzepte einer zukunftsfähigen *Entwicklung* des natürlichen und sozialen Raums, einer überzeugenden *Vermittlung* der damit einhergehenden Ziele und Notwendigkeiten in die städtische Öffentlichkeit sowie auf flexible Formen und Instrumente der Konfliktbearbeitung und der Kooperation mit unterschiedlichen sozialen Akteuren stützen (vgl. Teil I).

In der vorliegenden Ausarbeitung wird (in Teil II) der Forschungsstand im Themenbereich "ökologische Handlungsfelder" unter sozial-ökologischen Aspekten und im Hinblick auf mögliche Umsetzungen für die GrünGürtel-Gestaltung bewertet. Die zu bewertenden Konzepte sind dabei unterteilt worden in

1. Entwicklungskonzepte
2. Kooperationskonzepte
3. Kommunikationskonzepte.

Im Anschluß an die Darstellung der jeweils wichtigsten Konzepte aus der wissenschaftlichen und umweltpolitischen Diskussion werden in diesen drei Feldern vielfältige und differenzierte *Anknüpfungsmöglichkeiten* für die GrünGürtel-Gestaltung aufgezeigt (vgl. die Abschnitte 1.4.; 2.8.; 3.4. in Teil II).

Überprüft und exemplarisch konkretisiert werden Umsetzungsmöglichkeiten für einzelne Konzepte am Fallbeispiel der Probleme und Konflikte bei der Integration des ehemaligen Hubschrauberlandeplatzes Bonames in den GrünGürtel (vgl. Teil III). Dabei werden

die vorhandenen Interessenlagen knapp skizziert, und für die GrünGürtel-GmbH Vorschläge zur Moderierung der bestehenden und zukünftig zu erwartenden Konflikte um die Nutzung des Geländes erarbeitet. Es zeigt sich, daß in diesem Rahmen vor allem *Runde Tische* und *Zukunftswerkstätten* sinnvolle Handlungsperspektiven eröffnen.

Aus der Bewertung des aktuellen Diskussionsstandes zu ökologischen Handlungsfeldern werden (in Teil IV) spezifische Empfehlungen für die GrünGürtel-GmbH abgeleitet. Diese beziehen sich auf die Rolle der GmbH selbst, auf die Notwendigkeit einer übergreifenden Leitorientierung für die GrünGürtel-Gestaltung sowie auf Formen des Einstiegs in eine "nachhaltige Entwicklung" im GrünGürtel:

- Der GrünGürtel-GmbH wird empfohlen, ihre Aufgabe vorwiegend als eine *Dienstleistung* wahrzunehmen, die wesentlich in der Vermittlung zwischen den Zielen, Interessen und Sichtweisen der verschiedenen städtischen Ämter, zwischen Kommunalverwaltung und Frankfurter BürgerInnen sowie zwischen den unterschiedlichen NutzerInnen-Gruppen im GrünGürtel besteht.
- Als Leitorientierung für die GrünGürtel-Gestaltung wird das Konzept der "*nachhaltigen Entwicklung*" vorgeschlagen, weil es allgemeine und möglicherweise konsensfähige Ziele gesellschaftlicher Entwicklung gerade unter ökologischen Perspektiven formuliert, zugleich aber offen genug für regionale und lokale Besonderheiten ist.
- Als Einstieg in eine "nachhaltige Entwicklung" im GrünGürtel werden zum einen Formen eines regionalen Wissenstransfers empfohlen, der dem Austausch des Wissens der unterschiedlichen, an der GrünGürtel-Gestaltung beteiligten Akteure sowie der praxisorientierten Konkretisierung des Konzepts einer "nachhaltigen Entwicklung" dienen soll. Dabei sind die Errichtung einer GrünGürtel-Stiftungsprofessur an der Universität Frankfurt sowie die Initiierung und Förderung stadtteilbezogener *NaturGeschichtswerkstätten* besonders hervorzuheben. Zum anderen wird vorgeschlagen, integrierte Modelle der Pflege und Nutzung von Teillandschaften im GrünGürtel zu fördern. Hier wird der GrünGürtel-GmbH vor allem empfohlen, sich um thematisch begrenzte *sozial-ökologische Allianzen* zwischen unterschiedlichen sozialen Akteuren (Unternehmen, Landwirte, Vereine, städtische Einrichtungen, Privatpersonen) zu bemühen. Als denk-

bare Modelle werden zum Beispiel Vereinbarungen zur Versorgung der Kantinen von grüngürtel-nahen Unternehmen mit umweltverträglich erzeugten Lebensmitteln aus dem GrünGürtel genannt oder verschiedene Formen von Baumpatenschaften zur Nutzung und Pflege gefährdeter Streuobstwiesen.

I. Problemstellung: Der GrünGürtel als ökologisches Handlungsfeld

Nicht nur in globalem Maßstab, sondern auch auf lokaler Ebene spitzen sich die ökologischen Probleme immer mehr zu: Wassernotstand und Gefährdung des regionalen Wasserhaushalts in Südhessen; hohe Ozonbelastung durch Verkehr und Industrieemissionen; Baumsterben im Stadtwald; Verschmutzung der Flüsse Main und Nidda durch Abwässer, Düngemittel- und Pestizideintrag; Altlasten im Boden und Gefahren für das Grundwasser sowie fortschreitende Flächenversiegelung infolge der Ausdehnung der Stadt in das Umland - solche Stichworte kennzeichnen die umweltpolitische Situation in Frankfurt am Main und der Rhein-Main-Region. Die 1991 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Sicherung und Entwicklung des "GrünGürtels Frankfurt" ist eine zukunftsweisende kommunale und regionale Antwort auf die ökologischen Problemlagen. Der GrünGürtel stellt sowohl materiell als auch symbolisch einen Gegenentwurf zum lange Zeit für unvermeidlich und grenzenlos gehaltenen Wachstum der Finanzmetropole dar: Er markiert eine materielle Grenze für ihre weitere räumliche Ausdehnung und er symbolisiert darüber hinaus die Notwendigkeit eines zukunftsfähigen Ausgleichs zwischen ökonomischem Wachstum und Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen.

In den Jahren seit Beginn der GrünGürtel-Planung 1990 hat das Projekt eine Reihe unterschiedlicher Attribute und Zuschreibungen erfahren - als "Vision offener Grünräume", als Ausdruck eines neuen Verhältnisses von Stadt und Natur, als Vorreiter für eine ökologische Stadtentwicklungspolitik, als Kompensationsprojekt gegenüber der fortschreitenden funktional-räumlichen Zersiedelung der Region oder als ein Versuch, die Krise der Stadt als Form der Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse¹ zu problematisieren

In jedem Fall stellt das GrünGürtel-Projekt der Sicherung und Entwicklung hochwertiger Naturräume bei ihrer gleichzeitigen sozialen Nutzung einen langfristigen, auf "Bewahrung" und "Gestaltung" angelegten Prozeß auf drei Ebenen dar: der Ebene 1. der sozialen, ökonomischen und naturräumlichen Entwick-

¹ Vgl. dazu Jahn 1991 sowie zum Konzept der "gesellschaftlichen Naturverhältnisse" Jahn 1990.

lung, 2. der gesellschaftlichen Kooperation und 3. der öffentlichen Kommunikation. Wählt man eine solche Beschreibung, so stößt man zunächst auf eine Reihe von Dilemmata: ein Strukturdilemma, ein Planungsdilemma und ein Vermittlungsdilemma.

- *Strukturdilemma*: Der GrünGürtel muß in seiner langfristigen Entwicklung unter Beweis stellen können, daß und wie eine Entkopplung von physischem Wachstum der Stadt und ihrer sozialen Weiterentwicklung praktisch möglich ist. Er führt aber zunächst zu einer Verknappung der verfügbaren Flächen - hier liegt ganz unmittelbar sein politischer Konfliktstoff - und damit zu einer Verschärfung der Wachstumsproblematik.
- *Planungsdilemma*: Die Sicherung, Pflege und Gestaltung des GrünGürtels als eines offenen, siedlungsnahen Grünraumes ist nur möglich im Rahmen einer langfristig angelegten und zugleich partizipationsorientierten, kooperativen städtischen Politik und Planung. Zunächst aber aktualisiert und bündelt der GrünGürtel bestehende Konfliktlagen (zwischen Ökonomie und Ökologie, zwischen Ökologie und Sozialem etc.), verschärft sie und löst neue Konflikte aus, ohne sich auf im traditionellen Sinne klar umrissene Interessengruppen stützen zu können und ohne sich in einem definierten Feld von Aushandlungsmechanismen für Konflikte zu bewegen.
- *Vermittlungsdilemma*: Die Sicherung des GrünGürtels bedeutet Nutzungseinschränkungen bis hin zu Verboten sowohl hinsichtlich überkommener Nutzungen im GrünGürtel als auch gegenüber der Expansion neuer Nutzungsformen in den GrünGürtel hinein. Solche Einschränkungen können nur Erfolg haben, wenn gleichzeitig neue Nutzungsqualitäten sichtbar und erfahrbar gemacht werden. In diesem Sinne ist der GrünGürtel auch die Probe auf die Möglichkeit eines neuen Verhältnisses von Wohlstand und Konsum, in welchem Wohlstand unter sozialen und ökologischen Kriterien entkoppelt ist vom wachsenden Konsum von Waren und Dienstleistungen und von den damit verknüpften Verhaltens- und Nutzungsmustern.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, daß die Sicherung und Gestaltung des GrünGürtels die Stadt Frankfurt - und zwar sowohl die städtische Politik und die organisierten Interessengruppen als auch die einzelnen BürgerInnen - mit neuen Anforderungen konfrontiert. Insbesondere die kommunale Politik benötigt

für die Aufgabe, den GrünGürtel als einen Raum für ökologische Funktionen langfristig zu bewahren und zu entwickeln sowie seine soziale Aneignung durch die Frankfurter BürgerInnen zu ermöglichen und zu moderieren, neue Handlungskonzepte und -anregungen. In diesem Kontext steht unser Auftrag seitens der GrünGürtel-GmbH, den Forschungsstand im Themenbereich "ökologische Handlungsfelder" unter sozial-ökologischen Aspekten zu bewerten und Empfehlungen für die Implementation einzelner Konzepte bei der Gestaltung des GrünGürtels zu formulieren.

Die zu bewertenden Konzepte haben wir - entsprechend den oben skizzierten Dilemmata - idealtypisch unterteilt in

1. *Entwicklungskonzepte*
2. *Kooperationskonzepte*
3. *Kommunikationskonzepte.*

Der GrünGürtel teilt die genannten Dilemmata mit anderen "ökologischen Handlungsfeldern", etwa dem Abfallproblem, der Energieversorgung, den Problemen des Verkehrs, dem gesellschaftlichen Umgang mit Wasser oder dem Verhältnis von Naturschutz und Landwirtschaft. Eine knappe Skizzierung des spezifischen und neuartigen Charakters ökologischer Handlungsfelder trägt daher wesentlich zum genaueren Verständnis der mit der GrünGürtel-Gestaltung sich stellenden Aufgaben in den Dimensionen der Entwicklung, der Kooperation und der Kommunikation bei.

Seit den frühen 70er Jahren haben die zunehmenden Gefährdungen der natürlichen Lebensgrundlagen, zusammengefaßt als "ökologische Krise", wachsende Aufmerksamkeit in Öffentlichkeit, Wissenschaft und Politik gefunden. In den einzelnen Phänomenen und Problemlagen der ökologischen Krise (von der "Klimakatastrophe" über das "Waldsterben" bis hin zu regionalen und lokalen Umweltproblemen) durchdringen sich gesellschaftliche Handlungszusammenhänge und natürliche Wirkungsketten und lösen eine neuartige Krisendynamik aus. In den dadurch geprägten "ökologischen Handlungsfeldern" steht das soziale, politische und ökonomische Handeln vor grundlegend neuen Anforderungen.

Die Besonderheit ökologischer Handlungsfelder liegt darin, daß in den neuartigen Problemlagen geläufige Unterscheidungen (etwa zwischen "Gesellschaft" hier, "Natur" dort) sowie herkömmliche Grenzziehungen und Zuständigkeiten (beispielsweise zwischen Ressorts der öffentlichen Verwaltung, zwischen wissenschaft-

lichen Disziplinen oder zwischen "Experten" und "Laien") in Frage gestellt werden. Ökologische Handlungsfelder liegen damit quer zu traditionellen Politikbereichen (und greifen auch über das Feld der inzwischen etablierten Umweltpolitik hinaus). Sie beziehen sich auf natürliche Wirkungszusammenhänge und deren gesellschaftliche Gestaltung² und machen sowohl neue Zeithorizonte (etwa über Wahl- und Legislaturperioden hinaus) als auch neue räumliche Bezüge politischen Handelns (z. B. über die Grenzen von Verwaltungseinheiten hinaus) erforderlich. Zugleich entstehen in ökologischen Handlungsfeldern gesellschaftliche Konflikte, die über die tradierten sozialen Gegensätze (zwischen sozialen Schichten, zwischen Arbeit und Kapital, zwischen den Geschlechtern etc.) hinausweisen und sich mit den geläufigen Interessenkoalitionen und Handlungsmustern kaum mehr bearbeiten lassen. Die eingeschliffenen sozialstaatlichen Verfahren der Konfliktlösung etwa stoßen thematisch an ihre Grenze, wenn die Ansprüche an die Unversehrtheit der natürlichen Lebensgrundlagen in einzelnen Regionen strittig werden oder wenn die Lebenschancen zukünftiger Generationen erhalten werden müssen; sie versagen als Verfahren, wenn ihr zentraler Ausgleichsmechanismus, die Verteilung wachstumsbedingter Wohlstandszuwächse, leer läuft oder sogar selbst krisenverschärfend wirkt (vgl. Beck 1988).

Die ökologischen Problemlagen und die damit verbundenen gesellschaftlichen Konflikte machen neue Ansätze für politisches, ökonomisches und soziales Handeln erforderlich. In den letzten 20 Jahren sind im Zusammenhang mit der öffentlichen Wahrnehmung der ökologischen Problematik, mit der Herausbildung einer staatlichen Umweltpolitik, dem Auftreten neuer sozialer Akteure (neue soziale Bewegungen, Bürgerinitiativen, Umweltverbände, wissenschaftliche "GegenexpertInnen" etc.) sowie dem Aufbrechen neuartiger Konflikte eine Reihe von Konzepten und Modellen entwickelt worden, die auf je unterschiedliche Weise der Spezifik ökologischer Handlungsfelder Rechnung

² Da ökologische Handlungsfelder geprägt sind von dem Zusammenspiel gesellschaftlicher und natürlicher Wirkungselemente, können sie auch als *sozial-ökologische Handlungsfelder* bezeichnet werden. Im folgenden verwenden wir den Begriff ökologische Handlungsfelder genau in diesem Sinn einer Überlappung, Durchdringung und wechselseitigen krisenhaften Verschärfung gesellschaftlicher Handlungszusammenhänge und natürlicher Wirkungsdynamiken.

tragen. Unterscheiden lassen sich dabei erstens neue Modelle und Ziele der gesellschaftlichen Entwicklung, zweitens neue Formen und Instrumente der Kooperation, Konfliktregulierung und Planung sowie drittens neue Ansätze der Kommunikation und öffentlichen Vermittlung.

Die Gestaltung des GrünGürtels als vernetzten, stadtnahen Naturraumes stellt zweifellos ein ökologisches Handlungsfeld von großer Bedeutung für die zukünftige Entwicklung der Stadt Frankfurt und des Rhein-Main-Gebietes dar. Der spezifische Charakter ökologischer Handlungsfelder tritt hier um so deutlicher hervor, als Sicherung und Entwicklung des GrünGürtels einen Prozeß darstellen, der zeitlich prinzipiell offen ist. Denn es handelt es sich hierbei nicht um die einmalige Einrichtung und Umzäunung eines Naturschutzgebietes, sondern um die langfristige Sicherung, Gestaltung und soziale Aneignung eines "offenen Grünraumes" - bei sich wandelnden Interessen und Erwartungen der BürgerInnen und unter sich ändernden gesellschaftlichen und ökologischen Rahmenbedingungen. Dies läßt vielfältige Nutzungskonflikte zwischen den unterschiedlichsten sozialen Akteuren erwarten, und macht neue Bündnisse in Stadt und Region erforderlich. Und es weist gleichzeitig auf die Notwendigkeit neuer, konsensfähiger Leitorientierungen für eine zukunftsfähige und -offene gesellschaftliche Entwicklung hin.

Im GrünGürtel als ökologischem Handlungsfeld verschränken sich gesellschaftliche Interessen, Handlungsmuster und Deutungen mit naturräumlichen Gegebenheiten und natürlichen Wirkungszusammenhängen. Dies macht ihn zu einem *sozial-ökologischen Raum*. Als solcher ist er sowohl symbolisch als auch materiell bestimmt - aber nicht so, daß "das Soziale" das symbolische Element darstellte und "das Ökologische" das materielle. Vielmehr enthalten beide Seiten in sich einen symbolischen und einen materiellen Aspekt: Das Soziale umfaßt symbolische Deutungen ebenso wie materielle Praktiken und Strukturen des Handelns, das Ökologische stellt nicht nur die materielle Naturgrundlage des GrünGürtels dar, sondern zugleich und untrennbar davon die kulturellen Symbolisierungen dieser Naturgrundlage, d.h. die gesellschaftlichen Bilder von "Natur" und "Landschaft" (vgl. dazu Kramer 1993). "Natur" existiert hier nur im Kontext gesellschaftlicher Naturverhältnisse und im Kontext gesellschaftlicher Symbolisierungen und Deutungen, die auch eine Geschichte

haben und veränderbar sind. Handlungskonzepte müssen sich daher immer zugleich auf die natürlichen und sozialen Momente des GrünGürtels, und dabei jeweils auf deren materielle und symbolische Aspekte beziehen. So verschränken sich etwa in der übergreifenden Frage nach dem gesellschaftlich gewünschten Natur- und Landschaftsbild im GrünGürtel ästhetische Gestaltungskriterien mit Formen der sozialen Nutzung sowie mit Erfordernissen der ökologischen Bewahrung und der Entwicklung der Ökosysteme und Teillandschaften. Die Besonderheit des GrünGürtels als eines sozial zu gestaltenden Naturraumes liegt gerade darin, daß diese Dimensionen nicht voneinander zu trennen sind.

Wenn "Natur" immer nur im Kontext gesellschaftlicher, d.h. materieller und symbolischer Aneignungsformen existiert, dann stellt auch Ökologie keine wie auch immer geartete übergeordnete Naturgesetzlichkeit dar. "Ökologisches Handlungsfeld" ist daher keinesfalls so zu verstehen, daß hier vermeintlich "objektive" Naturgesetze und Kreisläufe zur Geltung zu bringen wären. Vielmehr geht es im GrünGürtel um die zukunfts offene Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse durch die Stadt Frankfurt unter verschiedenen, miteinander in Ausgleich zu bringenden Aspekten und Nutzungsansprüchen: Naturschutz und Erfahrbarkeit von "unberührter Natur"; ästhetische Landschaftsgestaltung; Freizeit und Erholung; umweltsichernde Landschaftspflege sowie Land- und Forstwirtschaft. Als sozial-ökologischer Raum ist der GrünGürtel somit ein *Raum der städtischen Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse* (und *darin* liegt sein Modellcharakter über Frankfurt hinaus). Hier muß versucht werden, sich wandelnde gesellschaftliche Nutzungs- und Aneignungsinteressen mit den Ansprüchen der Erhaltung einer hochwertigen "Stadt-Landschaft" immer wieder neu in Einklang zu bringen. Darin liegt der wesentlich prozessuale Charakter des GrünGürtels, an dem auch die rechtliche Absicherung von Rahmenbedingungen (etwa der Ausschluß bestimmter Nutzungsarten) nichts Grundsätzliches ändert.

Sicherung und Gestaltung des GrünGürtels stellen somit in doppelter Hinsicht ein ökologisches Handlungs- und Konfliktfeld dar: zum einen im Hinblick auf seine Sicherung als ganzen im Kontext der städtischen und regionalen Politik sowie der ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklung von Stadt und Region; zum anderen im Hinblick auf die innere Ausgestaltung des GrünGürtels selbst bzw. seiner ein-

zelenen Teilstücke, da hier immer wieder unterschiedliche Nutzungsinteressen auftreten werden und daher entsprechende Konflikte zu regulieren und auszugleichen sind.

Vor diesem Hintergrund benötigt die GrünGürtel-Gestaltung handlungsorientierte Konzepte einer langfristigen Entwicklung des natürlichen und sozialen Raums, einer überzeugenden Vermittlung der damit einhergehenden Ziele und Notwendigkeiten in die städtische Öffentlichkeit sowie flexible Formen und Instrumente der Konfliktbearbeitung und der Kooperation mit unterschiedlichen sozialen Akteuren. Dazu müssen die in den letzten Jahren im umweltpolitischen und ökologischen Diskurs formulierten und diskutierten Konzepte und Modelle auf die besonderen Problemlagen im GrünGürtel, in Frankfurt und in der Rhein-Main-Region bezogen und zugleich Handlungsmöglichkeiten der verschiedenen sozialen Akteursgruppen sichtbar gemacht werden. Auf solche regional- und akteurspezifischen Konkretisierungen, die gegenwärtig in der ökologischen Debatte erst am Rande vorliegen, zielen unsere folgenden Überlegungen.

Die laut Auftrag in ihrem Forschungsstand zu bewertenden Konzepte sind zu den drei Feldern der Entwicklungs-, Kooperations- und Kommunikationskonzepte gruppiert worden. Die Darstellung des Forschungsstandes zu den einzelnen Konzepten versucht nach Möglichkeit, einer Aufteilung in: Entwicklung des Konzepts; Methoden und Instrumente; Anwendungsfelder und Ergebnisse; zu folgen. Ausgehend vom aktuellen Stand der umweltpolitischen und wissenschaftlichen Diskussion werden in jedem der drei genannten Felder nach der Darstellung der jeweiligen Konzepte Anknüpfungs- und Umsetzungsmöglichkeiten für die GrünGürtel-Gestaltung aufgezeigt.

II. Darstellung und Bewertung des Forschungsstandes zu einzelnen Konzepten im Themenbereich "Ökologische Handlungsfelder"

1. Entwicklungskonzepte

Gesellschaftliche Entwicklung ist lange Zeit in den westlichen Industrieländern nicht als ein sozial, politisch oder kulturell zu gestaltendes Handlungsfeld begriffen worden. Die Karriere des Begriffs "Entwicklung" nach dem Zweiten Weltkrieg verdankte sich vielmehr seiner ausschließlichen Anwendung auf die sogenannten "unterentwickelten" Länder der Dritten Welt.³ Dabei wurde Entwicklung als nachholende Entwicklung hin zu dem in den westlichen Gesellschaften bereits erreichten Zustand definiert und faktisch mit Wirtschaftswachstum und Industrialisierung gleichgesetzt.

Aus dieser Verengung des Begriffs folgte unmittelbar, daß "Entwicklung" in den westlichen Ländern nicht als eine gesellschaftlich zu gestaltende Aufgabe begriffen werden mußte. Die Zukunft der industrialisierten Gesellschaften wurde faktisch der Eigendynamik des Marktes und dem eng mit wirtschaftlichen Zielsetzungen verflochtenen Prozeß technologischer Innovation überlassen. Erst seit Anfang der 70er Jahre haben das Scheitern der wachstumsorientierten Entwicklungsmodelle in der Dritten Welt und die einsetzende Diskussion um die globalen "Grenzen des Wachstums" auch in den Industriegesellschaften ein Bewußtsein dafür entstehen lassen, daß die bisherige, ökonomistisch verengte Vorstellung von Entwicklung nicht mehr aufrechtzuerhalten ist (vgl. Harborth 1993). Der westliche und der komplementäre östliche Entwicklungsweg haben sich als eine für die meisten Länder der Dritten Welt unbrauchbare Perspektive erwiesen; zudem wären das Produktions- und Konsummodell der Industriegesellschaften nur mit katastrophalen ökologischen Folgeschäden weltweit verallgemeinerbar. Einzelne Ansätze sowohl im entwicklungs- als auch im umweltpolitischen Diskurs haben in den letzten Jahren versucht, dieser Situation Rechnung zu tragen und neue Modelle und Leitbilder gesellschaftlicher "Entwicklung" zu entwerfen.

³ Vgl. zur Geschichte und Karriere des Entwicklungsbegriffs Sachs 1992a; Esteva 1993.

1.1. Sustainable Development

a) Entstehung und Weiterentwicklung des Konzepts

Das Konzept "sustainable development", inzwischen meist als "nachhaltige Entwicklung" übersetzt, gelegentlich auch als "dauerhafte", "tragfähige" oder "zukunftsfähige" Entwicklung, ist zu Anfang der 80er Jahre, nach dem Scheitern der traditionellen, wachstumsorientierten Entwicklungskonzepte, in die umwelt- und entwicklungspolitische Debatte gekommen (vgl. Harborth 1989). Weltweit bekannt geworden ist "sustainable development" durch den Brundtland-Bericht der UN-Kommission für Umwelt und Entwicklung von 1987 (dt. Hauff 1987). Darin wird sustainable development wie folgt definiert: "Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können. (...) Dementsprechend müssen die Ziele wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung im Hinblick auf Dauerhaftigkeit definiert werden in allen Ländern - Industrie- und Entwicklungsländer, marktorientierte oder zentral gelenkte." (Hauff 1987: 46)

Auch wenn diese Definition äußerst allgemein bleibt, sind in ihr doch die beiden wichtigsten konzeptionellen Neuerungen von sustainable development gegenüber der traditionellen entwicklungspolitischen Debatte enthalten: Zum einen wird jetzt davon ausgegangen, daß gesellschaftliche Entwicklung mit ökonomischem Wachstum nicht einfach identisch sein kann, sondern sich (vor allem) mit der Begrenztheit der natürlichen Lebensgrundlagen im Einklang halten muß. Zum zweiten bedeutet dies, daß der Begriff und die Notwendigkeit von "Entwicklung" nicht mehr, wie es 40 Jahre lang üblich war, ausschließlich auf die sogenannten "Entwicklungsländer" der "Dritten Welt" bezogen werden kann, sondern die vermeintlich bereits "entwickelten" Industriegesellschaften des Westens (und Ostens) miteinschließen muß. "Entwicklung" muß daher gesellschaftlich gestaltet werden, und für diese Aufgabe müssen Kriterien und Konzepte erarbeitet werden.

Deutlich wird zugleich, daß das Konzept eine ökologische und eine soziale Dimension enthält: Sustainable development bedeutet nicht nur die langfristige Sicherung und Erhaltung der natürlichen Reproduktionsgrundlagen, sondern auch ihre zukunftsoffene Nutzung. Der gegenwärtige Umgang mit den natürlichen

Reproduktionsgrundlagen muß so ausgestaltet werden, daß für zukünftige Generationen möglichst wenige Nutzungen ausgeschlossen werden, oder zumindest, daß dieselbe Nutzung wie heute auch den künftigen Generationen möglich ist.

Das Konzept sustainable development, wie es im Brundtland-Bericht expliziert wurde, wurde in der Folgezeit aber innerhalb der ökologischen und entwicklungspolitischen Diskussion mit einer Reihe von schwerwiegenden Einwänden konfrontiert. Kritisiert wurde insbesondere, daß die Kommission zum Zweck der Überwindung der Armut in der Dritten Welt weiterhin auf industrielles Wachstum - und zwar sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungsländern - setzte und sich dabei auf ein eher unreflektiertes Vertrauen in den "technischen Fortschritt" im Sinne weitgehender Material- und Energieeinsparungen stützte (vgl. Harborth 1989: 48ff; Kopfmüller 1991: 32f.). In den Augen mancher Kritiker wurde damit sogar grundsätzlich unklar, ob es sich bei sustainable development tatsächlich um ein strategisches Konzept zur Anpassung gesellschaftlicher und ökonomischer Entwicklung an ökologische Erfordernisse (und damit zur Entkopplung von Wachstum und Entwicklung) handelt oder nicht eher um eine geschickte Reformulierung industrieller Wachstumsmodelle mittels eines optimierten globalen Energie- und Ressourcenmanagements (Sachs 1992a,b).

Unabhängig davon richteten sich zahlreiche Einwände darauf, daß die Formulierung des Konzepts im Brundtland-Bericht sehr stark programmatisch und äußerst allgemein geblieben ist. Als notwendig werden daher Konkretisierungen und Operationalisierungen des Konzepts sowohl auf internationaler als auch auf nationaler und regionaler Ebene angesehen.⁴ Erst wenn solche Operationalisierungen und konkrete Umsetzungen gelingen, kann auch begründet darüber entschieden werden, ob es sich bei sustainable development lediglich um ein neues Schlagwort handelt, das eine Versöhnung von Entwicklung und Ökologie nur suggeriert, oder tatsächlich um ein neues Handlungsmodell, das sowohl zukunftsfähige gesellschaftliche Weiterentwicklung als auch langfristige Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ermöglicht.

⁴ Auch der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung zu Globalen Umweltveränderungen (WBGU) sieht bei der Operationalisierung von sustainable development einen vorrangigen Forschungsbedarf (vgl. WBGU 1993).

Ungeachtet der genannten Kritiken und noch ungeklärten inneren Ambivalenzen des Konzepts hat sich sustainable development aber in den letzten Jahren in der umwelt- und entwicklungspolitischen Diskussion als eine Art konzeptioneller Rahmen etabliert, innerhalb dessen verschiedene Einzelüberlegungen formuliert werden, die zugleich auch Konkretisierungsversuche darstellen. Das Konzept ist durch den Brundtland-Bericht zunächst als globales Entwicklungsmodell in die Diskussion gebracht worden. Doch Ansätze zur Konkretisierung und Operationalisierung von nachhaltiger Entwicklung können sich nicht auf die internationale Handlungsebene beschränken;⁵ sie müssen vielmehr auch - und vielleicht in erster Linie - auf nationaler und regionaler Ebene unternommen werden. Denn Kriterien dafür, was unter ökologischer Nachhaltigkeit verstanden werden kann, sind immer nur bezogen auf konkrete Räume zu gewinnen und auszugestalten.⁶ Von daher ist die Region eine der entscheidenden Handlungsebenen zur Operationalisierung und Umsetzung nachhaltiger Entwicklungsmodelle (vgl. Busch-Lüty 1992). Auf dieser Ebene liegen auch die stärksten Anknüpfungsmöglichkeiten für die GrünGürtel-Gestaltung.

5 Auf die Konkretisierungsversuche auf internationaler Ebene soll hier nicht im einzelnen eingegangen werden. Auf dieser Ebene hat vor allem die UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) im Juni 1992 in Rio de Janeiro dem Konzept zum Durchbruch als Leitbild einer globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik verholfen. Zum Ausdruck kommt dies auch in der Gründung der "UN-Kommission für sustainable development" (CSD), welche die Umsetzung der auf der Rio-Konferenz beschlossenen Maßnahmen begleiten und überwachen soll. Auf globaler Ebene liegen mögliche Operationalisierungen des Konzepts vor allem in der Entwicklung internationaler ökonomischer Steuerungsmechanismen, der Etablierung supranationaler Verhandlungs- und Entscheidungsgremien sowie der Umsetzung von Strategien zur Senkung von Ressourcenverbrauch und Emissionen.

6 Der Begriff der "Nachhaltigkeit" stammt ursprünglich aus der Forstwirtschaft und bezeichnet hier das Prinzip, in einem Wald nicht mehr Holz zu schlagen als nachwachsen kann. Dies verdeutlicht zugleich die Problematik des Konzepts: die Übertragung eines Bewirtschaftungsprinzips von einem relativ eng begrenzten Raum auf Regionen, Nationen oder gar internationale Zusammenhänge.

b) Methoden und Instrumente

Versuche zur regionalen Konkretisierung von sustainable development sind erst in jüngster Zeit unternommen worden. Daher existieren bislang weder fertige Methoden noch Instrumente einer Umsetzung auf dieser Ebene. Offene Probleme der Operationalisierung und Konkretisierung bestehen sowohl unter stofflich-materiellen als auch unter politisch-institutionellen Aspekten.

Allgemeine Kriterien einer *stofflich-materiellen* Definition von Nachhaltigkeit sind in den folgenden Sätzen formuliert:

"Die Nutzungsrate sich erneuernder Ressourcen darf deren Regenerationsrate nicht überschreiten.

Die Nutzungsrate sich erschöpfender Rohstoffe darf die Rate des Aufbaus sich regenerierender Rohstoffquellen nicht übersteigen.

Die Rate der Schadstoffemissionen darf die Kapazität zur Schadstoffabsorption der Umwelt nicht übersteigen." (Meadows u.a. 1992: 251)

Es zeigt sich aber, daß die Operationalisierung dieser Kriterien (etwa der Kapazität der Umwelt zur Schadstoffabsorption) schon bei den verschiedenen Umweltmedien und bei einzelnen Stoffen auf große Schwierigkeiten stößt; erst recht gilt dies, wenn die Gesamtheit der ökonomischen und sozialen Prozesse und der durch sie verursachten Stoffflüsse in einer Region nach den Kriterien der Nachhaltigkeit beurteilt werden soll. Als ein erster Schritt zur weiteren naturwissenschaftlich-technischen Operationalisierung kann das Konzept des "regionalen Stoffhaushalts" (EAWAG 1990) angesehen werden, das sich für die Umweltmedien Wasser, Boden, Luft sowie einige wichtige Einzelstoffe ansatzweise konkretisieren läßt. Damit können Leitorientierungen formuliert werden, mit deren Hilfe Stoffflüsse und auch die dahinter stehenden Wirtschaftsweisen und Formen des Umgangs mit natürlichen Ressourcen beurteilt werden können. In Frankfurt und der Rhein-Main-Region stellt sich das Problem der Nachhaltigkeit auf der Ebene des regionalen Stoffhaushalts besonders scharf für das Wasser, da hier die Nutzungsrate die Neubildungssrate dauerhaft zu übersteigen droht (vgl. WRM 1992).

Unabhängig von den genannten Schwierigkeiten bleibt festzuhalten, daß soziale Kriterien von sustainable development, wie die "Zukunftsoffenheit" und "Sozial-

verträglichkeit" von Naturnutzungen in derartigen naturwissenschaftlich-technischen Operationalisierungen nicht angemessen berücksichtigt werden. Das bedeutet, daß wissenschaftlich ermittelte Regenerationsraten und Belastungsgrenzen die öffentliche Diskussion über gesellschaftliche Ziele und Formen von Entwicklung und über die Art des Umgangs mit den natürlichen Reproduktionsgrundlagen nicht ersetzen können.⁷ "Nachhaltige Entwicklung" wird damit zum Gegenstand sozialer Auseinandersetzung und Gestaltung. Das bedeutet auch, daß "sustainable development" nur eingebettet in und unterstützt durch öffentliche Kommunikationsprozesse möglich ist.

Auf der *politisch-institutionellen* Ebene fehlen gegenwärtig klare und umsetzbare Kriterien und Instrumente, um ökonomische und soziale Prozesse so zu gestalten und zu begrenzen, daß sie sich den Zielen der Nachhaltigkeit und Zukunftsoffenheit annähern. Dies gilt nicht zuletzt auch für die Ebene der öffentlichen Verwaltung und Planung. Hier fehlt es an ressortübergreifenden Instrumenten und Verfahren sowie an adäquaten Formen der Einbeziehung der Öffentlichkeit. In den bisher vorliegenden regionalen Konkretisierungsversuchen werden daher übereinstimmend vor allem drei Punkte als unabdingbar festgehalten: die Notwendigkeit umfassender BürgerInnenbeteiligung bei der Erarbeitung und Umsetzung nachhaltiger Entwicklungsperspektiven; die Entwicklung neuer, querschnittsorientierter und langfristig ausgerichteter Formen und Instrumente der (kommunalen, regionalen etc.) Planung sowie die Stärkung der Region als eigenständiger und politisch entscheidungsfähiger Handlungsebene.

c) Anwendungsfelder

Ungeachtet der geschilderten Schwierigkeiten der Konkretisierung, hat das Konzept sustainable development in den letzten Jahren den ökologischen

⁷ Dies läßt sich am Beispiel des Wassers verdeutlichen: Statt technischer Manipulationen des Verhältnisses von Nutzungsrate und Regenerationsrate (etwa durch künstliche Grundwasseranreicherung oder durch die Erschließung räumlich immer weiter entfernter Wasservorräte) würde in der Rhein-Main-Region eine zukunfts offene Bewirtschaftung der Wasserressourcen bedeuten, die heute aufgegebenen Grundwasserleiter im Verdichtungsraum zu schützen und so weit zu sanieren, daß nachfolgenden Generationen die Option zu ihrer Nutzung bleibt.

Diskurs immer stärker strukturiert und dabei auch einen relativ breiten Konsens darüber begründet, daß auch in den "entwickelten" Industrieländern neue Wege der "Entwicklung" gefunden werden müssen.⁸ So liegen inzwischen einige Versuche zur Präzisierung des Konzepts auf nationaler (z.B. Buitenkamp u.a. 1992 für die Niederlande) oder regionaler Ebene (vgl. die Beiträge in Busch-Lüty u.a. 1992 sowie teilweise Schleicher-Tappeser u.a. 1992) vor. Zudem wird versucht, das Konzept in einzelnen Wirtschaftsbereichen (etwa einer ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft⁹, "sanftem Tourismus" etc.) oder im Rahmen einer nachhaltigen Wasserwirtschaft¹⁰ umzusetzen.

Allerdings bleiben diese Versuche wie auch die unterschiedlichen Entwürfe für eine "nachhaltige Regionalentwicklung" (Haber 1992), eine "ökologische Regionalentwicklung" (Schleicher-Tappeser u.a. 1992) oder eine "regionale Nachhaltigkeit" (ISOE 1993) bisher überwiegend auf einer konzeptionellen oder planerischen Ebene oder sie benennen lediglich allgemeine Grenzwerte für Ressourcenverbrauch und Schadstoffemissionen. Teilweise umgesetzt worden sind Überlegungen zur nachhaltigen Entwicklung bei der Erstellung regionaler Entwicklungskonzepte in der Schweiz (vgl. Krippendorf/Krippendorf-Demmel 1992). Dabei wurden die folgenden Orientierungen zugrundegelegt: "Gesamtheitlicher Ansatz, d.h. Berücksichtigung der gegenseitigen Einflüsse wirtschaftlicher, sozialkultureller und ökologischer Faktoren; Formulierung eigenständiger und nicht von außen übertragener Entwicklungsziele und Maßnahmen; Orientierung an der Realisierbarkeit und an den Möglichkeiten der Region." (Ebd.: 42). Neben den bereits genannten Prinzipien einer umfassenden BürgerInnenbeteiligung und einer querschnittsorientierten Planung wird dabei auf den relativ hohen Zeitaufwand für die Erstellung solcher Entwicklungskonzepte hingewiesen - beim Entwicklungskonzept Berner Oberland Ost beispielsweise drei Jahre (ebd.: 44).

⁸ Ob dieser Konsens tatsächlich tragfähig ist oder sich in bloß rhetorischen Gemeinsamkeiten erschöpft, kann gegenwärtig noch nicht abschließend beurteilt werden.

⁹ Vgl. zur Diskussion um eine "nachhaltige Landwirtschaft" z.B. Altieri u.a. 1983.

¹⁰ Vgl. z.B. Kluge/Schramm 1990.

In der Bundesrepublik gibt es Ansätze oder erste Überlegungen zu regionalen Entwicklungskonzepten unter Berücksichtigung ökologischer Nachhaltigkeit z.B. in den Regionen Bergisches Land (NRW) und Mittleres Erzgebirge (Sachsen) (vgl. dazu Hesse 1992) sowie im Raum Freiburg/Südbaden (Schleicher-Tappeser u.a. 1992). Als eines der entscheidenden Hindernisse einer konzeptionellen Weiterarbeit bzw. Umsetzung wird vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen die ressortspezifisch beschränkte Sichtweise von Politik und Verwaltung genannt (Hesse 1992: 39; vgl. auch Schreyer 1992). Große Bedeutung wird zugleich dem Aufbau adäquater Kommunikations- und Kooperationsformen beigemessen, "um das Bewußtsein für den Zusammenhang ökologischer und ökonomischer Tatbestände zu schaffen und um Synergieeffekte für eine regionalorientierte Innovationspolitik mobilisieren zu können". (Hesse 1992: 40)

1.2. Nachhaltiger Konsum und Dienstleistungsansatz

Eine Reihe von konzeptionellen Entwicklungen lehnt sich seit Ende der 80er Jahre eher lose und assoziativ an das Konzept sustainable development an und konzentriert sich auf eine im Brundtland-Bericht weitgehend vernachlässigte Aufgabe: Wie können der enorme Ressourcen- und Energieverbrauch und die daraus resultierenden Umweltbelastungen in den westlichen Industrieländern über die Effekte einer rein technischen "ökologischen Modernisierung" der Produktion hinaus verringert werden? Damit gerät die Notwendigkeit der Veränderung von Lebensstilen und Konsummustern im Sinne der Nachhaltigkeit in den Blick. In diesem Kontext haben wir zwei Konzepte näher untersucht: "Nachhaltiger Konsum/Dienstleistungsansatz" und "Neues Wohlstandsmodell" (s. 1.3.).

a) Das Konzept

Konzepte wie "nachhaltiger Konsum" oder auch "qualitativer", "verantwortlicher" etc. Konsum sind vor allem seit Mitte der 80er Jahre in der Umweltbewegung und den Verbraucherverbänden formuliert worden. Der allgemeine Grundgedanke dieser Konzepte besagt, daß auch die Konsumententscheidungen der EndverbraucherInnen ein nicht unwesentliches Element der Herausbildung bzw. Aufrechterhaltung einer sozial ungerechten und ökologisch unverträglichen Wirt-

schaftsweise und eines problematischen Entwicklungsmodells darstellen (vgl. dazu zusammenfassend ISOE 1992). In diesem Sinne kann und soll ein sozial und/oder ökologisch "verantwortlicher Konsum" einen Beitrag leisten zu einer "nachhaltigen Entwicklung" (nicht nur) in den hochentwickelten Industriegesellschaften (vgl. Stiftung Verbraucher Institut 1990). Neben eine Bewußtseins- und Verhaltensänderung der/des einzelnen soll dabei ein bewußtes Einsetzen der "Konsummacht" kritischer VerbraucherInnen treten, um dadurch umweltverträgliche (oder auf einem gerechten Handel mit der Dritten Welt beruhende) Produkte oder Produktionsweisen zu unterstützen (vgl. z.B. Verbraucher Initiative 1991).

Das Konzept enthält als Leitbild "nachhaltiger Konsum" zweifellos auch Elemente des Konsumverzichts; doch ebenso deutlich ist in den Diskussionen der letzten Jahre geworden, daß es sich darauf nicht reduzieren sollte. Denn andernfalls büßte es stark an gesellschaftlicher "Akzeptanz" ein und es würde zudem vorrangig dem "übermäßigen" Konsum der EndverbraucherInnen die Schuld an Umweltbelastungen zuweisen und die Produzenten aus ihrer Verantwortung für eine ökologisch verträgliche Produktion und Produktgestaltung entlassen. "Nachhaltiger Konsum" wird daher immer weniger als eine Strategie allein zur ökologisch motivierten moralischen Bewertung (und Veränderung) des individuellen Konsums begriffen, sondern zielt darüber hinaus auf andere Formen des Produzierens und der Produktgestaltung. Stichworte hierzu sind z.B. die Erhöhung der Lebensdauer von Produkten, Einsparungen von Energie und Material, z.B. Verpackungsmaterial, bei der Herstellung, verstärkte Nutzung von Dienstleistungen anstelle des Kaufs von Produkten.

Wegen der Bindung an Kauf und Konsum marktvermittelter Waren bietet das Konzept des "nachhaltigen Konsums" in seiner ursprünglichen Ausrichtung nur wenig Berührungspunkte für die GrünGürtel-Gestaltung. Werden die mit dem Konzept verbundenen Überlegungen aber ausgeweitet auf die Formen der Nutzung von Ressourcen und Produkten, zeigen sich stärkere Anknüpfungsmöglichkeiten für das GrünGürtel-Projekt. Vor allem die oben erwähnte Überlegung, an die Stelle des Kaufs von Produkten die Nutzung von Dienstleistungen treten zu lassen, hat sich in letzter Zeit in der ökologischen Debatte als eigener konzeptioneller Ansatz herauskristallisiert, der sich als "Nutzen-" oder "Dienstleistungsansatz" charak-

terisieren läßt.¹¹ Dabei wird nicht das Produkt, sondern der mit ihm verknüpfte oder von ihm erwartete Nutzen in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt. Es geht dann um alternative Möglichkeiten, diesen Nutzen zu erzielen, sowie um neue Nutzendefinitionen. Diese Umakzentuierung hat zwei Konsequenzen: Zum einen richtet sich die Debatte nun auf Strategien zur Optimierung des Nutzens anstelle der Optimierung und Maximierung von Produktion und Verkauf (vgl. Stahel 1993: 105); zum anderen kann dann auch eine gesellschaftliche Auseinandersetzung über den Nutzen von Produkten, über gesellschaftlich erwünschte bzw. unerwünschte Bedarfsstrukturen eröffnet werden.

In der ersten Perspektive, einer langfristigen Optimierung der Nutzung, kommen vor allem die *Dienstleistungen* in den Blick: "Eine bessere Nutzungsoptimierung kann durch dezentrale, kundennahe Dienstleistungen wie Reparaturläden und 'Vermietungsbüros' (...) erreicht werden." (Stahel 1993: 105f.) Durch Dienstleistungen und ergänzende Strategien zur Verlängerung der Nutzungsdauer könne ein möglichst hoher Nutzen während möglichst langer Zeit erreicht werden, wogegen die Güterproduktion in der Regel nur auf kurzfristige Nutzenmaximierung ziele. In jüngster Zeit haben sich mit diesem Ansatz Überlegungen zur Abfall- und Schadstoffvermeidung und/oder zur stärkeren Produktverantwortung und -haftung des Herstellers verbunden; daraus wird etwa gefolgert, industrielle Hersteller sollten heute nicht mehr bloß Produkte auf den Markt bringen, sondern "integrierte Dienstleistungen" für die Problemlagen der Nachfrager anbieten, wobei das industrielle Produkt nur noch eine mögliche "Problemlösung" neben anderen darstellt (vgl. Schramm 1992 b).

In der zweiten Perspektive, einer Befragung von Produkten auf ihren tatsächlichen individuellen oder gesellschaftlichen Nutzen, wird versucht, das tradi-

¹¹ Ihren Ausgangspunkt haben solche Überlegungen vor allem von Modellen einer umweltverträglicheren Energiewirtschaft genommen. Dabei wurde von dem Grundgedanken ausgegangen, daß die Kunden eines Energieversorgungsunternehmens (EVU) nicht einzelne Produkte wie Strom, Gas, Öl etc. nachfragen, sondern die *Dienstleistung* einer beheizten, beleuchteten etc. Wohnung. Ziel (auch im wirtschaftlichen Sinne) eines EVU sollte daher die Optimierung dieser Energiedienstleistung (bis hin etwa zum Angebot der Wärmedämmung durch das EVU) und nicht die Maximierung des Umsatzes ihrer Produkte sein.

tionelle ökonomische Nutzenverständnis der Neoklassik, wonach all das Nutzen besitzt, was auf dem Markt verkauft werden kann, um eine ökologische Komponente zu erweitern (vgl. Kümmerer 1993). Die Belastung der Umwelt durch Herstellung, Gebrauch und Entsorgung eines Produkts soll auf diese Weise in die Nutzenbewertung und -abwägung miteinfließen. Damit lassen sich unter Umständen alternative Nutzenkonzepte präzisieren; dennoch ist zu vermuten, daß diese Debatte vor allem deshalb auf große Schwierigkeiten stoßen wird, weil kaum vorstellbar ist, auf welche Weise objektivierbare und verallgemeinerbare Kriterien der Nutzenbewertung von Produkten gewonnen werden könnten.

b) Instrumente und Methoden

Bei den genannten Konzepten (insbesondere dem "nachhaltigen Konsum") kann nicht im strengen Sinne von Methoden und Instrumenten gesprochen werden, da es sich hierbei nicht um formell geregelte oder institutionalisierte Verfahren handelt.

Überlegungen zum "nachhaltigen Konsum" sind zum Teil in Öffentlichkeitsstrategien umgesetzt worden, die auf eine Politisierung von Kaufentscheidungen zielen. So wurden konkrete Einzelempfehlungen gegeben, "In"- und "Out"-Listen für den ökologisch bewußten Einkauf erarbeitet sowie schließlich Formen des Konsumboykotts organisiert. Soweit es nicht nur um die Verhinderung des Kaufs bestimmter Produkte geht, sind aber auch Formen des fairen Handels und der Direktvermarktung von Dritte-Welt-Produkten sowie von ökologisch angebauten oder in der Region erzeugten landwirtschaftlichen Produkten zu erwähnen.

Im Umkreis des Dienstleistungsansatzes werden gegenwärtig verschiedene Formen und Instrumente der Optimierung von Nutzungen und der Verlängerung der Nutzungsdauer vorgeschlagen, bei gleichzeitiger Minimierung des Ressourcenverbrauchs und des Müllaufkommens. Eines dieser Instrumente ist das "Öko-Leasing", bei welchem Eigentum und Produktverantwortung (einschließlich der Wartung, Wiederverwertung und/oder Entsorgung) beim Hersteller verbleiben, während der "Käufer" nur die Nutzung des jeweiligen Produkts erwirbt. Wichtig ist, daß im Rahmen des Dienstleistungsansatzes nicht nur die kurzfristigen Produktionskosten (und entsprechende Investitionen) optimiert werden sollen, sondern auch

und vor allem die Kosten einer langfristigen Nutzung. Dies kann unter Umständen zu erheblichen Umakzentuierungen der ökonomischen Berechnungsgrundlagen führen. Dabei ist vor allem das aus der Energiewirtschaft stammende Instrument des "Least-Cost Planning" von Bedeutung: Vor teuren Investitionen in neue Versorgungskapazitäten wird zunächst geprüft, ob sich das Ziel einer besseren Versorgung der Kunden nicht auch durch Energiesparmaßnahmen und mit den vorhandenen Kapazitäten erreichen läßt (vgl. dazu Öko-Institut 1992).

c) Anwendungsfelder und Ergebnisse

Zweifellos hat die "Moralisierung" oder "Politisierung" des Konsums durch Konzepte wie "nachhaltigen Konsum" nicht unerhebliche (wenn auch kaum quantitativ meßbare) Auswirkungen auf das Bewußtsein, das Verhalten und die Kaufentscheidungen von VerbraucherInnen in Ländern wie der Bundesrepublik ausgeübt. Beispiele sind etwa der Boykott südafrikanischer Produkte, die von der Schweiz ausgegangene Bananeninitiative oder Ansätze zu einem Tropenholzboykott. Die "Konsummacht" kritischer KonsumentInnen kann zudem einen Beitrag leisten zur Förderung und Stärkung umweltverträglicher Produktalternativen und damit auch zu veränderten Produktgestaltungen seitens der Hersteller. Andererseits unterliegt das Konzept aber auch spezifischen Beschränkungen: Unklar bleibt zum einen, wie weit sich Bewußtseinsveränderungen der VerbraucherInnen tatsächlich in verändertem Kaufverhalten oder anderen Nutzungsmustern ausdrücken, und ob eine reine Politisierung und Moralisierung des Konsums daher nicht zu kurz greift, wenn sie nicht auch eine Veränderung von Lebensbedingungen (im weitesten Sinne) miteinschließt (vgl. ISOE 1992: 37 ff.). Zum anderen sind die notwendigen Änderungen der Produktionsweise und Produktgestaltung im Sinne der "Nachhaltigkeit" sicherlich nicht allein durch verändertes Konsumverhalten zu erreichen. Notwendig sind hier auch umweltpolitische Maßnahmen und Rahmensetzungen, die auf die Verantwortung der Hersteller zielen; und erforderlich sind zudem verlässliche und transparente Kriterien der ökologischen Qualität von Produkten, damit die VerbraucherInnen überhaupt eine Entscheidungsgrundlage für "nachhaltigen Konsum" besitzen und sich nicht auf Werbebehauptungen der Hersteller verlassen müssen.

Der Dienstleistungsansatz ist bisher wie erwähnt vor allem in der Energiewirtschaft erprobt worden und hat insbesondere in den USA (in mehr als 20 Bundesstaaten) beachtliche Ergebnisse gezeigt. Erreicht werden konnte dort mit dem Instrument des Least-Cost Planning" vor allem, daß die Förderung des Energie-sparens für die EVU auch ökonomisch rentabler wurde als die quantitative Steigerung der Energieerzeugung, die mit hohen Investitionskosten (z.B. für den Bau neuer Kraftwerke) verbunden gewesen wäre (Öko-Institut 1992). In jüngster Zeit wird in der umwelts-politischen Debatte auch erörtert, ob und wieweit der Dienstleistungsansatz auch auf andere (kommunale) Versorgungsbereiche (etwa den Verkehrssektor oder die Wasserversorgung¹²) übertragbar ist. Auch bezogen auf Industriebranchen wird die Brauchbarkeit des Dienstleistungsansatzes¹³ oder des "Öko-Leasing" diskutiert.

1.3. Neues Wohlstandsmodell

a) Das Konzept

Das Konzept "neues Wohlstandsmodell" ist (zumindest als explizites Konzept) innerhalb der umwelt- und entwicklungspolitischen Debatte jüngeren Datums (vgl. vor allem v. Weizsäcker 1990); es knüpft aber zweifellos an Überlegungen an, ökologische Politik mit "anderen" Arbeits- und Lebensweisen zu verknüpfen, wie sie in der "Frühzeit" der Ökologiebewegung etwa von Ivan Illich oder André Gorz formuliert worden sind. Neues Wohlstandsmodell kann verstanden werden als ein Versuch, die Idee der Nachhaltigkeit für die westlichen Industriegesellschaften weiterzuentwickeln und zu konkretisieren, allerdings nicht regionalspezifisch oder für einzelne Wirtschaftszweige, sondern allgemein bezogen auf die Lebensformen und "Wirtschaftsstile" in diesen Gesellschaften. Dabei werden durchaus auch Überlegungen aus der Debatte um "nachhaltigen Konsum" aufgegriffen, es wird aber versucht, diese Überlegungen in einen weiteren sozialen und kulturellen Kontext zu integrieren und sie zugleich schärfer von einer bloßen Ethik des Verzichts abzugrenzen.

¹² Vgl. dazu z.B. Stadtwerke Saarbrücken 1984.

¹³ Vgl. bezogen auf die Chemieindustrie Friege 1991; Schramm 1992 b.

In diesem Sinne geht es bei der Formulierung des Konzepts um "das Entwerfen von Kulturmodellen, Lebensweisen und Wirtschaftsstilen, deren 'Wohlstand' nicht länger in einem hohen Verbrauch von Gebrauchsgütern liegt, sondern auf der Maxime niederentropischer nachhaltiger Entwicklung aufbaut, wo statt eines warenintensiven Sich-versorgen-lassens Festivitäten aller Art, tätiges Handeln außerhalb des Marktes, gelingende Sozialbeziehungen usw. im Vordergrund stehen, wo der Nachdruck auf ausreichende Versorgung, gerechte Verteilung und Lebensqualität und weniger auf Produktionsausstoß gelegt wird." (Wuppertal Institut 1992a: 1)

Die Überlegungen zu einem neuen Wohlstandsmodell zielen also primär auf eine gesellschaftliche Neubewertung des Wohlstands in den entwickelten Ländern; von da aus sollen Veränderungsimpulse sowohl für die gesellschaftlichen Lebensformen und vor allem für die Formen des Wirtschaftens ausgehen.¹⁴ Wichtig ist, daß es dabei gerade nicht um die Aufforderung zum Verzicht gehen soll, sondern um eine neue, qualitative Sicht des Wohlstands - in diesem Sinn um den Versuch einer "Entkoppelung" von Wohlstand und dem quantitativen Konsum von Produkten. Nur dann, so glauben die Befürworter des Konzepts, lasse sich gesellschaftliche Akzeptanz für eine Politik der Nachhaltigkeit gewinnen, "die eine drastische Verringerung des stofflichen Durchsatzes erreichen will" (ebd.: 3).

b) Instrumente, Anwendungsfelder und Ergebnisse

Das neue Wohlstandsmodell ist in der umweltpolitischen Debatte ein eher junges Konzept; es ist bisher noch weitgehend programmatisch formuliert und auch gar nicht in der Weise "anwendbar" wie etwa das Instrument einer Umweltverträglichkeitsprüfung oder eines Mediationsverfahrens. Problematisch scheint

¹⁴ Die kulturelle Neubewertung soll unterstützt und vorangetrieben werden durch eine technische "Effizienzrevolution" im Sinne der Entkoppelung von Produktivitätssteigerung und Naturverbrauch sowie durch eine "ökologische Steuerreform". Zugleich sollen im Rahmen der Formulierung eines neuen Wohlstandsmodells auch Indikatoren der bisherigen ökologischen Fehlentwicklung erarbeitet werden - mit dem Ziel der Erstellung einer international vergleichbaren "Ökobilanz" der Bundesrepublik (vgl. Wuppertal-Institut 1992b)

auch hier, daß ungeachtet flankierender ökonomischer und technologischer Innovationen stark auf Veränderungen "weicher" kultureller Leitbilder und Werte gezielt wird - in der allgemeinen Hoffnung von dort aus könnten sich Veränderungen in den "harten" gesellschaftlichen Bereichen Ökonomie und Politik ergeben.

Dennoch könnte das Konzept in der gegenwärtigen Debatte einen wichtigen Vorzug besitzen, wenn es gelänge, damit eine Systematisierung und Bündelung verschiedener, teilweise verstreuter und disparater sozial-ökologischer Kritikansätze am gegenwärtigen industriellen Wachstums- und Konsummodell zu erreichen. Würden die in der Gesellschaft und bei einzelnen Gruppen durchaus vorhandenen Überlegungen etwa zu einer anderen Verkehrspolitik, zu anderen Arbeitsformen, zu "sanftem Tourismus", zu anderen Formen des Städtebaus und der Urbanität oder auch die Ansätze zu anderen Konsummustern und Lebensstilen etc. sich zu der Leitidee eines neuen Wohlstandsmodells verbinden, könnte das Konzept durchaus gesellschaftliche und politische Sprengkraft entfalten. Dazu allerdings dürfte es nicht als Vorgabe einiger "Öko-Experten" entwickelt werden, sondern müßte aus einem breiten und offenen gesellschaftlichen Diskussionsprozeß über Prioritäten der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung hervorgehen. In diesem Sinne ist das neue Wohlstandsmodell "nicht ein Zustand, sondern ein Vorgang" (v. Weizsäcker 1990: 266), eine Form der gesellschaftlichen Veränderung und Auseinandersetzung. Es sollte daher besser im Plural von "neuen Wohlstandsmodellen" gesprochen werden, als unterschiedlichen sozialen und kulturellen Formen ("Lebensstilen") und Ansätzen, das allgemeine Ziel einer Entkopplung von Wohlstand, Wachstum und Naturverbrauch zu realisieren. Darüber hinaus müßte das Konzept auch regional differenziert und konkretisiert werden. Auch dann könnte die Idee eines neuen Wohlstandsmodells wissenschaftlich-technische, ökonomische oder politische Konkretisierungen von sustainable development nicht ersetzen, aber es wäre als Prozeß kultureller Definitionen von "Nachhaltigkeit" und "Zukunftsfähigkeit" wichtig für eine ökologische Umorientierung der Industriegesellschaften, die sich nicht allein auf naturwissenschaftliche Definitionen von "sustainability" stützen kann.

1.4. Anknüpfungsmöglichkeiten für die GrünGürtel-Gestaltung

Die Darstellung der Entwicklungskonzepte läßt in unterschiedlicher Weise Anknüpfungsmöglichkeiten für die GrünGürtel-Gestaltung erkennbar werden. Als Hintergrundkonzepte können die skizzierten Ansätze zweifellos nicht unmittelbar in die Gestaltung des GrünGürtels integriert werden; sie können jedoch als Leitorientierung dienen und dann verschiedene Einzelüberlegungen und -maßnahmen strukturieren und bündeln sowie die Vermittlung des GrünGürtel-Projekts in der städtischen Öffentlichkeit erleichtern.

Sustainable development könnte - obwohl und gerade weil die konzeptionelle Klärung gegenwärtig noch unabgeschlossen ist - als wesentliches Element eines übergreifenden Leitbildes zukunftsfähiger städtischer oder regionaler Entwicklung fungieren. Es könnte so den Blick auf eine "erhaltende Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen durch den Menschen" richten und damit die Sicherung und Gestaltung des GrünGürtels als eines stadtnahen Naturraumes in einer langfristigen Perspektive unterstützen. "Sustainability" würde in diesem Sinne nicht allein die Ebene des *nachhaltigen Wirtschaftens*, sondern auch die einer *zukunftsoffenen sozialen Nutzung* und einer *dauerhaften Pflege* von Ökosystemen und Landschaft umfassen.

Gerade weil der Zusammenhang dieser Dimensionen und Ziele im Konzept der nachhaltigen Entwicklung angesprochen werden kann, sollte die GrünGürtel-Gestaltung in jedem Fall auf dieses Konzept und seine konsensfähigen und konsensstiftenden Elemente zurückgreifen. Dies bedeutet zunächst, daß die wesentlichen sozialen und wirtschaftlichen Nutzungen im GrünGürtel in der Perspektive der Nachhaltigkeit und Zukunftsoffenheit umgestaltet werden. Vorrangiger Handlungsbedarf liegt hier in den Bereichen von Erholung und Freizeit, des Verkehrs und der Landwirtschaft.¹⁵ Zu den genannten Bereichen sollten auf Anregung der GrünGürtel-GmbH Ziele, Leitorientierungen und umsetzbare Strategien im Sinne der Nachhaltigkeit erarbeitet werden (soweit dies nicht schon geschehen ist).

¹⁵ Die Forstwirtschaft wird bereits nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit betrieben; dies schließt allerdings nicht aus, daß auch hier noch eine Reihe von konzeptionellen Fragen und von Einzelproblemen zu klären sind.

- Naherholung, Freizeit und Sport gehören zu den wichtigsten und attraktivsten sozialen Nutzungsarten im GrünGürtel. Gleichwohl entstehen aus diesen Nutzungsarten auch eine Reihe von Konflikten, sei es mit Anforderungen des Natur- und Landschaftsschutzes, sei es mit denen der Landwirtschaft. Da der Druck auf den GrünGürtel als siedlungsnahes Erholungsgebiet in Zukunft aller Voraussicht nach noch zunehmen wird, sollte ein Gesamtkonzept zu einer "sanften", umweltverträglichen und sozial bewußten Naherholung im GrünGürtel erarbeitet werden.¹⁶ Ein solches Konzept würde nicht nur geeignete Erschließungs- bzw. Abgrenzungsmaßnahmen sowie Modelle umweltverträglicher Verkehrsanbindung umfassen, sondern beispielsweise auch bedeuten, existierende Interessenkonflikte zwischen den verschiedenen Nutzergruppen (etwa Erholungssuchenden und Landwirten) öffentlich zu machen und zu moderieren. Zugleich muß die GrünGürtel-Gestaltung darauf hinarbeiten, Potentiale einer "schützenden Aneignung" und der Identifikation mit dem Projekt zu entwickeln, um zu einer sozial und ökologisch bewußteren Form der Naherholung und Freizeitgestaltung im GrünGürtel zu gelangen.¹⁷

- Verkehr spielt im Kontext des GrünGürtels eine ambivalente Rolle. Einerseits ermöglicht eine angemessene Verkehrsanbindung erst die soziale Nutzung insbesondere durch die Bewohner der Kernstadt; andererseits führt die Verkehrserschließung zur Zerschneidung des GrünGürtels sowie zu Luft-, Lärm- und anderen Umweltbelastungen, aber auch zu Konflikten zwischen verschiedenen NutzerInnen-Gruppen (etwa RadfahrerInnen und FußgängerInnen). Verkehrskonzepte für den GrünGürtel sind vermutlich sinnvoll nur im Rahmen einer gesamtstädtischen bzw. regionalen Entwicklung hin zu einer sozial und ökologisch verträglichen Mobilität zu erarbeiten, die sich abkoppelt vom nach wie vor beherrschenden Leitbild der "Auto-Mobilität".

¹⁶ Die Konzepte des "sanften Tourismus", die in den letzten Jahren formuliert worden sind, beziehen sich überwiegend auf den (Fern-)Tourismus. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Notwendigkeit, solche Konzepte für den Bereich der Naherholung zu konkretisieren und regional zu differenzieren (vgl. zur Übersicht über das Problemfeld Nohl/Richter 1988).

¹⁷ Vgl. erste Überlegungen dazu bei Kramer 1991.

Unabhängig davon können im Bereich des GrünGürtels aber bereits einige Maßnahmen unternommen werden, welche die Verkehrssituation und -anbindung verbessern. Zu denken ist hier, neben Öffentlichkeitskampagnen, die auf ein anderes Verkehrsverhalten oder eine andere Verkehrsmittelwahl zielen, z.B. an einen GrünGürtel- Fahrradverleih mit Verleih- und Rückgabestationen in der Nähe von Haltestellen des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs (ÖPNV). Dies würde nicht nur die umweltschonende Verkehrsanbindung einzelner Teilstücke verbessern, sondern auch den Freizeit-Wert des GrünGürtels steigern und ihn besser als bisher als ganzen "erfahrbar" machen.

- Landwirtschaft: Die landwirtschaftliche Nutzfläche bzw. die landwirtschaftlich genutzte Fläche stellen einen erheblichen Anteil der im GrünGürtel liegenden Fläche dar. Die langfristige Sicherung der Landbewirtschaftung im GrünGürtel erhält nicht nur diese Flächen als Freiflächen; sie ist darüber hinaus auch für das Landschaftsbild sowie für die Erfahrungsvielfalt und damit den Erholungswert des GrünGürtels für die städtische Bevölkerung von größter Wichtigkeit. Zugleich aber ist für die Gestaltung des GrünGürtels als eines ökologisch intakten Naturraumes die Entwicklung einer umweltverträglicheren und nachhaltigen Landwirtschaft von zentraler Bedeutung. Ziele wären hier zum einen die Verringerung des Düngemittel- und Pesticid-Einsatzes durch andere Anbaumethoden, zum anderen die Erhöhung des Grünlandanteils an der landwirtschaftlich genutzten Fläche (vgl. dazu Grafen u.a. 1991: 76 ff). Notwendig ist damit ein Konzept, welches die umweltverträgliche Umgestaltung der Landwirtschaft im GrünGürtel mit der Sicherung ihrer ökonomischen Grundlagen zu verbinden vermag.¹⁸ Im Sinne einer sparsamen und auch langfristig noch kalkulierbaren Verwendung der städtischen Mittel sollte dabei nicht auf dauerhafte Kompensationszahlungen an die Landwirtschaft (etwa für den Verzicht auf die Bewirtschaftung bestimmter Flächen) abgestellt werden, sondern auf neue Formen der ökonomischen Existenzsicherung von "Landwirtschaft im GrünGürtel". Bei der Umsetzung

¹⁸ Die Grundzüge eines solchen Konzepts, das sich allerdings auch auf die Landwirtschaft außerhalb des GrünGürtels bezieht, sind inzwischen am *Institut für ländliche Strukturforchung* erarbeitet worden (Grafen u.a. 1991; Höll/von Meyer 1992).

eines solchen Konzepts könnte die GrünGürtel-GmbH an verschiedenen Punkten eine wichtige Rolle als Initiatorin und Vermittlerin spielen; sie sollte dabei - wie unten in Teil IV weiter ausgeführt wird - zunächst bewußt auf die Vorbildfunktion von Einzelinitiativen setzen.

Generell sollte darüber hinaus versucht werden, den GrünGürtel insgesamt zu einem Katalysator und Kristallisationskern für eine an Nachhaltigkeit orientierte, zukunftsfähige Entwicklung von Stadt und Rhein-Main-Region werden zu lassen, da er die Notwendigkeit eines Ausgleichs zwischen quantitativem Wachstum und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen verdeutlicht und symbolisiert. Unter der Leitperspektive nachhaltiger Entwicklung könnte das GrünGürtel-Projekt dann stärker in Beziehung gesetzt werden zu weiteren umweltpolitisch sinnvollen oder notwendigen Maßnahmen in der Region, etwa der Umsetzung einer nachhaltigen Wasserpolitik oder einer umwelt- und sozialverträglichen Verkehrspolitik. Allerdings existieren bislang keine ausgearbeiteten Konzepte einer regionalen Nachhaltigkeit für Frankfurt bzw. das Rhein-Main-Gebiet. Hier liegt unseres Erachtens ein zentraler Ansatzpunkt für weiterführende inhaltliche Initiativen der GrünGürtel-GmbH.

Nachhaltige Regionalentwicklung bedeutet auch die Förderung und Nutzung endogener Wissenspotentiale der Region. Sie bedarf eines problem- und praxisorientierten regionalen Wissenstransfers - nicht bloß von der Wissenschaft zu den "Laien", sondern ebenso sehr zwischen den wissenschaftlichen Disziplinen und Einrichtungen sowie von den nicht-wissenschaftlichen "Laien" zu den wissenschaftlichen "Experten" und Planungsbehörden (vgl. dazu auch Dehler 1990). Die GrünGürtel-Gestaltung sollte sich darum bemühen, geeignete Strukturen und institutionelle Formen eines solchen wechselseitigen Transfers zu schaffen, wobei der GrünGürtel-GmbH eine entscheidende Vermittlerrolle zukäme (vgl. dazu genauer unten Teil IV). In diesem Rahmen erfordert die Gestaltung des GrünGürtels - gerade wenn sie eingebettet sein soll in Konzepte zur nachhaltigen Entwicklung von Stadt und Region - auch eine kontinuierliche wissenschaftliche Begleitung und Unterstützung. Hinsichtlich einer stärkeren Einbeziehung wissenschaftlicher Kompetenz bieten sich verschiedene Formen und institutionelle Strukturen an, um das Wissen, das in Frankfurt in einer breiten Pa-

lette von Wissenschaftseinrichtungen vorhanden ist,¹⁹ problemorientiert zu bündeln und unterschiedliche Forschungsanstrengungen zu koordinieren. Solche institutionen- und disziplinübergreifende Zusammenarbeit könnte sich im Rahmen von Überlegungen zur "nachhaltigen Entwicklung" auf eine Fülle grüngürtel-spezifischer Themen beziehen. Auf diese Weise könnte die GrünGürtel-Gestaltung auch zu einem Kristallisationspunkt für eine bessere Kooperation der verschiedenen regionalen Wissenschaftseinrichtungen werden; zugleich wäre das GrünGürtel-Projekt in der wissenschaftlichen und regionalen Öffentlichkeit in weit stärkerer Weise als ein ernstzunehmendes Diskussions-thema präsent, als dies bisher der Fall ist.

Dienstleistungs- und Nutzenansatz: Diese aus der Diskussion um "nachhaltigen Konsum"²⁰ hervorgegangenen Überlegungen bieten zunächst einen konzepti-onellen Hintergrund für Auseinandersetzungen um verschiedene Nutzungsinteressen und -formen im GrünGürtel. Generell sollte die Optimierung substanz-erhaltender Nutzungen durch die langfristige Bereit-stellung von entsprechenden Dienstleistungen das Ziel und die Leitmaxime der Gestaltung des GrünGürtels sein. Diese Überlegung könnte beispielsweise als Orientierung bei der Gestaltung der Erholungs-möglichkeiten und der Verkehrserschließung und -an-bindung im GrünGürtel dienen. Im übrigen könnte die Grundüberlegung des Dienstleistungsansatzes, die Bereitstellung von Dienstleistungen für eine zu-kunfts-offene und erhaltende Nutzung von Naturres-sourcen, auch prägend für Selbstverständnis und Selbstdarstellung der GrünGürtel-GmbH sein.

Vor dem Hintergrund der skizzierten Überlegungen zur Dauerhaftigkeit sollte zudem ein scharfer Gegensatz zwischen "Nutzung" (etwa durch Landwirtschaft) und "Pflege" von GrünGürtel-Flächen vermieden werden. Die Pflege sollte vielmehr so weit wie möglich in eine umweltverträgliche - auch ökonomische - Nutzung integriert werden, die sich als Erhaltung (und behut-same Entwicklung) versteht (vgl. auch Höpke 1991). Andernfalls wäre die Pflege der GrünGürtel-Flächen

¹⁹ Vgl. dazu als vorläufige Übersicht Stuchlik 1992.

²⁰ Aus der unmittelbaren Debatte um "nachhaltigen Konsum" können allenfalls Modelle der Direktvermarktung regional und ökologisch erzeugter Lebensmittel gewisse Anknüpfungspunkte bieten.

mit öffentlichen Finanzmitteln auf Dauer wohl kaum zu sichern und aufrechtzuerhalten.

Das bisher erst in groben Umrissen existierende Konzept *neues Wohlstandsmodell* wird für die GrünGürtel-Sicherung und -Gestaltung im wesentlichen als kulturelles Leitbild von Bedeutung sein. In diesem Kontext sollte versucht werden, die Gestaltung des GrünGürtels selbst als ein Element im Prozeß der Herausbildung und Durchsetzung neuer kultureller Definitionen des Wohlstands, der Aufwertung nicht marktformiger Lebensqualitäten und selbstbestimmter sozialer Aktivitäten erfahrbar werden zu lassen. Dies schließt weitreichende Beteiligung der Frankfurter BürgerInnen an der GrünGürtel-Gestaltung ebenso ein wie eine starke Öffnung des Projekts zu den jeweils angrenzenden Stadtteilen. Dabei könnte die GrünGürtel-GmbH eine wichtige Rolle spielen als Initiatorin und Moderatorin einer öffentlichen Auseinandersetzung um neue Wohlstandsmodelle, um neue Leitbilder einer "ökologischen Urbanität", um die Entkopplung von sozialer Entwicklung und ökonomischen Wachstum.

2. Kooperationskonzepte

Ökologische Handlungsfelder sind geprägt durch neuartige Problemlagen, durch neue Konfliktlinien, durch das Auftreten neuer sozialer Akteure sowie durch den Zerfall tradierter Grenzziehungen und Zuständigkeitsbereiche. Sowohl die Lösung von Problemen und Konflikten als auch die Sicherung und Gestaltung sozial-ökologischer Räume erfordern dementsprechend neue Formen der Kooperation zwischen den sozialen Akteuren. Solche Kooperationsformen beziehen sich erstens auf Prozesse der *Planung und Gestaltung*, zweitens auf Formen der *Erhaltung und Pflege* von Naturräumen, drittens auf Verfahren der *Konfliktregulierung*.

Zwischen diesen Dimensionen bestehen enge Zusammenhänge: Die Gestaltung von Naturräumen schließt an bewahrenswerte Bestände an und umgekehrt sind die Pflege und der Schutz von Landschaftsteilen (etwa von Streuobstwiesen) ohne gestaltende und planende Elemente nicht möglich. Denn zum einen gilt Pflege der Erhaltung eines bestimmten (historisch "gewachsenen" oder als "natürlich" bewerteten) Naturzustandes und/oder Landschaftsbildes, ist also mit gesellschaftlichen Vorstellungen und Entscheidungen darüber, wie "Natur" oder "Landschaft" sein sollten, verbunden.²¹ Zum anderen muß die Pflege von Naturschutzflächen oder Kulturlandschaften heute immer mehr als eine eigenständige soziale oder ökonomische Aktivität geplant werden - vor allem deshalb, weil weiterhin Flächen aus der landwirtschaftlichen Nutzung, die immer auch Pflege und Erhaltung war, herausfallen. Schließlich können und werden Interessengegensätze und Konflikte nicht nur zwischen den beiden Dimensionen der Gestaltung und der Bewahrung, sondern auch innerhalb jeder von ihnen auftreten: Was soll wie gestaltet werden, und was soll wie und von wem erhalten und gepflegt werden? Kooperatives Handeln muß sich demnach, in je unterschiedlichen Akzentuierungen, auf jede der genannten Dimensionen der Gestaltung, Pflege und Konfliktregulierung beziehen; es muß darin nicht nur die unterschiedlichen Interessen der sozialen Akteure berücksichtigen, sondern auch ihr Wissen und ihre Erfahrungen aufnehmen.

²¹ Dies gilt auch dann, wenn diese Vorstellungen und Entscheidungen nicht expliziert werden, sondern auf vermeintlichen Evidenzen dessen, was "Natur" ist, zu beruhen scheinen.

Zwar bildet das Kooperationsprinzip gemeinsam mit dem Vorsorge- und dem Verursacherprinzip eine der Grundsäulen der Umweltpolitik. Herkömmliche Formen von Kooperation beziehen sich jedoch fast ausschließlich auf die Zusammenarbeit von Industrie und Gewerbe (z.B. potentiell umweltrelevanten Emittenten) mit staatlichen Stellen oder auf relativ späte Phasen des administrativen Handelns. Sowohl eine frühzeitige Kooperation mit anderen Betroffenen (z.B. Bürgerinitiativen, Umweltverbänden, nicht verbandlich organisierten Naturschützern etc.) als auch eine Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Gruppen nicht-staatlicher Akteure wird erst mit den in den letzten beiden Jahrzehnten entwickelten Kooperationsformen ermöglicht. Diese werden im folgenden auf ihre Potentiale für den GrünGürtel hin analysiert.

2.1. "ExpertInnen vor Ort"

a) Das Konzept

Grundlegend für neue Kooperationsformen in ökologischen Handlungsfeldern ist die Anerkennung, Einbeziehung und Stärkung der regional oder lokal "Betroffenen" mit ihren Erfahrungen, ihrem Wissen, ihren Kompetenzen, Interessen und Zielen. Ortskundige Betroffene haben einen anderen Blick auf die ökologisch bedeutsamen Phänomene und Zusammenhänge als Experten von außerhalb. Häufig gelten sie jedoch - insbesondere wenn es sich bei ihnen um wissenschaftliche Laien handelt - nicht als Fachleute; dies ist vor allem auf die meist unhinterfragte Dominanz des spezialisierten wissenschaftlichen Wissens zurückzuführen. Als Erfahrung aus den umweltpolitischen Konflikten der beiden letzten Jahrzehnte läßt sich aber festhalten, daß der Rückgriff auf auswärtige Experten häufig zu neuen Problemen geführt hat, da mit der Perspektive der Ortsansässigen insbesondere das Erfahrungswissen von Produzenten, AnwohnerInnen usw. ausgeklammert wird. Mit den neuen Kooperationsformen wird versucht, das Wissen der lokal Betroffenen zu berücksichtigen, um ihm in Planungs- und Gestaltungsprozessen Gewicht zu verleihen.

b) Methoden und Instrumente

Methodologische Voraussetzung ist die vorbehaltlose Anerkennung nicht-wissenschaftlichen Wissens als be-

deutsam für die Gestaltung sozial-ökologischer Räume; damit wird dem Umstand Rechnung getragen, daß in ökologischen Handlungsfeldern die Grenze zwischen wissenschaftlichen "Experten" und nicht-wissenschaftlichen "Laien" zerfällt (vgl. Becker/Wehling 1993). Als wirksames Instrument hat sich für die Sammlung von Erfahrungswissen und die Weiterentwicklung und Kristallisation von Wünschen und Zielvorstellungen beispielsweise das Durchführen von themen- und ortsbezogenen Zukunftswerkstätten (s. 2.6.) erwiesen, da dort ein Bewußtsein für die Stärke des eigenen Ansatzes entwickelt werden kann. Sofern das Erfahrungswissen ein Produzentenwissen (etwa von Landwirten) ist, wird es erforderlich sein, dieses berufsgruppen- bzw. tätigkeitsspezifisch einzubeziehen. In den 70er Jahren wurden daneben andere Modelle, insbesondere auf der Basis von freien Bildungsinstitutionen entwickelt (z.B. in Whyll oder im Rahmen der Auseinandersetzungen um die Startbahn West), die derzeit partiell in der Laien-Arbeit der Geschichtswerkstätten, aber auch der Volkshochschulen (z.B. TUWAS-Ansatz) aufgenommen und weiterentwickelt werden.²²

c) Anwendungsfelder und Ergebnisse

Tendenziell können Kooperationen mit den "ExpertInnen vor Ort", wie z.T. bereits bei nachbarschaftsrechtlich relevanten Planungsprozessen, auch bei den Prozessen der Landesplanung und Landschaftsgestaltung eine Rolle spielen. Dies setzt jedoch bisher entweder voraus, daß die Opposition gegen bestimmte Planungen sich auf die entwickelten Formen einer Stärkung der eigenen "ExpertInnen vor Ort" besinnt oder aber daß im Rahmen eines kooperativen Handelns die Genehmigungsbehörde oder der Betreiber daran interessiert sind, durch den Einbezug des örtlichen Wissens die Planung zu optimieren (und zugleich Konfliktpotentiale zu verringern). Vermutlich lohnt sich das für Betreiber oder Planungsbehörden immer dann, wenn von einer partiellen Überlegenheit eines lokalen Nutzerwissens gegenüber dem wissenschaftlichen Wissen für die konkreten Umsetzungs- und Managementprobleme auszugehen ist; bei umweltrelevanten Projekten scheint dies insbesondere für die Flächennutzung und Landschaftspflege relevant, wofür

²² Vgl. dazu Schramm 1990 sowie zum TUWAS-Ansatz Brückmann/Häusler 1991; Brückmann/Cramer-Conrad 1992.

Wissen über kleinräumliche Zusammenhänge und schutzwürdige Landschaftsteile benötigt wird.

Gegenwärtig liegt eine wesentliche Grenze dieses Ansatzes für raumrelevante Planungen in der Krise der herkömmlichen Bürgerbeteiligungsverfahren begründet. Im allgemeinen kann derzeit nicht mehr die systematische Einbindung der "ExpertInnen vor Ort" in die Entscheidungsprozesse gewährleistet werden: Traditionelle Verfahren der Bürgerbeteiligung (z.B. Auslegung von Plänen und Anhörung im Planfeststellungsverfahren) reichen nicht mehr aus, da sie im allgemeinen erst dann stattfinden, wenn die eigentliche Planungsabstimmung zwischen Betreiber und Genehmigungsbehörde abgeschlossen ist.²³

Eine verbesserte Partizipation der ExpertInnen vor Ort könnte durch - je nach Anwendungsfeld und Konflikt - unterschiedliche Instrumente, z.B. Runde Tische, Zukunftswerkstätten oder Foren mit Mediationscharakter, aber auch durch informelle "Strategien vor Ort", die sich an einzelne richten, erreicht werden. Für die GrünGürtel-Planung würde dies bedeuten, möglichst viele unterschiedliche AnwohnerInnen und NutzerInnen des GrünGürtels und seiner Ökosysteme bzw. Teillandschaften als "ExpertInnen vor Ort" anzusprechen und sie frühzeitig in die Gestaltung einzubeziehen. Sofern nur bestimmte Nutzer- oder Interessengruppen (z.B. Landwirte oder Naturschützer) für eine Mitarbeit an der GrünGürtel-Gestaltung motiviert werden können, sind hingegen Konfliktverschärfungen fast vorprogrammiert; ein "Mix" verschiedener Formen der kooperativen Bürger-

²³ Relativ gute Einbeziehungen des örtlichen Expertenwissens konnten allerdings dann erreicht werden, wenn sich vergleichsweise starke behördliche Instanzen, die unabhängig von der Genehmigungsbehörde sind, gegen ein Vorhaben aussprechen können: Entsprechende Erfolge wurden beispielsweise bei der Optimierung von Grobtrassenplanungen der DB-Neubaustrecke Würzburg-Hannover erzielt, da hier Städte und Gemeinden frühzeitig ins Planungsverfahren einbezogen waren und damals z.T. der örtliche Naturschutz den hessischen Kommunen zuarbeitete. Dadurch wurden Argumente der "ExpertInnen vor Ort" bei dem Aushandlungsprozeß um die konkrete Führung der neuen Bahnstrecke berücksichtigt, und es konnten beispielsweise zahlreiche aus Sicht des Naturschutzes wichtige Flächen umgangen werden (vgl. dazu Gehrman/Schramm 1984).

beteiligung ist auch aus diesem Grund als sinnvoll anzusehen.²⁴

2.2. Runde Tische

Runde Tische werden immer wieder als Instrument der Kooperation und Konfliktregulierung in der Umweltpolitik und anderen Politikbereichen eingesetzt. Bekannt geworden sind sie vor allem in der Phase des Zusammenbruchs der früheren DDR als Versuche des kooperativen Erfahrungsaustausches und der Interessenartikulation der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und politischen Akteure. Sie stellen ein nur schwach formalisiertes Verfahren der Kooperation zwischen unterschiedlichen Akteuren dar.²⁵ Einzige Voraussetzung ist, daß sämtliche von einer Problemlage betroffenen Akteure, d.h. insbesondere auch die nicht-staatlichen und nicht-organisierten, gleichberechtigt am runden Tisch vertreten sind. Runde Tische können sich auf relativ allgemeine Problemkonstellationen beziehen oder sie beschäftigen sich mit regional oder lokal zu verortenden Problemlagen (etwa den Schadstoffbelastungen oder Unfallgefahren durch bestehende Produktionsanlagen). Dabei sollten das Wissen und die Erfahrungen, aber auch die Ängste und Befürchtungen der "ExpertInnen vor Ort" sehr ernst genommen werden.

²⁴ Teilweise ähnliche Überlegungen sind unter dem Stichwort "Strategien der Planungsdemokratie" auch im "Ergebnisbericht GrünGürtel-Planung 1990/91" festgehalten. Dort wird angestrebt, "die Mitbestimmungsrechte der Bevölkerung an der Gestaltung und Aneignung des GrünGürtels deutlich auszubauen - über die Beteiligungsformen hinaus, die im Planungsprozeß ohnehin vorgeschrieben sind." Gedacht ist dabei zum einen an eine stärkere Einbindung der Ortsbeiräte und anderer Institutionen, an die Ausweitung der Rechte unterprivilegiertes, z.B. nicht wahlberechtigter Gruppen (Ausländer, Jugendliche) sowie von Nutzern, die nicht Anwohner des betreffenden Gebietes sind (GrünGürtel-Projektbüro 1991: 254)

²⁵ Daher ist im Einzelfall oft schwer zu unterscheiden, ob es sich tatsächlich um eine auf kooperative Konflikt- und Problemlösungen zielende Einrichtung handelt oder um eine symbolische Veranstaltung, die lediglich der Öffentlichkeitsdarstellung und Akzeptanzbeschaffung einzelner Akteure dient.

Runde Tische stellen häufig eine frühe Phase des Kooperationsprozesses dar. Hier geht es zunächst darum, überhaupt einen Kommunikationsprozeß zwischen Akteuren mit in der Regel divergierenden Problemwahrnehmungen und Interessenlagen in Gang zu bringen, d.h. Kommunikationsbarrieren abzubauen und einen wechselseitigen Austausch von Erfahrungen sowie die Klärung der jeweiligen Interessenlagen zu ermöglichen. Runde Tische sollten sich dennoch nicht auf einen unverbindlichen Gedankenaustausch beschränken; (Minimal-)Ziel sollte vielmehr sein, die Interessenlagen der beteiligten Gruppen transparent zu machen und zu einer von allen Parteien akzeptierten und geteilten Problemdefinition zu kommen.²⁶ Dies ist ganz offensichtlich in vielen Fällen wichtig und notwendig; zugleich aber ist die Reichweite Runder Tische häufig aufgrund ihres geringen Formalisierungsgrades begrenzt. Wo es um Fragen von großer Tragweite und um konkrete, rechtsverbindliche Planungen oder Konfliktregulierungen geht oder wo sich Interessengegensätze verhärtet haben, sollten runde Tische daher in stärker formalisierte Verfahren, vor allem in Mediationen (2.3.), privatrechtliche Kooperationen (2.4.) oder Zukunftswerkstätten (2.6.) übergehen.

2.3. Mediationsverfahren

a) Das Konzept

Mediation ist ein Verfahren zur Konfliktbewältigung durch neutrale Vermittler, das seit den siebziger Jahren nach Einführung der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) in den USA entwickelt wurde und vor allem dort bei "land-use"-Konflikten um umweltrelevante Vorhaben eingesetzt wird. Im Gegensatz zu dem derzeit von der Industrie bevorzugten Dialogverfahren, bei dem sich die Konsenssuche auf mögliche Probleme in der vorangehenden und derzeitigen Kommunikation zwischen den Verfahrensbeteiligten beschränkt, werden dabei zwischen den Konfliktparteien materiale Verhandlungen geführt, d.h. existierende Probleme, die zu Konflikten geführt haben bzw. führen können, werden hier ins Zentrum gestellt. Mediation stellt ein Regulierungs- und Kooperationsverfahren dar, das von der Existenz tatsächlicher Interessenkonflikte ausgeht. Idealziel ist dabei,

²⁶ Oder einen grundsätzlichen und nicht überbrückbaren Dissens festzuhalten!

durch Verbesserung der Kommunikation zwischen den Konfliktparteien zu einer für alle Parteien optimierten Verhandlungslösung zu gelangen. Dabei wird von der Annahme ausgegangen, daß potentielle Lösungen häufig deshalb blockiert würden, weil die hinter den gegensätzlichen Positionen stehenden Interessenlagen nicht transparent seien und mögliche Verhandlungsspielräume daher nicht wahrgenommen werden könnten.

b) Methoden und Instrumente

Wegen der starken Einzelfallorientierung des Verfahrens besteht bisher nur über die wichtigsten Rahmenbedingungen ein allgemeiner Konsens. Die Mediation geht von der im Arbeitsrecht anerkannten Form der Schlichtung aus. Die bisherigen Bemühungen, die Streitigkeit zu beenden, müssen sich festgefahren haben, der Vermittler muß von beiden Seiten als neutral anerkannt werden und darf keine eigenen Interessen in der umstrittenen Angelegenheit verfolgen. In seiner Rolle als Mediator fungiert der Konfliktmittler nicht nur als Interpret der Interessen und Zwänge der Konfliktparteien, sondern er soll durchaus - aufbauend auf einer Konflikt- und Interessenanalyse - eine aktive Helferrolle einnehmen. In gemeinsamen Sitzungen soll er gegenseitiges Mißtrauen und Kommunikationsbarrieren abbauen und "Konsensinseln" ausfindig machen; zudem soll er als Bote gegenseitige Verhandlungsangebote übermitteln. Er kann jedoch, anders als in Tarifaueinandersetzung, selbst keine Entscheidungen in der Sache, etwa in Gestalt eines Schiedsspruchs, treffen. Grundsätzlich sollte jede Partei im Mediationsverfahren eine ausreichende Machtstellung (z.B. Klagerecht) haben, um noch den Ausgang des Konfliktes beeinflussen zu können. Dies bezieht sich auch auf ihre Verhandlungsmacht; nötigenfalls müssen daher vom Mediator "Gegengutachten" in Auftrag gegeben werden, um die schwächere Seite zu stärken.

Mögliche Inhalte von Verhandlungslösungen können Vermeidungs- oder Schutzmaßnahmen ebenso sein wie Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen; daneben können auch Kompensationsleistungen, insbesondere finanzieller Art, angestrebt werden. In den USA sind von einigen Autoren inzwischen inhaltliche Kriterien in die Debatte gebracht worden, um der Gefahr vorzubeugen, daß erzielte Verhandlungslösungen zu Lasten des Umweltschutzes gehen. Dabei werden genannt:

1. Die Ergebnisse der Verhandlungen müssen von allen Parteien getragen werden.
2. Die erzielte Verhandlungslösung muß den Parteien als fair und gerecht erscheinen.
3. Das Resultat muß zu einer Optimierung der Interessenrealisierung führen. Bei der Beurteilung ist auf den Standpunkt eines neutralen Beobachters abzustellen.
4. Die Entscheidung soll vorherige Präzedenzfälle hinreichend berücksichtigen.
5. Die Übereinkunft soll mit einem Minimum an Zeit- und Kosteneinsatz erreicht werden.
6. Die Verhandlungen sollen die zukünftigen Beziehungen zwischen den Verhandlungsparteien verbessern." (Gaßner u.a. 1992: 25)

Im Verwaltungshandeln erscheinen Mediationsverfahren dann als besonders wirksam, wenn sie schon innerhalb des eigentlichen Planungsverfahrens, d.h. im Vorfeld der bisherigen Bürgerbeteiligung am Planfeststellungsverfahren, stattfinden, so daß sie bereits der informellen Vorbereitung der Verwaltungsentscheidung dienen können. Im Entwurf für das Umweltgesetzbuch wurde dagegen vorgeschlagen, die Mediation ins Verwaltungsverfahren zu integrieren (vgl. Kloepfer u.a. 1990). Beide Optionen sehen also eine konsensorientierte Planung vor.

c) Anwendungsfelder und Ergebnisse

In der Bundesrepublik sind Mediationsverfahren noch relativ wenig bekannt und erprobt. Zum ersten Mal angewendet wurde das Verfahren im Konflikt um die Lösung der Altlastenprobleme der Sondermülldeponie Münchshagen in Niedersachsen (auf kirchliche Initiative hin) (vgl. Striegnitz 1990). Das vor etwa drei Jahren begonnene Verfahren hat seitdem zwar einige wichtige Teilergebnisse erbracht, ist aber noch nicht abgeschlossen. Eine weitere größere Mediation um die Erstellung eines Abfallwirtschaftskonzepts im Kreis Neuss (NRW) ist ebenfalls noch nicht beendet.

Neben den zahlreichen US-amerikanischen Beispielen - dort werden Konfliktmittler z.T. von Behörden und Industrie gemeinsam finanziert - zeigen aber Erfahrungen der Stadt Bielefeld, daß sich Mediationsverfahren in vielen Bereichen der Planung umweltrelevanter Vorhaben mit Erfolg anwenden ließen; dies gilt für Müllverbrennungsanlagen und Deponien ebenso

wie für Wasserbauprojekte oder Konflikte um die Reichweite von Altlastensanierungen. Dennoch bestehen derzeit Vorbehalte von Seiten aller Beteiligten, die z.T. auf mangelnder bundesdeutscher Erfahrung mit dem Mediationsverfahren bzw. seiner falschen Gleichsetzung mit Dialogmodellen beruhen. Daneben existieren auch ungeklärte rechtliche Probleme, etwa wieweit sich öffentliche Verwaltungen an die Ergebnisse eines bisher gesetzlich nicht geregelten und institutionalisierten Verfahrens gebunden fühlen können oder müssen.²⁷

Grundvoraussetzung für die funktionierende Mediation ist eine Kompromißfähigkeit des Konfliktes. Weitgehender Konsens besteht daher darüber, daß umweltrelevante Konflikte, die wesentlich auf grundsätzlichen Unterschieden in der Bewertung von Risiken (z.B. Atomkraftwerke, gentechnische Produktion) beruhen, für dieses Verfahren ebenso ausscheiden sollten wie Konflikte, die als juristische Präzedenzfälle dienen. Aus diesem Grund haben etwa Öko-Institut und BUND eine Mediation im Verfahren um eine Müllverbrennungsanlage der Hoechst AG abgelehnt. Somit ist zwar eine generelle Verhandlungsbereitschaft zwischen den Parteien erforderlich; es werden aber keine weiteren Grundregeln (z.B. hinsichtlich bestimmter Kommunikationsformen oder argumentativ-rationaler Voraussetzungen) aufgestellt, die potentielle Teilnehmer von vornherein ausgrenzen könnten.

Der Zeitaufwand (und dementsprechend der Finanzbedarf) ist nicht zu unterschätzen; anders als eine Tarifauseinandersetzung kann die erfolgreiche Durchführung umweltrelevanter Mediationsverfahren - allerdings in komplizierteren Fällen - mehrere Jahre dauern.

Insbesondere die Bielefelder Umweltverwaltung hat die Instrumente "Verhandlungen" und "Konsensplanung" in den letzten Jahren auch isoliert vom eigentlichen Mediationsverfahren eingesetzt und dabei teilweise gute Erfolge erzielt (vgl. dazu im einzelnen Gaßner u.a. 1992: 111 ff.). Allerdings zeigte das daraus

²⁷ Bemühungen um eine Institutionalisierung und rechtliche Formalisierung von Mediationen werden jedoch gerade von manchen Befürwortern des Verfahrens sehr zurückhaltend bewertet. Da das Verfahren sehr stark einzelfallorientiert sei, könne sich eine Formalisierung unter Umständen als kontraproduktiv erweisen.

resultierende, zunächst rein konsensuelle Verwaltungshandeln bei fest definierten Fallkonstellationen (insbesondere bei mutmaßlichen Indirekteinleitungen oder Grundwasserverschmutzungen) auch Nachteile, da einige Personengruppen den kooperativen Behördenstil zu ihrem Vorteil einseitig ausnutzten. Die Kommune zog daraus den Schluß, die Verhandlungen in einem "Mix" mit hoheitlichem Verwaltungshandeln einzusetzen.

Die Einbeziehung von Konfliktmittlern ist sicherlich bereits schon dann möglich und sinnvoll, wenn sich schwierig lösbare Konflikte andeuten, aber sich die Fronten noch nicht vollständig verhärtet haben. Im Bereich des Grüngürtels sollten zudem verstärkt die Bielefelder Erfahrungen mit einem frühzeitig kooperativen und konsensorientierten Verwaltungshandeln genutzt werden. Darüber hinaus ist hier auch an eine Stärkung bestimmter Nutzergruppen durch partielle Gegenexpertisen zu denken (z.B. Versuche der Einbeziehung unterprivilegiertes gesellschaftlicher Gruppen und ihrer Interessen, Kontrollplanung durch ein parallel arbeitendes Planungsbüro, städtische Finanzierung von faunistisch-floristischen Bestandsaufnahmen, die der organisierte Naturschutz vornimmt).

2.4. Privatrechtliche Kooperationen

a) Das Konzept

Nicht-staatliche Akteure mit unterschiedlichen Wirtschafts- bzw. Umweltinteressen arbeiten hier partiell zusammen, um so bestimmte, definierbare Zielvorstellungen anzugehen, die sich trotz zugrundeliegender Interessengegensätze als gemeinsame erkennen lassen. Im Rahmen dieser thematisch eingeschränkten Kooperationen kann es gelingen, Verständnis für die Problemwahrnehmung des Kooperationspartners zu entwickeln; die Bedürfnisse "vor Ort" werden besser wahrgenommen (Maulwurfs- statt Vogelperspektive) und lassen sich in dem tendenziell selbstorganisierten ("entstaatlichten") Prozeß leichter realisieren.

b) Methoden und Instrumente

Ziel solcher Kooperationen sind in der Regel privatrechtliche Vereinbarungen, mit denen die unterschiedlichen Akteure bestimmte Verpflichtungen eingehen.

Finanzielle Leistungen eines Partners (für Investitionen oder Kompensationszahlungen für erforderlichen Mehraufwand des Kooperationspartners) bzw. die kostenlose Bereitstellung von Wissenskompetenz (z.B. ökologisches Fachwissen) sind wichtige Instrumente, die einen Anreiz zum Eingehen der Kooperation bieten. Derartige Kooperationen können auch durch staatliche Rahmenvorgaben gefördert werden, wie beispielsweise die 10-Punkte-Vereinbarung der nordrhein-westfälischen Landesregierung mit Land- und Wasserwirtschaft (vgl. dazu Kluge/Schramm 1992a).

c) Anwendungsfelder und Ergebnisse

Problemgemeinschaften als privatrechtliche Kooperationen sind vor allem bei Konflikten zwischen Wasser- und Landwirtschaft um die Verbesserung der Grundwassergüte erprobt worden. Zumindest in kleineren Gebieten haben sich solche Kooperationen als rascher wirksame Alternative zu staatlicher Ordnungspolitik bewährt - auch deshalb, weil es die Möglichkeit gibt, Kooperationsunwillige mit Anreizen zu einem Wirtschaften außerhalb bestimmter Gebiete zu bewegen. Eine Erweiterung dieser Kooperationen in Richtung auf übergreifende "sozial-ökologische Allianzen" (z.B. als Zusammenarbeit von Landwirten, Wasserwerkern und Umwelt-/Verbraucherschützern) wäre denkbar und wünschenswert, wenn Kooperationsziele mit einem möglichst breiten gesellschaftlichen Rückhalt dauerhaft und nicht nur lokal verwirklicht werden sollen.

Im Rahmen des GrünGürtel-Projekts wäre es zunächst notwendig, verschiedene Akteursgruppen zu identifizieren, die partiell gemeinsame Interessen haben und diese in nicht-fremdgesteuerter Weise im Bereich des GrünGürtels angehen könnten (z.B. Landwirtschaft, nicht-staatlicher Naturschutz, Vereine etc.). In den meisten Fällen müßten die städtischen Interessen hier aber relativ direkt (über Rahmenvorgaben) eingebracht werden, so daß rein privatrechtliche und selbstorganisierte Vereinbarungen nur in begrenztem Umfang einsetzbar wären. Gleichwohl ist davon auszugehen, daß die Förderung privatrechtlicher Vereinbarungen zwischen verschiedenen Akteuren in vielen Fällen erfolversprechender ist als ordnungspolitische Maßnahmen, die sich häufig kaum durchsetzen lassen.

2.5. Landschaftspflegeverbände und -verträge

a) Das Konzept

Eine spezielle Form privatrechtlicher Kooperationen stellen Landschaftspflegeverbände und -verträge dar, die in jüngster Zeit in der agrar- und umweltpolitischen Diskussion starke Beachtung gefunden haben. Landschaftspflegeverbände sind in der Bundesrepublik in größerem Umfang vor allem seit Ende der 80er Jahre entstanden; mit ihnen wird versucht, dem wachsenden gesellschaftlichen Bedarf an der Erhaltung und Pflege historisch entstandener Kulturlandschaften, daneben auch von Naturschutzflächen, Rechnung zu tragen. Hintergrund dieser Entwicklung ist der anhaltende Rückgang der landwirtschaftlich genutzten Fläche aufgrund mangelnder Rentabilität, häufig gerade in solchen Regionen, die aus Sicht des Natur- und Landschaftsschutzes besonders erhaltenswert sind. Durch die Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzung droht zum einen dadurch das in Jahrhunderten geprägte und entstandene Bild der Kulturlandschaft verloren zu gehen; zum anderen sind zahlreiche Biotope und Arten, die an die bäuerlich geprägte Kulturlandschaft gebunden sind, in ihrem Bestand gefährdet.

Landschaftspflegeverbände sollen - in der Regel als eingetragene Vereine - Pflegearbeiten auf freigewordenen Flächen organisieren und dabei nach Möglichkeit ortsansässige Landwirte mit der Durchführung betrauen. Im Vorstand der Vereine sollen unterschiedliche soziale Akteure und Interessengruppen (Naturschutzorganisationen, Land- und Forstwirtschaft, Fremdenverkehr, Jagdverbände, Naturschutzbehörden, Landwirtschaftsverwaltung und Kommunalpolitik) gleichberechtigt vertreten sein (vgl. Huber 1992). Entsprechende regionale oder lokale Initiativen werden häufig von Bundes- oder Landesbehörden angeregt und unterstützt. Die Finanzierung der Pflegemaßnahmen erfolgt gegenwärtig zum großen Teil aus Fonds der Europäischen Gemeinschaft sowie aus Bundes- und Landesmitteln. Zuständig für die Anforderung der EG-Gelder und für die Einrichtung von Pflegefonds sind derzeit die Länder (vgl. Schramm 1992a: 63).

Die Pfllegetätigkeiten werden in der Regel von Landwirten auf vertraglicher Basis und gegen Vergütung geleistet. Begründet wird dieses Modell zum einen damit, daß auf diese Weise eine zusätzliche Einnahme-

quelle für die Landwirtschaft eröffnet werde, zum anderen damit, daß Landwirte die entsprechenden Tätigkeiten (etwa den Schnitt von Wiesen) billiger anbieten könnten als spezialisierte Unternehmen.²⁸

b) Anwendung und Ergebnisse

Landschaftspflegeverbände sind erst in jüngster Zeit in großer Zahl entstanden; über die Auswirkungen ihrer breiten und potentiell flächendeckenden Umsetzung auf Naturschutz bzw. Landwirtschaft sind daher noch kaum gesicherte Erkenntnisse möglich. Vielfach werden Landschaftspflegeverbände und -verträge jedenfalls als Patentrezept einer "Versöhnung" von Naturschutz und Landschaftspflege mit der Landwirtschaft angesehen: Sie ermöglichten zum einen die kostengünstige Pflege und Erhaltung wertvoller Kulturlandschaften und eröffneten zum anderen den Landwirten neue wirtschaftliche Perspektiven durch zusätzliche Einnahmemöglichkeiten.

Gegen solche optimistischen Einschätzungen werden in der agrar- und umweltpolitischen Diskussion aber einige ernstzunehmende Einwände vorgebracht (vgl. Huber 1992; Schramm 1992a; Thomas 1992), die auch für eine mögliche Anwendung im Bereich des GrünGürtels von Interesse sind:

- Kritisiert wird grundsätzlich, daß durch Landschaftspflegeverbände die Trennung und Entkopplung von landwirtschaftlicher Produktion einerseits, Erhaltung der Kulturlandschaft andererseits, vorangetrieben und verschärft werden könnte. Zum einen werde die Tendenz zu einer immer stärker chemisierten Intensivlandwirtschaft auf ertragreichen Flächen damit nicht in Frage gestellt, zum anderen könnte es für viele Landwirte auf Grenzertragsflächen lukrativ erscheinen, die landwirtschaftliche Produktion nur noch symbolisch zu betreiben, sich faktisch aber auf Tätigkeiten als unselbständig arbeitender Landschaftspfleger auf nicht mehr genutzten Flächen zu konzentrieren.
- Wirksame Pflege und Erhaltung der Kulturlandschaft könne aber dauerhaft und flächendeckend nur gelingen, wenn diese Aufgabe mit der landwirtschaft-

²⁸ Denn die Landwirte verfügten ohnehin über die erforderlichen Maschinen und erwirtschafteten zudem ihr Haupteinkommen in der Agrarproduktion (vgl. Thomas 1992).

lichen Nutzung verkoppelt bleibt. Erfolgversprechender als dauerhaft kostspielige Pflegemaßnahmen auf ungenutzten Flächen zu finanzieren, sei es daher, mit diesem Geld der Landwirtschaft Perspektiven der ökonomischen Existenzsicherung zu eröffnen und gleichzeitig eine Hinwendung zu umweltverträglicheren Bewirtschaftungsformen einzuleiten. Solche Perspektiven müßten jeweils regional differenziert erarbeitet und umgesetzt werden.

- Demgegenüber seien Landschaftspflegeverbände selbst in ihren ökologischen und naturschutzrischen Auswirkungen problematisch: Zum einen betrieben dann immer mehr Landwirte de facto hauptberuflich eine an den Interessen des Naturschutzes ausgerichtete Landschaftspflege ohne dafür ausgebildet zu sein, zum anderen zeichne sich bereits jetzt ab, daß für die Beseitigung beispielsweise des Schnittgutes von mageren Pflegewiesen wegen fehlender Verbindung zur Tierhaltung keine sinnvolle Verwendung mehr besteht.
- Vor allem aber wird betont, daß die Finanzierung von flächendeckenden Pflegemaßnahmen aus öffentlichen Geldern ohne gleichzeitige Impulse zu einer anderen Agrarpolitik langfristig keine tragfähige Perspektive darstellt. Je mehr Flächen aufgegeben würden, desto größer werde der zu leistende finanzielle Aufwand; und je mehr Landwirte ohne ausreichendes Einkommen aus der Agrarproduktion von bezahlter Pfl egetätigkeit abhängig werden, desto mehr werden die Preise für Pflegemaßnahmen in die Höhe getrieben. Zudem sei die Finanzierung aus EG- und anderen öffentlichen Geldern gerade in Krisenzeiten keineswegs gesichert.

Vor dem Hintergrund dieser Einwände und der in ihnen skizzierten möglichen Trends ist nicht auszuschließen, daß eine flächendeckende Anwendung von Landschaftspflegeverträgen langfristig eher zu kontraproduktiven (und nach der Aufgabe von Flächen und Höfen kaum mehr reversiblen) Ergebnissen führen wird. Dies ist vor allem deshalb zu betonen, weil die Finanzierung aus EG-Mitteln kurzfristig vielfach als ein lukrativer und kostengünstiger Weg der Sicherung von Pflegemaßnahmen wahrgenommen wird. Unabhängig davon bleiben Landschaftspflegeverträge zweifellos ein sinnvolles Instrument, wenn sie begrenzt eingesetzt werden, etwa für Naturschutzgebiete oder besondere Standorte wie Feuchtwiesen etc. Ein sinnvolles Kriterium für ihren Einsatz

könnte sein, daß die Gelder aus Pflegemaßnahmen tatsächlich ein Zusatzeinkommen für die betreffenden Landwirte darstellen und daß dadurch keine existentiellen finanziellen Abhängigkeiten erzeugt werden.

2.6. Zukunftswerkstätten

a) Das Konzept

Das Modell der Zukunftswerkstatt ist Ende der 60er Jahre im Rahmen der Zukunftsforschung und ihrer Weiterentwicklung zur Friedens- und bürgernahen Sozialforschung entwickelt worden. Ihre Grundidee geht auf Robert Jungk zurück, der sie als "soziale Versuchslabore" plante, in denen engagierten BürgerInnen die Möglichkeit gegeben werden sollte, auf unkonventionelle Art und in kleinem Kreis Alternativen für die Zukunft und Optionen für politische Entscheidungsfindungen zu entwickeln (vgl. Jungk/Müllert 1981; 1989). Diesem Konzept liegt die Überzeugung zugrunde, daß Politiker und spezialisierte Planer häufig an den realen Bedürfnissen der eigentlich Betroffenen "vorbeiplanen", daß aber deren Mitwirkung oftmals Perspektiven einer effektiven und tragfähigeren Problemlösung aufweisen kann.

Die Thematik einer Zukunftswerkstatt wird vorzugsweise durch lokale oder regionale Probleme bestimmt (z.B. Verbauung von Grünflächen, Schließung von Betrieben oder Entlassung von Beschäftigten, risikoreiche Industrieanlagen, Unzufriedenheit über Arbeits- und Wohnbedingungen etc.).²⁹ Der Ansatz ist also betroffenen-orientiert und zielt auf konkrete Problemlösungen.

Wesentlich ist, daß sich die Betroffenen mit ihrem Anliegen in einer Gruppe befassen, in der sie auch ihre Wünsche und Phantasien frei entfalten können. Die verschüttete soziale Phantasie sowie die (teilweise nicht bewußten) "Wunschkräfte" (Jungk/Müllert) der Menschen werden als eine immense Energiequelle für die Gestaltung konkreter Aufgaben angesehen. Der

²⁹ "Der schnellste und meistversprechende Einstieg in eine Zukunftswerkstatt ist die aktuelle Notlage einer Gruppe, in der Unmut und zugleich auch Ratlosigkeit entstehen, weil einerseits 'von oben' angebotene Lösungen nicht angenommen werden, andererseits aber konkrete eigene Gegenvorschläge noch nicht vorliegen." (Jungk/Müllert 1989: 41)

"Nutzen" einer Zukunftswerkstatt liegt deshalb nicht nur in den konkreten Gestaltungsvorschlägen, sondern auch im Erlebnis des kollektiven Prozesses, in der Förderung der Selbstorganisation und Interessenartikulation der Betroffenen sowie in einer Stärkung des individuellen Selbstbewußtseins und der persönlichen Handlungskompetenz. Zukunftswerkstätten sind auch ein Beitrag zum Abbau von hierarchischen Strukturen und zur Stärkung einer demokratischen Kultur. Sie werden als eine "soziale Erfindung" gewertet, die helfen soll, die Dominanz technischer Innovationen abzubauen, denen auf der sozio-kulturellen und politischen Seite seit Jahrhunderten kaum eine Neuerung korrespondiere.

b) Methoden und Instrumente

Eine Zukunftswerkstatt setzt sich aus einem Kreis von Betroffenen oder Interessierten zusammen, dessen optimale Größe zwischen 15 und 25 Personen liege. Nur ein solcher Umfang gewährleiste, daß einzelne sich offen artikulieren könnten. Bei einer größeren Zahl von Interessierten sollte in Parallelgruppen dasselbe Thema behandelt werden. Der Gruppenprozeß in der Werkstatt findet (nach einer "Vorbereitungsphase") in drei Phasen statt:

- Kritikphase
- Phantasiephase
- Verwirklichungsphase

und wird zumeist durch eine Fachkraft geleitet und moderiert. Zukunftswerkstätten dauern in der Regel einen Tag oder ein Wochenende, denkbar ist aber auch ein Prozeß über einen längeren Zeitraum ("permanente Werkstatt").

Die Werkstatt beginnt mit der *Kritikphase*, in der Unmut, Kritik, negative Erfahrungen zum Werkstatt-Thema geäußert, aufgeschrieben und schließlich zu Themenkreisen geordnet werden. In der *Phantasiephase* wird mit eigenen Wünschen, Träumen, Utopien, alternativen Ideen auf die vorgebrachte Kritik geantwortet. Von diesen werden dann die interessantesten Einfälle ausgewählt und in kleinen Arbeitsgruppen zu Lösungsvorschlägen ausgearbeitet. In der abschließenden *Verwirklichungsphase* werden die Durchsetzungschancen für diese Entwürfe kritisch geprüft, indem die Hindernisse (etwa mit Hilfe von Lektüre oder Expertenurteilen) lokalisiert sowie Konzepte und Strategien zu ihrer Überwindung entwickelt werden.

c) Anwendungsfelder und Ergebnisse

Über Erfahrungen im Rahmen von Bürgerinitiativen, Kirchengruppen und VHS-Kursen hinaus ist die Zukunftswerkstatt als Bürgerplanungs- und Selbstorganisationsinstrument vor allem im Zusammenhang mit der geplanten "Sanierung" der Bergarbeiter-siedlung Eisenheim bei Oberhausen in den 70er Jahren bekannt geworden (vgl. Jungk/Müllert 1989: 41 ff.). Die aus dem vorigen Jahrhundert stammenden Häuser sollten abgerissen und durch moderne Hochhäuser ersetzt werden. Die Anwohner und Anwohnerinnen, unter ihnen auch Prof. Roland Günther, ein sozial engagierter Planer, erarbeiteten in Zukunftswerkstätten alternative Vorschläge und konnten schließlich auch den Abriß ihrer Häuser verhindern. Sie schufen sich selbst Versammlungsräume, entwickelten Vorschläge für die Gestaltung eines Parks, eines Jugendhauses, einer lokalen Zeitung sowie für die Reparatur des Kanalisationsnetzes.

Zukunftswerkstätten wurden in den 80er Jahren als explizites Planungsinstrument im Programm "Mensch und Technik - Sozialverträgliche Technikgestaltung" der Landesregierung Nordrhein-Westfalens eingesetzt. Christian Wend hat im Auftrag des Berliner Bausenators Zukunftswerkstätten veranstaltet, um die kommunale Planung für eine Verkehrsberuhigung zu unterstützen. Im Rahmen der kommunalen Planung sind Zukunftswerkstätten häufiger auch in Dänemark, Schweden und den Niederlanden eingesetzt worden.

Vor allem in jüngster Zeit sind in verschiedenen Städten der Bundesrepublik eine Reihe von Zukunftswerkstätten zu Fragen einer ökologischen Stadtentwicklung durchgeführt worden,³⁰ u.a. in Langenhagen ("Natur in der Stadt"), Hamm ("Hamm - ökologische Stadt der Zukunft") und Soest ("Soest gemeinsam gestalten - ökologische Perspektiven"). In Frankfurt a.M. wurde eine Zukunftswerkstatt unter dem Thema ("Perspektiven für Verkehr, Arbeit und Wohnung in Frankfurt") veranstaltet:

³⁰ Vgl. dazu im einzelnen Kuhnt/Müllert 1992.

2.7. Planungszellen

a) Das Konzept

Das Instrument der Planungszelle ist konzeptionell relativ weit entwickelt. Es wurde erstmals 1972 vorgestellt, als ausgearbeiteter Ansatz schließlich 1978 von Peter C. Dienel öffentlich dargestellt (Dienel 1978; 1991). Es ist seither wiederholt erfolgreich angewandt worden, so daß seine Erprobungsphase als abgeschlossen angesehen werden kann (vgl. den "Statusreport" in Dienel 1991: 277ff.).

Die Planungszelle³¹ ist ein Instrument tatsächlicher BürgerInnenbeteiligung am Planungsprozeß, das bisher vor allem für kommunale Gestaltungsaufgaben, aber auch im Bereich der Energiepolitik oder der Informationstechnologie, eingesetzt worden ist. Im Gegensatz zu Formen weitgehend symbolischer Bürgerbeteiligung (wie Planspiele oder Befragungen) kommt es zu überprüfbareren Ergebnissen, die nach Möglichkeit in einem formellen Verfahren von den Institutionen der kommunalen Gestaltung (der Verwaltung sowie dem Parlament) aufgenommen werden sollen. Im Unterschied zu denjenigen Partizipationsmodellen (wie Zukunftswerkstätten), die an der "Betroffenheit" von BürgerInnen ansetzen, ist die Planungszelle ein Konzept, das bei einer interessensneutralen BürgerInnenkompetenz ansetzt; die Bürger werden also nicht als unmittelbar Betroffene (etwa Anwohner etc.), sondern als - nach dem Zufallsprinzip ausgewählte - "Mitarbeiter des Staates" einbezogen. Das hat zur Voraussetzung, daß die Mitarbeit der BürgerInnen in einer Planungszelle bezahlt ist, daß die Aufgabe eingegrenzt und klar definiert ist und daß es einen Auftraggeber gibt, der die Lösungsvorschläge der BürgerInnen als Gutachten in seinen Planungsablauf aufnimmt. Die Planungszellen erarbeiten also gezielte Lösungsvorschläge, die in Form eines "Bürgergutachtens" vorgelegt werden. Sie vermitteln den planenden Instanzen realistische Informationen und legitimieren als Bürgerergebnisse konkrete Maßnahmen.

³¹ "Die Planungszelle ist eine Gruppe von 25 im Zufallsverfahren ausgewählten, auf drei Wochen freigestellten und von der öffentlichen Hand vergüteten Laienplanern, die gemeinsam mit zwei Angehörigen der betreffenden Fachressorts und angeleitet von zwei Prozeßbegleitern Lösungen vorgegebener, in der zur Verfügung stehenden Zeit bewältigbarer Bewertungs-, Kontroll- oder Planungsprobleme erarbeiten." (Dienel 1991: 74)

b) Methoden und Instrumente

Planungszellen sind auf maximal 25 Personen begrenzt. Zur Erarbeitung komplexerer Lösungsvorschläge arbeiten in der Regel mehrere Zellen an unterschiedlichen Teilaufgaben nebeneinander. Die Organisation und Koordination der einzelnen Zellen sowie die Zusammenfassung der Ergebnisse zu einem zur Vorlage geeigneten Bürgergutachten erfolgt durch eine professionelle, bezahlte Wissenschaftsbegleitung. Inzwischen hat sich ein Planungszellen-Verein "Bürger planen Umwelt e.V." mit einem eigenen Presse-dienst in Wuppertal gebildet, der den Aufbau eines bundesweiten "Laienplanungssystems" betreibt (vgl. Dienel 1990).

Um die Neutralität des Planungsinstruments im Sinne der Absicherung gegen eine Funktionalisierung durch "harte" Interessen (von Einzelpersonen wie von Verbänden oder Parteien) zu gewährleisten, werden die folgenden sechs Maßnahmen ergriffen:

1. "Vereinzelung" der teilnehmenden Personen (d.h. keine Berücksichtigung von Freundes- oder Familien-zusammenhängen);
2. Auswahl der teilnehmenden Personen nach dem Zufallsprinzip (anhand des Melderegisters);
3. Nicht-Berücksichtigung unmittelbar Betroffener (durch entsprechende Auswahl der Stadtbezirke);
4. Befristung der Teilnahme (keine institutionelle Identität, keine individuellen Aufstiegschancen);
5. Kontroversinformationen, d.h. systematische Aufnahme divergierender Problemwahrnehmungen und kontroversen Sachverstands;
6. Unabhängigkeit des ausführenden Trägers (bisher in der Regel: Universitäts-Institute).

Nach der Veröffentlichung des Gutachtens ist ein Erörterungstermin mit unterschiedlichen Adressatengruppen, insbesondere den beteiligten städtischen Ämtern, vorgesehen.

c) Anwendungsfelder und Ergebnisse

Planungszellen sind ein methodisch ausgefeiltes und deshalb recht aufwendiges Planungskonzept. Für das Gutachten "Bürger planen den Rathausplatz" in Köln-Gürzenich arbeiteten 14 Planungszellen, die insgesamt zu mehr als 1.100 Arbeitsgruppensitzungen

zusammenkamen. Für das Gutachten wurden im einzelnen 78 Regelungsvorschläge, 43 Problem- und Situationsanzeigen sowie vier dominante "Bürgertendenzen" herausgearbeitet. Die beiden zentralen Punkte des Planungszellen-Gutachtens: Priorität für Wohnfunktion und für "Fluchtlinien" des Rathausplatzes, konnten gegen den Widerstand einzelner Verwaltungsabteilungen auch umgesetzt werden (vgl. dazu Dienel 1990).

Andere bekannte Beispiele der Bürgerplanung in Planungszellen sind die Erarbeitung eines Abfallkonzepts für die Stadt Schwelm sowie die Neustrukturierung des Hasper Tales, d.h. die Planung des Sanierungsgebietes Hagen-Haspe, des flächenmäßig größten Stadtsanierungsgebietes Nordrhein-Westfalens, Ende der 70er Jahre (vgl. Dienel 1990).

Ebenfalls dokumentiert und für die Gestaltung des GrünGürtels wegen der Berücksichtigung unterschiedlicher Nutzungsfunktionen von hohem Interesse ist das Projekt "Bürger planen einen Freizeitpark", das 1978 von der Stadt Solingen in Auftrag gegeben wurde (vgl. Dienel u.a. 1984). Dabei ging es um die Umgestaltung des früher als Mülldeponie genutzten, ca. 22 ha großen "Bärenlochs" in der Nähe der Solinger Innenstadt zu einer Tagesfreizeitanlage für Erholung und Sport. Ausgehend davon, daß Freizeitplanung als eine lokale Versorgungsfunktion zu begreifen ist, die kleinräumige Disparitäten in der Ausstattung mit Freizeitmöglichkeiten auszugleichen hat, sollte ein attraktives Modell der Mehrfachnutzbarkeit des Gebietes wie seiner (Freizeit-)Einrichtungen entwickelt werden. Als besondere Aufgabenstellung sollten auch die Interessen zukünftiger (Einzel-)Nutzer einbezogen werden, da bis dahin fast nur organisierte Interessengruppen (z.B. Sportvereine, Verbände) oder Eigentümer von Grundstücken Einfluß auf die Planungen nehmen konnten.

Im Prozeß der Planungszellen-Arbeit wurde deshalb eine Matrix vermuteter Nutzungsinteressen (und entsprechender Benutzergruppen) erstellt, die nach begünstigten bzw. benachteiligten Interessenpositionen systematisiert wurden:

- *begünstigt*: Planungsamt, Gartenbauamt, Kleingartenverein, Wettkampfsport, Kraftfahrtsport, Gesundheitsamt, Bürgerinitiative Hasseldelle, Polizei, Freizeitverbände;
- *benachteiligt*: Mütter mit Kleinkindern, Hauptschüler, arbeitslose Jugendliche, Behinderte, Hunde-

besitzer, Rentner, Radfahrer, Ruhebedürftige, Ausländer.

Entsprechend dieser Auflistung wurden in Form von Hearings die Vorschläge und Bedenken sowohl der begünstigten Interessenpositionen als auch die Interessen der gezielt eingeladenen benachteiligten Gruppen in der Arbeit der Planungszellen aufgenommen.

An den Planungszellen nahmen 150 Solinger Bürgerinnen und Bürger teil (74 Frauen, 76 Männer; dabei waren alle sozialen Schichten und eine große Bandbreite unterschiedlicher Berufe vertreten); für die Durchführung der PZ wurden zusätzlich zu drei hauptamtlichen Mitarbeitern von Forschungsstellen der Wuppertaler Universität weitere 37 Personen für befristete Tätigkeiten eingestellt.

Das auf Grundlage der Planungszellen-Ergebnisse erstellte Gutachten legte ein klares Konzept zu den vorrangig anstehenden Fragen der Funktionsplanung (z.B. Aktiv-, Passiv-Nutzungsfunktionen) sowie der Verteilung der Baumaßnahmen vor. Es wurde in einer Konferenz der beteiligten Ämter der Stadt sowie in einer Sitzung des Ratsausschusses erläutert und diskutiert. Ein auf dieser Grundlage zu erarbeitender Planungsauftrag wurde an ein Architekturbüro vergeben, dessen Vorschläge aber - hauptsächlich wegen fehlender Gelder - nur zum Teil realisiert wurden (vgl. Modrow-Thiel 1988).

In den 80er Jahren wurden Planungszellen-Gutachten auch für nichtkommunale Auftraggeber erstellt, beispielsweise Testkriterien für die Stiftung Waren-Test, nach denen Konsumgüter beurteilt werden sollen (1985). In der USA gibt es mit dem ähnlich konzipierten Instrument der "Citizen Panels" erste Erfahrungen in der Begutachtung auch von "Großproblemen" (z.B. Landwirtschaft und Wassergüte³²). Einer stärkeren Anwendung des Instruments steht nach Einschätzung seines "Erfinders", P. C. Dienel, im wesentlichen die Skepsis der Verwaltung entgegen, deren Routine durch Planungszellen gestört würde, wie auch die Zurückhaltung der Parteien und der Wirtschaft, die den Wert und die Notwendigkeit von Bürgerbeteiligungsverfahren noch nicht erkannt hätten (vgl. Dienel 1990).

³² Vgl. Center for New Democratic Processes 1985

2.8. Anknüpfungsmöglichkeiten für die GrünGürtel-Gestaltung

Die skizzierten Kooperations-, Konfliktregulierungs- und Planungskonzepte lassen in vielfältiger Weise Umsetzungsmöglichkeiten bei der Planung und Gestaltung des GrünGürtels erkennbar werden, die teilweise bei der Darstellung der einzelnen Konzepte auch bereits angedeutet worden sind. Die den Konzepten zugrunde liegenden Prinzipien, insbesondere die sehr weitreichende Einbeziehung von BürgerInnen in Planungs- und Gestaltungsprozesse sowie die Nutzung des Wissens, der Kompetenzen und der Motivationen von Betroffenen und "ExpertInnen vor Ort", sollten in jedem Fall berücksichtigt werden.

In dieser Perspektive sollte versucht werden, mit den geschilderten Handlungsformen und -instrumenten möglichst breite und vielfältige *sozial-ökologische Bündnisse* für die Gestaltung des GrünGürtels zu initiieren. Wir unterscheiden dabei idealtypisch zwischen sozial-ökologischen Allianzen und sozial-ökologischen Problemgemeinschaften als zwei unterschiedlichen Orientierungen der Kooperation mit jeweils unterschiedlichen Zielrichtungen und Problembezügen. Beides sind begrenzte, themenbezogene und auf Zeit angelegte Bündnisse; dadurch heben sie sich von herkömmlichen Interessengruppen und -koalitionen ab (etwa den Organisationen der Tarifparteien oder den politischen Parteien), die auf (weitgehend) homogenen Interessenlagen und thematisch umfassenden Gemeinsamkeiten aufbauen. Dagegen basieren sozial-ökologische Allianzen und Problemgemeinschaften auf nur begrenzten Interessenübereinstimmungen sehr heterogener Akteure und Akteursgruppen, deren sonstige Interessenlagen und Ziele stark divergieren können. Häufig reichen sie daher über die Grenze bestimmter politischer, kultureller oder wirtschaftlicher "Lager" hinaus.

Sozial-ökologische Allianzen stellen eher konzeptionell angelegte Bündnisse sozialer Akteure zur Bearbeitung und Lösung einer als drängend empfundenen übergreifenden ökologischen Problemlage dar. So stellt etwa das "Klimabündnis europäischer Städte", an dem sich auch die Stadt Frankfurt beteiligt, eine - staatliche und kulturelle Grenzen überschreitende - sozial-ökologische Allianz dar. Denkbar wäre zum Beispiel auch eine Allianz von Teilen der chemischen Industrie, der Gewerkschaften,

von Umweltverbänden, Verbraucherverbänden und kritischen WissenschaftlerInnen, um Wege zum Ausstieg aus der Chlorchemie zu finden.

Sozial-ökologische Problemgemeinschaften dagegen bilden sich um lokal oder regional begrenzte Probleme und Konflikte (etwa Standortentscheidungen für Müllverbrennungsanlagen etc.) heraus. Häufig werden darunter privatrechtliche Kooperationen (wie in 2.4. dargestellt) verstanden, bei denen unterschiedliche Akteure an der Erreichung eines begrenzten Zieles (etwa Verbesserung des Grundwasserschutzes) zusammenarbeiten (vgl. Kluge/Schramm 1992a). In sozial-ökologischen Problemgemeinschaften kooperieren verschiedene unmittelbar betroffene Akteure (etwa Betreiber, staatliche Stellen, verschiedene örtliche Initiativen etc.) - mit dem Ziel, zu einer für alle Konfliktparteien akzeptablen Lösung des betreffenden Problems zu kommen. Dies bedeutet aber keineswegs, daß übergreifende Interessenkonflikte geleugnet werden müßten.

Für das GrünGürtel-Projekt sind beide Formen sozial-ökologischer Bündnisse von zentraler Bedeutung. Zur Sicherung und Vermittlung des Gesamtprojekts sollte sich die GrünGürtel-Gestaltung um möglichst breite sozial-ökologische Allianzen in der städtischen Öffentlichkeit bemühen; Adressaten eines Versuchs, solche Allianzen zu stiften, wären vorrangig Vereine, Verbände, Parteien, Gewerkschaften etc., aber auch einzelne Unternehmen und Institutionen oder etwa die Stadtwerke. Sozial-ökologische Allianzen sollten sich aber keinesfalls in symbolischen Lippenbekenntnissen zum GrünGürtel erschöpfen, sondern sich auf die Sicherung des Projekts und die kontinuierliche Verbesserung seiner Rahmenbedingungen beziehen - und sich dabei auch in Konflikte einmischen.

Zur Regulierung von einzelnen Konflikten und zur kooperativen Gestaltung von Teilstücken innerhalb des GrünGürtels sollten dagegen vorrangig themenbezogene sozial-ökologische Problemgemeinschaften initiiert werden. Dabei müssen die von Maßnahmen betroffenen oder an ihnen interessierten Akteursgruppen in einen problemorientierten Kooperationszusammenhang gebracht werden. Dafür bieten sich einige der oben dargestellten Konzepte besonders an, etwa Runde Tische, Mediationen oder privatrechtliche Vereinbarungen. In solchen Formen der Kooperation und Konfliktregulierung könnte aber durchaus auch

die Bearbeitung größerer Probleme angegangen werden, beispielsweise eine Verbesserung der Gewässergüte der Nidda im GrünGürtel.

Zugleich hat die Darstellung der verschiedenen Kooperationskonzepte gezeigt, daß diese *problem- und zielorientiert* sowie *konflikt- und akteursspezifisch* konkretisiert und eingesetzt werden müssen. Ein Mediationsverfahren, eine Planungszelle oder eine Zukunftswerkstatt sind an je unterschiedliche Voraussetzungen gebunden, an je unterschiedlichen Zielsetzungen orientiert und richten sich auf jeweils andere soziale Akteure. Bedingungen einer erfolgversprechenden Anwendung und Umsetzung der Konzepte sind daher zunächst eine genaue Charakterisierung der im GrünGürtel relevanten Konfliktformen und -typen, eine sorgfältige Differenzierung der unterschiedlichen Nutzungsinteressen und der entsprechenden sozialen Akteure und Akteursgruppen sowie die Klärung der jeweils verfolgten Ziele der Kooperation. Diese Differenzierungen und Präzisierungen müssen auch und gerade für jeden innerhalb der GrünGürtel-Planung virulenten Einzelkonflikt vorgenommen werden, um einerseits die unterschiedlichen sozialen Akteure in die Gestaltung einbeziehen zu können (hier insbesondere die nicht-organisierten und die in der Interessenartikulation benachteiligten GrünGürtel-NutzerInnen) und um andererseits die jeweils angemessenen Verfahren der Kooperation und Konfliktbearbeitung auswählen zu können.

Im folgenden werden wir zunächst die wichtigsten Konfliktformen und -achsen, die im GrünGürtel eine Rolle spielen, charakterisieren. In einem zweiten Schritt wird allgemein skizziert, für welche der unterschiedlichen Konflikttypen sich die einzelnen Kooperationsformen von ihrer Struktur und Aufgabenstellung her am ehesten eignen.³³

Betrachtet man den GrünGürtel als "Konfliktraum", dann geraten zunächst zwei Hauptformen von Konflikten in den Blick:

- zum einen solche Konflikte, "die der GrünGürtel als Teil einer Stadtentwicklungspolitik an sich zieht";
- zum anderen Konflikte, die sich "aus Nutzungskonflikten innerhalb des GrünGürtels"

³³ Eine exemplarische Konkretisierung für den Einzelfall wird unten am Beispiel des Hubschrauberlandeplatzes Bonames vorgenommen.

ergeben (Grün-Gürtel-Projektbüro 1991: 163).

Unter den letzteren sind wiederum zu unterscheiden:

- Konflikte, die aus gegensätzlichen, unter Umständen einander ausschließenden Nutzungsinteressen resultieren (etwa Naturschutz vs. Freizeit);
- Konflikte um Nutzungsinteressen, die (von einigen sozialen Akteuren) als nicht GrünGürtel-gerecht angesehen werden (z.B. größere Sport- oder Kulturveranstaltungen);
- Konflikte um eine umweltverträglichere Umgestaltung solcher Nutzungen, die grundsätzlich als GrünGürtel-gerecht angesehen werden (z.B. Landwirtschaft und Kleingärten).

Innerhalb dieser Konfliktfelder sind eine Reihe weiterer Konfliktachsen zu beobachten, die sich mit den genannten Konflikttypen verschränken und deren Wirkung unter Umständen verschärfen können. Solche Konfliktachsen sind vor allem:

- stadtteilbezogene vs. "kernstädtische" Nutzungsinteressen;
- lokale vs. gesamtstädtische Nutzungsinteressen;
- "soziale" vs. "ökologische" Interessen;
- verschiedene Gegensätze zwischen sozialen Gruppen: vor allem zwischen sozialen Schichten, zwischen ethnisch-kulturellen Gruppen, zwischen in der Interessenartikulation privilegierten und benachteiligten Akteuren, zwischen den Geschlechtern und Generationen;
- Konkurrenzen, Kompetenzstreitigkeiten und Koordinationsprobleme zwischen den verschiedenen städtischen Ämtern sowie Fragen der Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Stadt und Land.

Die Wirksamkeit dieser Konfliktachsen auf den oben skizzierten Konfliktfeldern kann im Einzelfall sehr komplexe und schwer durchschaubare, teilweise auch latente Konfliktstrukturen erzeugen. Im Interesse der Regulierbarkeit und Kompromißfähigkeit sollte die GrünGürtel-Gestaltung zunächst versuchen, jeweils ein sehr differenziertes Bild der unterschiedlichen Interessenlagen zu erstellen und dabei 'reale' Interessen von bloßen Zuschreibungen (in der Selbst- und Fremdwahrnehmung) zu trennen versuchen und hinter den manifesten etwaige latente Interessen und Konflikte aufzudecken.³⁴ Übergreifende Leit-

³⁴ So wäre z.B. jeweils zu analysieren, ob und wie weit sich hinter lokaler Opposition gegen bestimmte Planungsvorhaben weniger alternative Nutzungsvorstellungen verber

orientierungen sollten dabei sein, zum einen die Fähigkeit der sozialen Gruppen zu autonomer Konfliktregulierung und Selbstorganisation zu verbessern und zum anderen sozial schwächere oder weniger artikulationsfähige Interessen und Akteure zu stärken.

Es ist offensichtlich, daß Handlungskonzepte und -instrumente dabei jeweils einzelfallorientiert und flexibel eingesetzt werden müssen. Wir wollen im folgenden dennoch sehr knapp andeuten, in welcher Weise die oben dargestellten Kooperationskonzepte sinnvoll auf die unterschiedlichen Konfliktformen und -achsen im GrünGürtel bezogen werden können.

ExpertInnen vor Ort: Diese Orientierung sollte im Rahmen einer kooperativen GrünGürtel-Gestaltung sehr grundlegend berücksichtigt werden. Alle NutzerInnen-Gruppen, nicht nur die verbandlich organisierten, sollten von Anfang an gleichberechtigt als ExpertInnen vor Ort in Gestaltungsprozesse einbezogen werden. Dies kann nicht nur zur Optimierung von Planungsprozessen beitragen, sondern auch dazu, Konflikte gar nicht erst entstehen zu lassen. Zudem ist die Einbeziehung des lokalen Wissens und damit verbundener Handlungsmotivationen gerade für die Pflege und Erhaltung von einzelnen Teilstücken von Bedeutung. Um die "ExpertInnen vor Ort" in die Gestaltung einbeziehen zu können, kann die GrünGürtel-GmbH auf einige der oben dargestellten Kooperationskonzepte (vor allem Runde Tische und Zukunftswerkstätten) zurückgreifen; darüber hinaus empfiehlt es sich flexible und informelle "Strategien vor Ort" zu entwickeln, um auf Stadtteil-Ebene Kooperationspartner zu finden. Ein Ansatz hierzu könnte die Initiierung von parteiunabhängigen "GrünGürtel-Ortsbeiräten" sein, die als Ansprechpartner der GmbH fungieren könnten. Diese "Beiräte" könnten sich auf Stadtteil-Ebene z.B. als eine Art informelle Runde Tische aller an der GrünGürtel-Gestaltung interessierten Personen konstituieren.

Runde Tische stellen ein wichtiges Instrument der Kooperation und Konfliktregulierung dar, insbesondere wenn es um Nutzungskonflikte innerhalb des GrünGürtels geht. Sie sollten vor allem dazu eingesetzt werden, die Interessenlagen der unterschied-

gen als vielmehr bestimmte kulturelle Differenzen oder Abwehrhaltungen gegen "die" (Innen-)Stadt.

lichen Gruppen zu klären und gleichzeitig festgefahrene Wahrnehmungsmuster und -blockaden aufzulösen. Bei kleineren und überschaubaren Konflikten sollte versucht werden, den runden Tisch selbst entscheidungsfähig zu machen; damit eine dort beschlossene Lösung auch auf entsprechende Zustimmung stößt, ist darauf zu achten, daß alle potentiell Betroffenen am runden Tisch vertreten sind und am Zustandekommen der Entscheidung beteiligt werden.

Mediationsverfahren sind in der Regel finanziell zu aufwendig und zeitlich zu langwierig, um im Rahmen des GrünGürtels eingesetzt zu werden. Zudem sollten sie erst dann zur Anwendung zu kommen, wenn andere Formen der Konfliktregulierung gescheitert sind. Gegenwärtig zeichnen sich derartig festgefahrene Konflikte im GrünGürtel unseres Erachtens nicht ab; insbesondere scheinen andere Formen der kooperativen Konfliktregulierung bisher noch kaum ausgeschöpft. Dessen ungeachtet sollten aber einzelne Elemente des Mediationsansatzes in die GrünGürtel-Gestaltung aufgenommen werden, etwa in Form eines frühzeitig konsensorientierten Verwaltungshandelns. Neutrale Mediatoren könnten sich auch bei anderen Kooperationsformen, etwa Runden Tischen als sinnvoll erweisen; auch der Gedanke der aktiven Förderung der Chancengleichheit der Konfliktparteien, etwa durch die gezielte Vergabe von Gegengutachten sollte in andere Kooperationsformen integriert werden, vor allem dann, wenn Konflikte zwischen sozial privilegierten und benachteiligten Gruppen eine Rolle spielen.

Privatrechtliche Kooperationen und Vereinbarungen bieten vor allem dort Handlungsmöglichkeiten, wo es um die grüngürtel-gerechte Umgestaltung einzelner Nutzungen geht. Dabei geraten vor allem Anwendungsfelder im Bereich der Landwirtschaft in den Blick, zumal das Konzept auch in diesem Zusammenhang entwickelt worden ist. Differenzierte privatrechtliche Vereinbarungen auf freiwilliger Basis (zum Beispiel zur Verringerung des Pestizid-Einsatzes bis hin zum völligen Verzicht) scheinen geeigneter zu sein, um eine umweltverträglichere landwirtschaftliche Produktion im GrünGürtel zu erreichen, als generelle ordnungspolitische Maßnahmen, deren Umsetzung und Einhaltung ohnehin nur schwer zu kontrollieren ist. Die GrünGürtel-GmbH könnte solche Vereinbarungen zwischen verschiedenen sozialen Akteuren initiieren oder unter Umständen auch selbst abschließen. Neben der Landwirtschaft sind privatrechtliche Kooperati-

onen (zur Sicherung öffentlicher Wegerechte oder zum Verzicht auf Chemikalieneinsatz) auch mit einzelnen Kleingartenvereinen denkbar.

Landschaftspflegeverträge mit Landwirten sollten wie oben dargestellt im Bereich des GrünGürtels nur auf wenige Flächen begrenzt zur Anwendung kommen. Als tendenziell flächendeckendes Instrument im Rahmen von Landschaftspflegeverbänden eingesetzt, würden sie weder einen Beitrag zu einer umweltverträglicheren Landwirtschaft im GrünGürtel leisten, noch wären sie geeignet, dauerhaft die Erhaltung des historisch gewachsenen Landschaftsbildes zu gewährleisten. Zu befürchten wäre vielmehr, daß sie die Tendenz zur weiteren Aufgabe landwirtschaftlich genutzter Fläche (und damit zur Gefährdung der entstandenen Kulturlandschaft) längerfristig nur verschärfen würden.

Die GrünGürtel-Gestaltung sollte stattdessen versuchen, die Pflege und Erhaltung der Kulturlandschaft so weit wie möglich mit ihrer weiteren wirtschaftlichen Nutzung zu verbinden - wobei hierbei sowohl an eine kommerzielle, marktorientierte Nutzung durch die Landwirtschaft als auch an eine nicht-marktförmige "bewirtschaftende Nutzung" etwa zum Zweck der Eigenversorgung zu denken ist. In diesem Zusammenhang sind zum einen eine Reihe von Maßnahmen zur dauerhaften Sicherung der ökonomischen Existenz der Landwirtschaft im GrünGürtel (und allgemein in Frankfurt) erforderlich, wobei solche Maßnahmen jeweils an die Umstellung auf ökologieverträgliche Produktionsweisen geknüpft werden sollten. Für erhaltenswerte Flächen (insbesondere Streuobstwiesen), auf denen eine marktorientierte Nutzung dennoch nicht mehr rentabel ist, sollten Formen entwickelt werden, mit welchen die soziale Nutzung durch die städtische Bevölkerung mit einer nicht-kommerziellen Bewirtschaftung und damit auch Pflege verbunden werden kann (vgl. dazu auch Grafen u.a. 1991: 82 ff.).³⁵

Zukunftswerkstätten sind vor allem da von großer Bedeutung, wo Mitspracherechte, Artikulationschancen und Nutzungsmöglichkeiten lokal Betroffener verbessert werden sollen, wo latente Interessen bewußt gemacht werden sollen und wo die Fähigkeit sozialer

³⁵ Da die Erhaltung und Pflege der Landschaft eine der wichtigsten Aufgabenstellungen im GrünGürtel ist, werden wir unten im Empfehlungsteil entsprechende Vorschläge weiter konkretisieren.

Gruppen zur Selbstorganisation und autonomen Interessenartikulation gestärkt werden soll.³⁶ Zukunftswerkstätten könnten darüber hinaus gezielt mit solchen sozialen Gruppen veranstaltet werden, deren Nutzungsinteressen und -chancen in der GrünGürtel-Gestaltung aufgrund geringer gesellschaftlicher Durchsetzungsfähigkeit marginalisiert zu werden drohen: Kinder, Jugendliche, alte Menschen, Frauen, ausländische BürgerInnen etc. In diesem Fall wäre Betroffenheit nicht so sehr lokal definiert als über die Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen und darüber entstehende spezifische Problemlagen.

Planungszellen stellen (auch finanziell) eine vergleichsweise aufwendige Form der BürgerInnenbeteiligung dar; von daher sind ihrer Anwendung in der GrünGürtel-Gestaltung vermutlich enge Grenzen zu setzen. Wichtig sind sie dennoch vor allem dort, wo es geboten scheint, gegenüber rein lokalen, stadtteilbezogenen Nutzungsinteressen gesamtstädtische, d.h. nicht im engen Sinn betroffenen-orientierte, Nutzungschancen und Gestaltungsmöglichkeiten sichtbar zu machen und zu entwickeln oder wo Vorschläge zur Konfliktregulierung aus einer "distanzierten" Perspektive hilfreich sind. Darüber hinaus könnten sie von Bedeutung sein, wenn es um Kontroll- oder Alternativplanungen zu Vorhaben der kommunalen Verwaltung oder bestimmter lokaler Akteure geht. Davon unabhängig sollten bestimmte Prinzipien von Planungszellen, wie sie etwa bei der Gestaltung der Solinger Freizeitanlage "Bärenloch" zur Geltung gekommen sind, aufgenommen und in andere Kooperations- und Planungsverfahren integriert werden: vor allem die Erarbeitung differenzierter überlagernder Nutzungsmöglichkeiten für bestimmte Flächen und die systematische Berücksichtigung und Stärkung eher schwach organisierter Interessen.

³⁶ Vor allem in dem letzteren Punkt liegt der potentielle Vorzug von Zukunftswerkstätten gegenüber bloßen Ideenwettbewerben. Denn wichtig bei Zukunftswerkstätten ist nicht allein, daß Gestaltungsvorschläge entwickelt werden, sondern auch, daß sich um diese Gestaltungsinteressen herum soziale Zusammenhänge und Formen der sozialen Identifikation ausbilden.

3. Kommunikations- und Vermittlungskonzepte

Die Sicherung, Gestaltung und Pflege des GrünGürtels unter weitreichender Beteiligung der Frankfurter BürgerInnen erfordert nicht nur neuartige Formen der Kooperation, sondern auch der Information, Kommunikation und Vermittlung. Dabei ist - gerade unter dem Gesichtspunkt umfassender BürgerInnen-Partizipation an Planung und Gestaltung des GrünGürtels - von entscheidender Bedeutung, daß Kommunikation nicht in einer "Einbahnstraße" zum Zweck vordergründiger Akzeptanzgewinnung bestehen darf, sondern ein wechselseitiger Prozeß des Austausches von Wissen, Erfahrungen und Interessen sein muß. Kooperations- und Kommunikationsformen sollten daher eng miteinander verzahnt werden. So wie umfassende Kommunikation die Voraussetzung für erfolgreiche Kooperation darstellt, so muß ökologische Kommunikation umgekehrt ein kooperativer Prozeß sein.³⁷

In der umweltpolitischen und ökologischen Diskussion sind in den vergangenen Jahren eine Reihe von Konzepten und Instrumenten entwickelt worden, mit denen darauf reagiert wird, daß die ökologische Problematik neue Anforderungen an die gesellschaftliche Information und Kommunikation, etwa über die Umweltverträglichkeit von Produkten, über einen schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen oder über neue Konsum- und Nutzungsmuster stellt. Solche Konzepte und Instrumente sind zunächst überwiegend von gewerblichen Unternehmen im Bereich der Public Relations und des Marketing entwickelt worden, sie werden inzwischen aber auch von Kommunen genutzt und angewendet. Dabei genügt es allerdings nicht, wenn lediglich neue Themen in der öffentlichen Kommunikation auftauchen; es müssen sich vielmehr auch die Formen in dem oben beschriebenen Sinn verändern - weg von der einseitigen Beeinflussung hin zu offenen Strukturen des wechselseitigen Austausches von Erfahrungen und Wissen.

³⁷ Die Grenze zwischen Kooperations- und Kommunikationskonzepten ist vor diesem Hintergrund ohnehin fließend. Tatsächlich stellen die oben unter 2. dargestellten Konzepte wie Runde Tische, Mediation, Zukunftswerkstätten oder Planungszellen ebensosehr Formen der Kooperation als auch der Kommunikation zwischen unterschiedlichen sozialen Akteuren dar.

3.1. "Öko-Marketing" und "Marketing für Ökologie"

Marketing umfaßt generell alle diejenigen Tätigkeiten von Unternehmen, die dem Ausbau oder der Sicherung des Absatzes von Produkten und Dienstleistungen dienen. Die Unternehmen verstehen Marketing in der Regel als ein Instrumentarium für die Ausrichtung des Unternehmens auf die Bedürfnisse der VerbraucherInnen. Mit Hilfe der Marktforschung soll es die VerbraucherInnenwünsche und -forderungen ermitteln und diese - als "Erfüllungsgehilfe des Verbrauchers" - in die Unternehmenspolitik umsetzen. Dabei findet eine Ausrichtung des Marketings sowohl auf die vorhandenen als auch auf die potentiellen Bedürfnisse der VerbraucherInnen statt. Unternehmen versuchen also durchaus auch, Bedürfnisse erst zu wecken.

In der Marktforschung wird heute mit Konzepten differenzierter Lebensstile gearbeitet. Diese gehen auf die auch von der sozialwissenschaftlichen Lebensstilforschung belegte These zurück, derzufolge ein "Patchwork" verschiedener Lebensstile charakteristisch für die Gegenwart in den hochentwickelten Industriegesellschaften ist. In verschiedenen Konsumtrends findet dies seinen Niederschlag. Einer der wesentlichen Trends der letzten Jahre ist der zum "ökologischen Produkt": Umweltschutz-Argumente haben immer größeren Einfluß auf die Kauf- bzw. Nicht-Kaufentscheidungen der KonsumentInnen gewonnen. Die Antworten der Unternehmen auf diese Marktveränderungen sind vor allem Konzepte und Strategien des "Öko-Marketing".

Doch nicht jede Absatzstrategie, die Umweltschutz- oder Abfallvermeidungsaspekte hervorhebt, kann als echtes Öko-Marketing verstanden werden. In den Augen kritischer Betrachter (Umweltschutz- und Verbraucherverbände, ökologische Unternehmer) liegt Öko-Marketing nur dort vor, wo es unter dem Gesichtspunkt der Umweltverträglichkeit zu einer umfassenden und langfristig orientierten Bewertung und Gestaltung des Produkts in seinem ganzen Lebenszyklus kommt. Die weit verbreitete selektive Kommunikation isolierter Aspekte des Produkts und punktueller ökologischer Produktverbesserungen statt einer Bewertung der Umweltverträglichkeit des Gesamtprodukts wird dagegen als "Öko-Kosmetik" kritisiert. Beim echten Öko-Marketing entspricht der Anpreisung ein Tatsachenkern im Produkt, und das Produkt wird in seiner Gesamtheit bewertet und zum Thema der Kommunikation gemacht.

Wird das Marketing nicht nur als Werbung, sondern als Kommunikationsdienstleistung begriffen, eröffnet es über die Kommunikation von Produktqualitäten hinaus die Möglichkeit, den "Wert Umweltverträglichkeit" in die gesellschaftliche Diskussion einzubringen und zu veranschaulichen. Ingo Schoenheit vom *Institut Markt-Umwelt-Gesellschaft* in Hannover sieht eine neue Möglichkeit des Umweltmarketing darin, das Wissen über die Produkte in die Kommunikationsstrategien einzubeziehen (Schoenheit 1991). So könnten weniger das Design oder die Gebrauchsqualitäten einer Armbanduhr im Zentrum der Werbeaussagen stehen, als das Wissen über ihre Herkunft und die Besonderheit der Herstellung. Das wäre ein Beitrag zu einer "reflexiven Konsumkultur", in der dann auch Sinn, Zweck und Nutzen der Produkte mitdiskutiert würden: "Marketing für Ökologie". "Marketing für Ökologie" geht also insofern über das Öko-Marketing hinaus, als Umweltverträglichkeitsaspekte nicht per se als Instrument der Verkaufsförderung eingesetzt werden. Vielmehr werden auch die den Produkten zugrundeliegenden Bedürfnisse reflektiert - und dies kann durchaus zum Resultat haben, daß die Vermeidung von Produktion und Konsum als sinnvoll erscheint.

3.2. "Environmental Relations"

Generell ist in den letzten Jahren der Trend festzustellen, daß das Feld der Public Relations nicht mehr als "Werbebranche", sondern als "Kommunikationsbranche" begriffen wird. Statt Produkteigenschaften werden "Themen" kommuniziert, die in Öffentlichkeitskampagnen verbreitet werden. Die verschiedenen Probleme des Umweltschutzes sind dabei ein Hauptthema geworden, das unter dem Begriff der "Environmental Relations" professionell dargestellt wird.

Environmental Relations werden mit den klassischen Öffentlichkeits- und Werbestrategien der Public Relations angegangen. Angesichts der bei Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 in globalem Maßstab gestellten Fragen erklärte z.B. Michael Tost, Geschäftsführer der Düsseldorfer Agentur ABC-Eurocom: "Die Aufgaben der Public Relations werden sein, im Rahmen von Public-Affairs-Kampagnen die Bevölkerung vieler Länder von der Notwendigkeit einer Umorientierung der Politik in Richtung auf Sustainable Development zu überzeugen, die Implementierung von ökologischem Marketing innerhalb von Unternehmen und Verbänden zu betreiben und die

sukzessiven Erfolge nach außen zu kommunizieren." (Zit. nach Krekele 1992: 56)

Auftraggeber solcher Öffentlichkeitskampagnen sind häufig die Kommunen mit Themen der kommunalen Umweltaufklärung - in Frankfurt verdient gegenwärtig vor allem die Kampagne zum Wassersparen Beachtung, weil hier ein neues Thema in die kommunale Öffentlichkeitsarbeit gekommen ist, das zudem zahlreiche Querverbindungen zum GrünGürtel-Projekt enthält. Insbesondere im Abfallbereich sind in den letzten fünf Jahren in zahlreichen Kommunen eine ganze Reihe von professionell betriebenen Kampagnen zur Müllvermeidung oder zum Getrennt-Sammeln durchgeführt worden. Sie zielten unter je unterschiedlichen Aspekten auf das "Umweltbewußtsein" der BürgerInnen, von denen ein umweltgerechtes Verhalten erwartet wird.

Als besonders erfolgreich haben sich solche umweltbezogenen Öffentlichkeitskampagnen erwiesen, wenn sie auf einem Konzept frühzeitiger BürgerInnenbeteiligung aufbauten. Ein positives Beispiel für Partizipation der BürgerInnen nicht erst bei der Öffentlichkeitsarbeit der kommunalen Umweltaufklärung, sondern schon bei der Erarbeitung eines Konzepts zur Abfallvermeidung ist aus Wilhelmshaven bekannt (vgl. Graul 1991). Nach einem von der Münchener Firma Socialdata entwickelten Konzept der Einbindung der Öffentlichkeit nach dem "Public Awareness"-Ansatz (s. 3.3.) wurde eine Kampagne zur Abfallvermeidung entwickelt, die auf der Grundlage der Vorstellungen und Ideen von BürgerInnen entworfen und geplant wurde. Dafür wurden 1990 in Wilhelmshaven 300 Haushalte befragt, und die Befragungsergebnisse in ein Programm für die mehrjährige Kampagne umgesetzt. Dieses Programm umfaßte:

- Organisation von Seminaren mit Parteien, Verbänden und anderen Institutionen;
- Veröffentlichung von Broschüren und Kurzinformationen;
- Gemeinsame Aktionen mit Bürgergruppen und Institutionen;
- Erstellung von Plakatserien;
- Durchführung verschiedener Einzelaktionen.

Als exemplarisch kann daran - unabhängig von Details der Durchführung - festgehalten werden, daß das Konzept auf eine enge, frühzeitige und den gesamten Prozeß begleitende Verzahnung von Kommunikations- und Kooperationsformen zielt: "Entscheidend ist

dabei, daß die Kampagne kommunikationsorientiert durchgeführt wird, das heißt, daß die Ergebnisse der ersten Aktionen immer wieder in die darauffolgende Kommunikation eingebracht werden." (Graul 1991: 63)

3.3. Public Awareness

a) Das Konzept

"Public Awareness"-Programme sind Informations- und Kommunikationsstrategien, die zunächst im Rahmen des Marketing und der Marktforschung entwickelt worden sind. Sie zielen auf eine breitenwirksame Verhaltensänderung im Umgang mit bestimmten öffentlichen - häufig kommunalen - Angeboten (Abfallentsorgung, öffentlicher Nahverkehr, Energiedienstleistungen), die sie durch Herstellung einer "öffentlichen Bewußtheit" ("Public Awareness") erreichen wollen. Dafür werden in einem ersten Schritt die Spielräume verschiedener Personengruppen für Verhaltensänderungen in bezug auf bestimmte Angebote ermittelt.

Konzeptionell geht Public Awareness davon aus, daß konkretes Verhalten und entsprechende Entscheidungen nicht nur von objektiven Faktoren, sondern auch durch eine persönliche, "subjektive Rationalität" bestimmt sind.³⁸ Zu den objektiven Bedingungen gehören zum einen die Variablen, welche die konkrete Lebenssituation einer Person bestimmen (Alter, Geschlecht, Familienstruktur, Berufstätigkeit etc.), zum anderen die strukturellen Rahmenbedingungen des kommunalen Angebots (im ÖPNV beispielsweise die infrastrukturelle Ausstattung, Fahrpläne etc.) sowie die legislativen Parameter des Motorisierten Individualverkehrs (MIV), z.B. Geschwindigkeits- und Parkregulierungen. Die "subjektive Rationalität" des Verhaltens ist hingegen abhängig von subjektiven Wahrnehmungen, die jeweils persönlich geprägte Welt-

³⁸ Im Verkehrsbereich etwa hat sich gezeigt, daß das Angebot des ÖPNV von einem großen Teil der Öffentlichkeit negativer wahrgenommen wird, als es tatsächlich ist. "Hieraus folgt unmittelbar, daß vor bzw. mit einer Verbesserung des 'objektiven' Angebots auch eine Verbesserung des 'subjektiv wahrgenommenen' Angebotes erfolgen muß (...)." (Brög 1991a: 292) Zu prüfen wäre, ob und wie weit eine ähnliche Situation möglicherweise bei der Wahrnehmung eines stadtnahen, mit dem ÖPNV, dem Fahrrad oder zu Fuß erreichbaren Erholungsangebots gegeben ist.

bilder entstehen lassen. Zusammen mit den Faktoren der spezifischen Lebenssituation bringen sie so etwas wie einen "subjektiven Filter" der Verhaltensprägung hervor, der bei bestimmten Personen oder Gruppen ähnlich sein kann. Das Public Awareness-Konzept versucht, den Einfluß beider Ebenen: den der "objektiven" und den der "subjektiven" Welt, auf das Verhalten zu berücksichtigen.

b) Methoden und Instrumente

Als Kommunikationsstrategie, die über die Herstellung von Öffentlichkeit wie zugleich von individueller Motivation letztlich auf Verhaltensänderungen zielt, bauen Public Awareness-Programme auf einer Vier-Stufen-Abfolge auf (vgl. dazu Brög 1991b):

1. Herstellung eines allgemeinen Problembewußtseins
2. Herstellung persönlicher Betroffenheit
3. soziale Akzeptanz
4. Stabilisierung der neuen Einstellungen, Maßnahmen und Verhaltensweisen

Entscheidend für die Entwicklung solcher Programme ist, daß parallel zur Kommunikationskampagne für die Bürger eine Begleitkampagne für die kommunalen Institutionen entwickelt wird. Denn die kommunalen Meinungsbildner und die Verantwortlichen für kommunale Angebote gehören zumeist einer relativ homogenen Gruppe mit sehr ähnlichen "subjektiven Filtern" an (nämlich vorherrschend der Gruppe "Männer im besten Alter"), welche häufig gravierende Fehleinschätzungen in bezug auf die kommunalen Bedarfsstrukturen trifft. So überschätzt diese Gruppe, die überdurchschnittlich oft Kraftfahrzeuge nutzt, beispielsweise die Bedeutung des PKW-Verkehrs erheblich und sie unterschätzt die Ausnutzung des ÖPNV und den Bedarf nach öffentlichen Verkehrsmitteln gravierend.

Die Argumente der Public Awareness-Kampagne für die Bürger beziehen sich zum einen auf die Strukturdaten und die Erfahrungen mit dem öffentlichen Angebot (z.B. Diskrepanz vermutete Nutzung/tatsächliche Nutzung), zum anderen auf die Verhaltensbarrieren, die primär aus Fehleinschätzungen und Eigenheiten des "subjektiven Filters" stammen. Dabei gehen Public Awareness-Programme - wie Marketing und Marktforschung insgesamt - von einem zielgruppenspezifischen Ansatz aus. Für die Ausarbeitung der konkreten Argumentation werden

unterschiedliche Personengruppen ermittelt, die entsprechend ihrer Veränderungsmöglichkeiten und Verhaltensspielräume auch unterschiedlich angesprochen werden sollen. Bei den PAW-Kampagnen zum ÖPNV beispielsweise ergaben sich daraus fünf solcher Gruppen mit je unterschiedlichem Veränderungspotential (vgl. Brög 1991b):

- a) Personen, die aufgrund ihrer spezifischen Lebenssituation sogenannten Sachzwängen unterliegen und deshalb keine Verhaltensalternative haben (PKW wird z.B. zur Ausübung des Berufs benötigt);
- b) Personen, die aufgrund des Sachsystems keine Verhaltensalternative haben (z.B. keine Erschließung mit ÖV);
- c) Personen, die zwar aufgrund "externer" Faktoren eine Verhaltensalternative hätten, in deren subjektivem Filter diese Alternative aber ausgeschlossen wird (z.B. keine ausreichenden Informationen über eine vorhandene ÖPNV-Alternative, starke Vorurteile gegen ÖPNV etc.);
- d) Personen, die eine Alternative haben, sich dessen auch bewußt sind, die Nutzungsmöglichkeiten dieser Alternative aber negativ einschätzen (z.B. negative Einschätzung der Reisezeit);
- e) Personen, die bereits jetzt eine subjektiv wählbare Alternative haben, sie aber nicht nutzen.

Im Blick auf Potentiale der Verhaltensänderung und entsprechende Kommunikationsstrategien wurden aus diesen fünf nochmals drei Gruppen gebildet:

1. Sogenannte "Wahlfreie" (insgesamt zehn Prozent der über 18jährigen Bevölkerung³⁹), die entweder in ihrem Verhalten (Nutzung des ÖPNV) bestätigt (sieben Prozent) oder dazu angeregt werden müssen, die (auch) subjektiv als gleichwertig eingeschätzten öffentlichen Verkehrsmittel tatsächlich zu nutzen (drei Prozent);
2. Nicht-Nutzer des ÖPNV mit fehlender Information und/oder Akzeptanz (16 Prozent);
3. die restliche Gruppe mit prinzipieller Akzeptanz, aber negativer Einschätzung (zwei Prozent).

Von diesen drei Gruppen sollten Gruppe 1 und 2 mit

³⁹ Die Prozentangaben beziehen sich beispielhaft auf Erhebungen im Ruhrgebiet 1988.

Public-Awareness-Argumenten⁴⁰, Gruppe 3 jedoch mit "konventioneller", produktorientierter Werbung angesprochen werden.

c) Anwendungsfelder und Ergebnisse

Wegen des zielgruppenspezifischen Ansatzes der Bedarfseruierung und der Analyse von sowohl objektiven wie auch subjektiven Verhaltensdeterminanten sind Public Awareness-Programme nicht nur ein detailliert ausgearbeiteter Kommunikations- und Vermittlungsansatz, sondern auch ein Planungsinstrument. Eingesetzt wurden sie vor allem in der Planung und kommunalen Gestaltung des ÖPNV, so in Den Haag (1989), Freiburg (1989), Graz (1989), Hamburg (1989), München (1989), Nürnberg (1989), Hannover (1990), Kassel (1990), Wuppertal (1991) sowie im Saarland (1989), Nordrhein-Westfalen (1990) und den neuen Bundesländern (1990). Das Konzept und die konkreten Programme dazu hat die Socialdata GmbH (Institut für Verkehrs- und Infrastrukturforschung, München) entwickelt.

Einen ähnlichen, ebenfalls auf "Public Awareness" zielenden Ansatz, der jedoch mit einem ausgearbeiteten Lebensstilkonzept arbeitet, haben Friedemann Prose und Klaus Wortmann im Rahmen einer Energiespar-kampagne für die Stadt Kiel entwickelt. Aus zehn Lebensstil-Typen (1. konservativer, gesundheitsbewußter Lebensstil; 2. extrovertiert-hedonistischer Lebensstil; 3. Sportlichkeit als Lebensstil; 4. beruflicher Ehrgeiz als Lebensstil; 5. finanziell anspruchsvoller Lebensstil; 6. alternativer Lebensstil; 7. Lebensstil der passiven, kulturellen Aktivitäten; 8. Konkurrenzstreben als Lebensstil; 9. egozentrischer Lebensstil; 10. Lebensstil der körperlichen Leistung, Urlaub, Sport) und den vorgegebenen Rahmenbedingung der Energieversorgung wurden dabei sieben Haushaltstypen gebildet, die zielgruppenspezifisch angesprochen werden sollen (vgl. Prose/Wortmann 1992).

Ob und in welchem Umfang solche Public Awareness-

⁴⁰ Darunter werden (am Beispiel des Verkehrs) solche Argumente und Kommunikationsstrategien verstanden, die umfassend auf die Einschätzung eines Verkehrsmittels, auf seinen Stellenwert und seine Akzeptanz in Stadt und Region sowie bei den verschiedenen sozialen Akteuren zielen (vgl. Brög 1991b: 15).

und lebensstilspezifischen Öffentlichkeitskampagnen tatsächlich zu den gewünschten Verhaltensänderungen beigetragen haben, ist bisher allerdings noch kaum überprüft worden.

3.4. Anknüpfungsmöglichkeiten für die GrünGürtel-Gestaltung

Allgemein sollte die GrünGürtel-Gestaltung solche Kommunikationskonzepte bevorzugen, in denen *erstens* ein wechselseitiger Informationsaustausch möglich ist, um damit das jeweilige Wissen sowie die Interessen und Bedürfnisse der GrünGürtel-NutzerInnen aufnehmen und berücksichtigen zu können; die *zweitens* sehr stark zielgruppenorientiert sind, so daß im Kommunikationsprozeß zugleich Gestaltungsinteressen der GrünGürtel-NutzerInnen sichtbar bzw. geweckt - und unter Umständen auch verändert - werden.

Der Versuch, den GrünGürtel als *Gesamtprojekt* in der städtischen Öffentlichkeit zum Kommunikationsthema zu machen, kann vermutlich vor allem auf Konzepte der *Environmental Relations* zurückgreifen. Deren einzelne Ansätze und Methoden müssen dabei ziel- und gegenstandsorientiert überprüft und modifiziert werden. Es sollten dabei aber die oben unter 3.2. dargestellten Überlegungen berücksichtigt werden, die zum einen auf eine Beteiligung von BürgerInnen bei der Erarbeitung und Konzeption von Öffentlichkeitskampagnen zielen, zum anderen ein stufenweises Vorgehen nahelegen, wonach die Ergebnisse der ersten Schritte in weitere Maßnahmen eingebracht werden. Ein Ziel könnte es sein, über einzelne Kampagnen hinaus das Verhältnis von Stadt und Natur unter dem Leitbild einer "ökologischen Urbanität" zum Gegenstand der *Environmental Relations* zu machen.

Denkbar ist auch, die öffentliche Darstellung und Vermittlung des GrünGürtels stärker mit existierenden Umweltaufklärungs-Kampagnen der Stadt Frankfurt, mit der Umwelterziehung in den Schulen sowie einer umweltorientierten Erwachsenenbildung zu verknüpfen. So könnte etwa der GrünGürtel als ein entscheidender und aktiver Schritt zum Wassersparen und zu einer anderen städtischen "Wasserkultur" thematisiert werden.⁴¹ Durch eine solche Verzahnung könnten zwei

⁴¹ Der GrünGürtel verhindert oder reduziert Flächenversiegelungen, verbessert die Gewässergüte, schützt das Grundwasser, indem er auf eine umweltverträglichere

Effekte erzielt werden: Einmal könnte die städtische Wasserspar-Kampagne damit über individuelle Verhaltensänderungen hinaus auf einen insgesamt veränderten städtischen Umgang mit dem Wasser orientiert werden. Zum zweiten wäre der GrünGürtel in der städtischen Öffentlichkeit stärker als Gesamtprojekt und als aktives Element einer vorsorge-orientierten kommunalen und regionalen Umweltpolitik präsent. Um zu vermeiden, daß der GrünGürtel als ein weiteres sektorisiertes Politikfeld neben anderen, womöglich gar als eine Art "Spielwiese" für folgenlose Ideen und Planungsexperimente, wahrgenommen wird, muß er als ein städtisches Gestaltungselement sichtbar gemacht werden, das zu vielen ökologischen Problemlagen der Stadt eine Antwort oder zumindest eine konzeptionelle Orientierung bieten kann - etwa mit dem Leitbild der "nachhaltigen Entwicklung". Solche Bilder und Visionen des GrünGürtels sollte die GrünGürtel-GmbH in der öffentlichen Darstellung des Projekts bündeln. Sie könnte daran zudem auch in ihrer Selbstdarstellung anknüpfen: als eine kommunale Einrichtung, die gerade nicht einem der traditionellen Verwaltungsressorts angehört, daher aber auch nicht dem sektorierten Ressortdenken verpflichtet ist, sondern übergreifend und an einem exemplarischen Handlungsfeld Schritte hin zu einer zukunftsfähigen kommunalen und regionalen Entwicklung koordiniert. *Vermittlung* zwischen unterschiedlichen Sichtweisen, *Dienstleistung* für unterschiedliche städtische Gruppen und Institutionen sowie die *Erarbeitung von Zukunftsperspektiven* könnten dann als Aufgabenfelder der GrünGürtel-GmbH sichtbar gemacht werden.

Während solche Strategien eher auf die Vermittlung des GrünGürtels als Gesamtprojekt zielen, sollten auf der anderen Seite stadtteilorientierte Darstellungs- und Kommunikationsformen entwickelt werden, um den GrünGürtel als "Umwelt" und "Mitwelt" der jeweiligen Stadtteile und Wohnviertel sichtbar zu machen. Solche Strategien könnten unter frühzeitiger BürgerInnenbeteiligung, vor allem unter Einbeziehung von ExpertInnen vor Ort und ihrer Kenntnisse, gestaltet werden. Sie sollten keinesfalls bloße Werbemaßnahmen sein, sondern zielgruppenorientiert auch Wissen über den GrünGürtel vermitteln - nicht zuletzt ökologisches Wissen über schutzwürdige Teilstücke, aus dem auch Grenzen einer sozialen

Landbewirtschaftung zielt, und könnte damit längerfristig unter Umständen sogar eine höhere städtische Eigenförderung ermöglichen.

Nutzung begründet werden können. Solche Strategien könnten darüber hinaus dazu beitragen, auf einer lokalen Ebene die vorhandenen Konflikte zwischen den verschiedenen Nutzungen (insbesondere Freizeit, Landwirtschaft und Naturschutz) abzuschwächen.

An dem Instrument der "Public Awareness" ist für die GrünGürtel-Gestaltung - neben dem zielgruppenorientierten Ansatz - generell von Bedeutung, daß es auf Verhaltensänderungen zielt und daß dabei die unterschiedlichen verhaltensbeeinflussenden Faktoren differenziert betrachtet werden, um überhaupt mögliche Veränderungsspielräume sichtbar zu machen. Dieser Ansatz könnte u.E. auch in einem relativ unaufwendigen Rahmen eingesetzt werden, um etwa differenzierte Interessens- und Verhaltensprofile unterschiedlicher sozialer oder Nutzergruppen (z.B. Spaziergänger, Radfahrer, Sportler, Jugendliche, Alte etc.) zu erstellen.⁴² Damit können zum einen die Spielräume für jeweils "subjektive" Verhaltensänderungen näher bestimmt werden, zum anderen kann sichtbar gemacht werden, wo Änderungen der "objektiven" Rahmenbedingungen erforderlich sind, wo z.B. infrastrukturelle Defizite in den Stadtteilen auszugleichen sind. Solche Ansätze könnten auch für die Verkehrsanbindung des GrünGürtels sowie für Änderungen des Verkehrsverhaltens der NutzerInnen eine große Rolle spielen.

Von Interesse ist das Instrument der "Public Awareness" aber auch, weil es zugleich den "subjektiven Filter" in der Wahrnehmung und Einschätzung bei den Planungsbehörden und städtischen Ämtern selbst zum Thema macht. Bei größeren Vorhaben sollte im Interesse eines kooperativen und selbstreflexiven Verwaltungshandelns durchaus überprüft werden, ob und wie Planungsentwürfe durch bestimmte gruppenspezifische Filter vorgeprägt sind und welche Interessen- und Problemlagen dadurch gegebenenfalls an den Rand gedrängt werden.

Eine eigenständige größere Öffentlichkeitskampagne, in welcher Elemente der Environmental Relations und der Public Awareness zu kombinieren wären, könnte sich auf das Thema "Landwirtschaft und Ernährung in

⁴² Solche Profile könnten sowohl für den GrünGürtel insgesamt als auch für einzelne Teilstücke erarbeitet werden - möglicherweise in Zusammenhang mit den oben skizzierten stadtteilbezogenen Kommunikationsstrategien.

der Finanzmetropole" beziehen. Eine solche Kampagne kann zunächst ins öffentliche Bewußtsein bringen, daß in der Stadt Frankfurt nach wie vor ein großer Teil der Flächen landwirtschaftlich genutzt wird, darüber hinaus aber auf Veränderungen einerseits des Freizeitverhaltens (bewußterer und schonenderer Umgang mit landwirtschaftlich genutzten Flächen), andererseits der Einkaufs- und Ernährungsgewohnheiten (Präferenz für regional erzeugte Lebensmittel) gerichtet sein und zugleich die Umorientierung zu einer ökologie-verträglichen Landwirtschaft in Frankfurt zu einem öffentlich wahrgenommenen Prozeß werden lassen.⁴³

⁴³ Mit Public Awareness-Ansätzen könnte z.B. untersucht werden, wo bei den Landwirten im GrünGürtel die größten Hemmnisse und Widerstände gegen umweltverträglichere Anbaumethoden liegen. Davon ausgehend könnten zielgruppenorientiert unterstützende Strategien entwickelt werden, von verbesserter Information über die Bereitstellung von Fachwissen und Hilfe bei der Vermarktung bis hin zu finanziellen Leistungen. In ähnlicher Weise könnten auch die Reserven der VerbraucherInnen gegen den Einkauf regional und umweltverträglich erzeugter Lebensmittel angegangen und abgebaut werden.

III. Fallbeispiel: Maurice Rose-Airfield, Bonames - Interessenkonflikte und Lösungs- ansätze

Im folgenden werden am Beispiel der Probleme und Konflikte bei der Integration des früheren Hubschrauberlandeplatzes Frankfurt-Bonames in den GrünGürtel Umsetzungsmöglichkeiten der oben dargestellten Konzepte - hier vor allem der Kooperationskonzepte - überprüft und exemplarisch konkretisiert. In diesem Rahmen können weder die existierenden Nutzungs- und Interessenkonflikte umfassend dargestellt werden noch sollen die unterschiedlichen Nutzungs- und Gestaltungsvorschläge für das Gelände gutachterlich bewertet werden. Ziel der folgenden Überlegungen ist vielmehr, für die GrünGürtel-GmbH einen tragfähigen Handlungsvorschlag zur Moderierung der gegenwärtigen wie auch der zukünftig zu erwartenden Konflikte um die Nutzung und Gestaltung des ehemaligen Landeplatzes zu erarbeiten.

1. Vorgeschichte

Das "Maurice Rose-Airfield" im Niddatal südlich des Stadtteils Bonames ist seit 1945 von den US-amerikanischen Streitkräften als Hubschrauberlandeplatz genutzt worden. Auf dem etwa 12 ha großen Gelände in den Gemarkungen Bonames und Kalbach wurden entsprechende Baulichkeiten errichtet, u.a. ein Tower, eine Landebahn, Werkstätten und Hangars, die sich (mit Ausnahme der Landebahn) im nordöstlichen Teil des Geländes befinden und insgesamt nur einen relativ kleinen Teil der Gesamtfläche belegen.

Nachdem die US-Armee im Sommer 1992 das Gelände geräumt hat, schloß der aus dem Bonameser Vereinsring hervorgegangene "Kulturverein Bonames e.V." im Herbst des gleichen Jahres einen Miet- und Nutzungsvertrag für das Gelände mit dem nunmehr zuständigen Bundesvermögensamt ab. Um die Mietkosten aufbringen zu können, vermietete der Kulturverein zahlreiche der leerstehenden Gebäude an andere Nutzer, überwiegend lokale Vereine⁴⁴, weiter. Größter unter den Untermietern ist die Werkstatt Frankfurt e.V., ein

⁴⁴ Das Spektrum reicht vom örtlichen Karnevalsverein über einen Kleintierzüchterverein und einen Motorrad-Club bis hin zum Feuerwehrmuseums-Verein.

städtisch geführter Verein, dessen Ziel es ist, Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose zu schaffen. Nach Angaben von Herrn Förster (Vorsitzender des Kulturvereins Bonames) nutzt die Werkstatt Frankfurt gegenwärtig in den Gebäuden eine Fläche von rund 1.000 Quadratmetern.

Die bisherige GrünGürtel-Planung sieht für das Gelände langfristig die Entwicklung zu einem "offenen Raum mit ganzjähriger Erholungsüberlagerung" vor (vgl. GrünGürtel-Plan, Fassung vom 14.7.92). Zwischen dem südlichen Rand des Geländes und der Nidda sind "Flächen naturnaher Bewirtschaftung" ausgewiesen.

Noch völlig ungeklärt sind Art und Ausmaß der Kontaminierung des Geländes durch Altlasten aus der militärischen Nutzung sowie die Modalitäten einer voraussichtlich erforderlichen Sanierung. Erste Bodenproben sind für Ende 1993 vorgesehen. Umstritten ist auch, wer für die Finanzierung der Sanierung aufzukommen hat.

Mit der militärischen Nutzung des Geländes als Hubschrauberlandeplatz waren im Stadtteil Bonames jahrzehntelange Auseinandersetzungen um die Lärmbelastung für die lokale Bevölkerung verbunden, die aber zu keinen größeren Erfolgen führten. Sich diesen Hintergrund bewußt zu halten, ist für die Bewertung der gegenwärtigen wie der möglichen zukünftigen Konflikte in Bonames ebenso wichtig wie die Berücksichtigung der allgemeinen Situation der Stadtteile im Frankfurter Norden (neben Bonames vor allem Nieder-Eschbach, Kalbach, Harheim, Nieder-Erlenbach). Hier ist vielfach eine Stimmung verbreitet, von "der Stadt" im Stich gelassen zu werden und lediglich die sozialen Probleme zugeschoben zu bekommen. Häufig wird dies als Einbruch fremder Probleme in eine (vermeintlich) noch intakte Lebenswelt wahrgenommen (vgl. dazu Keil/Ronneberger 1991).⁴⁵ Im Falle von Bonames wird solchen Stimmungslagen etwa dadurch Nahrung gegeben, daß sich die "Problem-siedlung" Ben-Gurion-Ring faktisch in Bonames befindet, wenngleich sie verwaltungsbezogen zu

⁴⁵ Aktualisiert haben sich solche Stimmungslagen zuletzt vor allem anlässlich der geplanten Verlagerung des Schlachthofes vom Mainufer nach Nieder-Eschbach, aber auch im Zusammenhang mit Wohnungsbauprojekten in einigen der nördlichen Stadtteile.

Nieder-Eschbach gehört.⁴⁶ Umgekehrt gehört dafür die ebenfalls als "sozialer Brennpunkt" geltende anonyme Hochhaus-Siedlung "Frankfurter Berg" auf der anderen Nidda-Seite zu Bonames, obwohl sie räumlich weit näher an Preungesheim liegt. Die durch die Mischung und Konfrontation von großstädtischen Sozialproblemen und teilweise noch dörflich oder kleinstädtisch geprägten Lebensweisen erzeugten Stimmungslagen und Abwehrhaltungen äußern sich gegenwärtig bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen überdurchschnittlich stark in rechtspopulistischen Einstellungen und der Wahl rechtsradikaler Parteien.⁴⁷

Daneben spielt bei der Bewertung möglicher zukünftiger Konflikte die Verkehrsbelastung des Stadtteils eine wichtige Rolle. Aufgrund der Enge der Ortsdurchfahrten wird der Auto-Verkehr weiträumig durch den Stadtteil geführt; von dieser ungünstigen Verkehrsführung ist auch die Zufahrt zum Hubschrauberlandeplatz betroffen.

2. Aktueller Stand (Ende Juli 93)

Ende Juli 1993 wird das Gelände von insgesamt 13 Untermietern entsprechend ihrer jeweiligen Vereinstätigkeiten in unterschiedlicher Weise genutzt. Die Nutzungen beschränken sich fast ausschließlich auf die vorhandenen Gebäude; im Außenbereich ist lediglich eine Pferdekoppel angelegt worden, auf der gegenwärtig drei Pferde gehalten werden. Besucher werden gebeten, den westlichen Teil des Geländes nicht zu betreten, um ein dort befindliches Feuchtbiotop (Feuchtwiesen und Röhricht) zu schützen.

Der Ende 1992 abgeschlossene Mietvertrag zwischen dem Bundesvermögensamt und dem Kulturverein Bonames

⁴⁶ In einem Wahlbezirk dieser Siedlung hatte die NPD bei den Kommunalwahlen 1989 mit 17,4 Prozent der Stimmen ihr bestes Einzelergebnis erzielt.

⁴⁷ Bei der Frankfurter Kommunalwahl 1993 erzielten die "Republikaner" in Bonames mit 12,2 Prozent der Stimmen ihr fünftbestes Ergebnis unter allen Ortsteilen, gegenüber 9,3 Prozent im Frankfurter Durchschnitt. Auch zusammengenommen erreichten die drei Rechtsparteien "Republikaner", NPD und DVU in Bonames mit 16,9 Prozent ein deutlich überdurchschnittliches Ergebnis (Frankfurt insgesamt: 12,9 Prozent) (vgl. Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen 1993).

ist im Sommer 1993 gekündigt worden; nach Auskunft von Herrn Förster ist aber damit zu rechnen, daß ein neuer Vertrag mit der Werkstatt Frankfurt als Hauptmieterin an dessen Stelle tritt.

Die Vereine, und insbesondere die Werkstatt Frankfurt, verstehen ihre Aktivitäten auf dem Gelände inzwischen nicht mehr, wie in der Anfangszeit, als Zwischennutzung bis zur Vorlage und Umsetzung eines Sanierungskonzepts, sondern streben eine dauerhafte Nutzung an. Mittelfristig plant nach Auskunft von Herrn Förster vor allem die Werkstatt Frankfurt noch eine Ausweitung der Nutzungen: Im ehemaligen Tower soll ein Cafe eingerichtet werden, zehn Arbeitsplätze sollen in einer Fahrradwerkstatt geschaffen werden und nochmals sechs in einem Fahrradverleih, der längerfristig den gesamten GrünGürtel bedienen soll. Sechs Personen sollen mit den Pferden arbeiten - gedacht ist hier vor allem an Kutschfahrten im GrünGürtel. Weiter ist der Aufbau einer Gartengruppe geplant, die auch zu Pflägetätigkeiten im GrünGürtel herangezogen werden könnte. Etwa 30 Personen sollen schließlich in einer Recycling-Werkstatt arbeiten, so daß von Seiten der Werkstatt Frankfurt auf dem Gelände insgesamt etwa 65 Arbeitsplätze vorgesehen sind. Von den übrigen Mietern sind Aktivitäten im Rahmen ihrer jeweiligen Vereinstätigkeiten vorgesehen. Die große Halle (ehemaliger Hangar) soll darüber hinaus für verschiedene Kulturveranstaltungen genutzt werden; sie wird gegenwärtig auch für private Feierlichkeiten vermietet.

Gegen die bereits stattfindenden sowie die geplanten sozialen und wirtschaftlichen Nutzungen sind seit Anfang des Jahres von verschiedener Seite eine Reihe von Einwänden vorgebracht worden. Diese werden im folgenden kurz charakterisiert, um anschließend die daraus resultierenden Interessen- und Nutzungskonflikte näher beschreiben und mögliche Kompromißspielräume skizzieren zu können.

Naturschutzbeirat: Der Naturschutzbeirat bei der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) lehnt die sozialen Nutzungen des Geländes ab und spricht sich für den Abriß der vorhandenen Baulichkeiten sowie die Umwandlung des Geländes in ökologisch wertvolles Grünland mit starker Naturschutzorientierung aus. (Mitteilung von Herrn Kranemann, Naturschutzbeirat sowie von Herrn Vogel, GrünGürtel-GmbH)

Untere Naturschutzbehörde: Die im GrünGürtel-Plan vorgesehene Nutzung des Geländes als "offener Raum mit ganzjähriger Erholungsüberlagerung" wird nicht für vereinbar mit den Belangen des Naturschutzes gehalten. Stattdessen solle das Gelände zum ökologisch wertvollen Gebiet mit stark eingeschränkter Erholungsnutzung entwickelt, und seine Gestaltung an den naturräumlichen Gegebenheiten (Auenlandschaft) orientiert werden. Eine soziale Nutzung der bestehenden Gebäude könne unter Umständen akzeptiert werden; sie müsse aber eng auf den bebauten Bereich begrenzt bleiben und dieser müsse wirksam und deutlich sichtbar vom Grünbereich abgegrenzt werden. Die Landebahn solle dagegen zurückgebaut werden; damit soll auch verhindert werden, daß die sozialen Nutzungen längerfristig in den Grünbereich hinein expandieren.
(Mitteilung Herr Küsters, UNB)

GrünGürtel-GmbH: Die GrünGürtel-GmbH hat im Juli 1993 ein überarbeitetes Konzept für das Gelände vorgelegt, das sich für die soziale Nutzung der Gebäude ausspricht, zugleich aber versucht, einige der genannten Einwände zu berücksichtigen. Die Nutzung der Gebäude durch die Werkstatt Frankfurt und andere Vereine wird an bestimmte Voraussetzungen der Umwelt- und Sozialverträglichkeit (keine Lärmemissionen oder sonstige Umweltbelastungen) geknüpft. Der Gebäudebereich soll durch Baumreihen parallel zu den Gebäudekanten nach Süden und Westen abgeschlossen und zugleich nach Norden, zum Stadtteil hin, geöffnet werden. Der Grünbereich soll zum größten Teil, vor allem auf den ökologisch wertvollen Flächen im Süden und Westen, vor starker Erholungsnutzung geschützt werden.
(Mitteilung Herr Vogel)

Kulturverein Bonames/Werkstatt Frankfurt:
Kulturverein und Werkstatt wollen die Gebäude in der oben beschriebenen Weise nutzen. Außer der Pferdekoppel seien für den Außenbereich auch längerfristig keine weiteren Nutzungen vorgesehen; dies gelte auch für die Landebahn, gegen deren Rückbau keine Einwände bestünden. Kulturveranstaltungen auf dem Gelände sollen überwiegend auf einen lokalen Adressatenkreis begrenzt werden, um Verkehrsaufkommen und Lärmbelästigung gering zu halten.
(Mitteilung Herr Förster)

Stadtteil Bonames: Die Haltung der Bevölkerung im Stadtteil gegenüber den gegenwärtigen Nutzungen des Geländes ist nur schwer abzuschätzen. Herr Förster

vom Kulturverein Bonames spricht von großer Zustimmung im Stadtteil zu den Aktivitäten der Vereine und der Werkstatt Frankfurt. Andererseits sind aber auch Proteste laut geworden, die sich insbesondere auf mögliche Verkehrs- und Lärmbelastungen beziehen.⁴⁸ Weitere Einwände - etwa von Seiten der Evangelischen Kirchengemeinde - haben die mutmaßliche Kontaminierung des Geländes als Hindernis für eine soziale Nutzung geltend gemacht. Ob und wie weit innerhalb der lokalen Bevölkerung alternative Vorstellungen zur Nutzung und Gestaltung des Geländes existieren, ist gegenwärtig kaum bekannt.

Grundsätzlich einig sind sich alle Konfliktparteien über die Notwendigkeit von Bodenuntersuchungen und einer Sanierung des Geländes. Zu Ausmaß, Zeitpunkt, Ziel und Finanzierung einer Sanierung liegen aber bisher kaum konkrete Konzepte und Überlegungen vor.

Konfliktstruktur und Kompromißspielräume

Aus den skizzierten Interessen-, Nutzungs- und Gestaltungskonflikte lassen sich zwei für die Gestaltung des GrünGürtels insgesamt relevante *Konfliktformen* hervorheben:

- Erstens geht es hier um einen Konflikt zwischen Naturschutz bzw. Entwicklung des GrünGürtels als ökologischen Raumes und verschiedenen Formen der sozialen Nutzung - einmal als Konflikt zwischen naturnaher Entwicklung der Landschaft und Erholungsnutzung, zum anderen als Konflikt zwischen sozialer bzw. wirtschaftlicher Nutzung und Rückbau der Gebäude.
- Zweitens zeigt sich an der scheinbar nebensächlichen Frage, wie die verschiedenen Nutzungen voneinander abgegrenzt werden, ein grundlegender Konflikt darum, an welchen Kriterien sich die

⁴⁸ Beispielhaft dafür ist ein Leserbrief an die *Frankfurter Rundschau*, in dem die vorgesehenen sozialen Nutzungen als "widersinnig" bezeichnet werden: "Der altlastenträchtige Flugplatz, inmitten des geschützten GrünGürtels gelegen, wird nicht etwa zur Niddaau bzw. zum Naherholungsgebiet renaturiert, nein, er wird aufgerüstet zu einem neuen Lärm- und Spektakelzentrum. (...) Wir wollen, wie die große Mehrheit der Bonameser Bevölkerung, für unseren Stadtteil verbesserte Wohn- und Lebensqualität, mehr Ruhe und Erholung, nicht mehr Krach und pausenlosen Rummel." (Zit. nach: *Der Briggebambeler. Bonameser Zeitung*, 4/93).

Landschaftsgestaltung orientieren sollte: Während der Vorschlag der GrünGürtel-GmbH vorsieht, die abgrenzenden Baumreihen an der Linienführung der Flugplatzgebäude (und damit an der Sozialgeschichte des Geländes) zu orientieren, wird dies von der UNB mit dem Argument abgelehnt, ein solches Gestaltungselement passe nicht in den Naturraum Auenlandschaft.

Ein dritter möglicher Streitpunkt schließlich ist mit der mutmaßlichen Altlast des Geländes verbunden. Nicht auszuschließen ist, daß nach dem Vorliegen der Ergebnisse von Bodenuntersuchungen sowohl Konflikte um Art, Ausmaß, Zeitrahmen und Finanzierung der Sanierungsmaßnahmen aufbrechen werden, als auch, daß vor dem Hintergrund genaueren Wissens um die Belastung des Geländes bestimmte Nutzungen grundsätzlich in Frage gestellt werden (müssen).

Als *Konfliktachsen* sind in der gegenwärtigen Auseinandersetzungen wirksam: zum einen Auffassungsunterschiede zwischen verschiedenen städtischen Einrichtungen sowie zwischen städtischen Einrichtungen und Nutzern des Geländes; zum anderen offene oder latente Konflikte zwischen verschiedenen lokalen Bevölkerungsgruppen, aus denen potentiell aber auch ein Konflikt zwischen Teilen der Bevölkerung und städtischen Behörden hervorgehen könnte.

Sieht man die Besonderheit des GrünGürtels gerade in der Verschränkung von sozialem, ökologischem und Landschaftsraum, dann wird offensichtlich, daß die geschilderten Konflikte sich nicht generell und prinzipiell entscheiden lassen, sondern von Fall zu Fall kooperativ zwischen den Konfliktparteien reguliert werden müssen. Im Fall des Maurice Rose-Airfield zeichnen sich einige *Kompromißlinien* ab, an welchen Gestaltungsvorschläge sich sinnvollerweise orientieren sollten:

- Eine sozial- und umweltverträgliche Nutzung der vorhandenen Gebäude durch die Werkstatt Frankfurt und andere Gruppen wird von den meisten Akteuren im Grundsatz akzeptiert. Es wäre daher vorstellbar, sie zum einen wegen der stadtteilbezogenen Nutzung, zum anderen wegen der besonderen sozialen Aufgabe der Werkstatt Frankfurt, unter Umständen verbunden mit Auflagen, zu genehmigen.
- Damit verbunden könnte eine klare räumliche und funktionale Abgrenzung des Gebäudebereichs vom Grünbereich vorgenommen werden. Zugleich könnte der Gebäudebereich durch entsprechende Gestal-

- tungselemente zum Stadtteil hin geöffnet werden.
- Durch derartige Maßnahmen könnte auf der einen Seite eine Expansion der sozialen Nutzungen in den Grünbereich hinein verhindert werden; zum anderen könnte durch geeignete Formen der Abgrenzung verhindert werden, daß hier ein zweiter Nordpark mit starker Erholungsnutzung entsteht. Bei der Gestaltung des Grünbereichs könnte dann ökologischen Entwicklungszielen ein starkes Gewicht eingeräumt werden.
 - Die Frage, ob sich die Abgrenzung der Nutzungen und Bereiche eher an den vorhandenen Gebäuden oder an den naturräumlichen Gegebenheiten orientieren sollte, könnte mit Beteiligung der Bonameser Bevölkerung entschieden werden. Sie ist auch eine Frage darüber, mit welchen Bildern, Erinnerungen und Zukunftsvorstellungen das Gelände von der lokalen Bevölkerung verknüpft wird.
 - Die Frage nach Rückbau oder "Überwucherung" der Landebahn sollte im Rahmen eines Gesamtkonzeptes zur Sanierung und Renaturierung des Geländes (einschließlich der Renaturierung der Nidda, des Nidda-Altarmes und des Kalbachs) entschieden werden. Sobald die Ergebnisse von Bodenproben vorliegen, sollten sich die GrünGürtel-GmbH und die anderen beteiligten Akteure an einem Runden Tisch auf Modalitäten, Ziele und Zeitrahmen eines solchen Sanierungskonzeptes verständigen.

Vermeidung künftiger Dauerkonflikte

Um zukünftige Dauerkonflikte um das Gelände zu vermeiden, ist darüber hinaus sorgfältig zu klären, wie ein solches Kompromißkonzept von der Bonameser Bevölkerung auf- und wahrgenommen wird. Die GrünGürtel-GmbH sollte in jedem Fall verhindern, daß eine soziale Nutzung des Hubschrauberlandeplatzes als ein neues "lärmträchtiges" Projekt "der" Gesamtstadt oder bestimmter lokaler Gruppen gegen die Interessen des Stadtteils wahrgenommen wird (wie es sich z.B. in dem zitierten Leserbrief andeutet). Andernfalls würde der Protest gegen den Fluglärm "nahtlos" in Protest gegen vermeintliche oder tatsächliche Lärm- und Verkehrsbelastungen durch die neuen Nutzer des Geländes (und gegen die Stadt, die solche Aktivitäten genehmigt) übergehen. Um dieser Gefahr vorzubeugen sollte die GrünGürtel-GmbH

- behutsame und offene Formen der Darstellung eines solchen Konzeptes in der Öffentlichkeit wählen;
- an verschiedenen Punkten die Bonameser Bevölkerung

- (über die bereits involvierten Vereine hinaus) in die Gestaltung des Geländes einbeziehen;
- gemeinsam mit den Nutzern des Geländes ein Konzept der umwelt- und sozialverträglichen Verkehrsanbindung entwickeln;
 - sich durch klar definierte Auflagen und beispielsweise eine Informationspflicht vor Nutzungsänderungen oder -ausweitungen sowie vor größeren Veranstaltungen Mitsprachemöglichkeiten gegenüber den Nutzern sichern;
 - auf eine Priorität stadtteil-bezogener Nutzungen hinarbeiten.

Handlungsempfehlungen für die GrünGürtel-GmbH

Vor diesem Hintergrund schlagen wir der GrünGürtel-GmbH als nächste Schritte zur Moderierung des Konfliktes vor:

- Initiierung eines *Runden Tisches* mit Vertretern der wichtigsten lokalen Institutionen (demokratische Parteien des Ortsbeirates; Kirchen; Vereine; evtl. Bürgerinitiativen etc.), der Gelände-nutzer (Werkstatt Frankfurt, Kulturverein), der beteiligten Ämter, Behörden und Institutionen (Umweltamt/Untere Naturschutzbehörde, Planungsdezernat, Stadtentwässerungsamt, Naturschutzbeirat, GrünGürtel-GmbH, Bundesvermögensamt). Ziele eines solchen Runden Tisches sollten sein: die verschiedenen konzeptionelle Entwürfe zu diskutieren; die unterschiedlichen Interessenlagen zu klären; existierende Konflikte offenzulegen und mögliche zu antizipieren; potentielle Kompromißspielräume auszuloten; Grundzüge eines Sanierungskonzepts vorzuklären sowie eine öffentliche Diskussion in Bonames vorzubereiten. Durch eine entsprechende Vorbereitung sollte vor allem verhindert werden, daß es bei dieser öffentlichen Diskussion zu einer sich verhärtenden Polarisierung zwischen verschiedenen Bonamesern Bevölkerungsgruppen (etwa Anwohnern und Nutzern des Geländes) oder zwischen "dem Stadtteil" und "der Stadt" kommt.
- Durchführung einer *öffentlichen Diskussionsveranstaltung* in Bonames über die Zukunft des Geländes. Neben der Vorstellung von Planungen und Konzepten sollte dabei für die eigene Konzeption geworben werden, mit dem Ziel, im Stadtteil einen möglichst breiten Konsens über die Grundzüge der Nutzung und Gestaltung des Geländes zu erreichen.

Zugleich sollten die weiteren Verfahrens- und Umsetzungsschritte vorbereitet werden.

- Initiierung von *Zukunftswerkstätten* interessierter Personen und Gruppen aus dem Stadtteil. Darin sollten Vorschläge und Phantasien zur Umsetzung eines konsensfähigen Konzepts und zur konkreten Gestaltung einzelner Landschaftselemente (z.B. Formen der Öffnung zum Stadtteil; Anlage von Wegen; Gestaltung der Gewässer etc.) gesammelt und entwickelt werden. Ziel der Zukunftswerkstätten wäre aber nicht nur, Gestaltungsvorschläge anzuregen, sondern auch Potentiale einer sozialen Identifikation mit dem Gelände zu wecken und zu stärken - einer Identifikation nicht nur mit den genutzten Gebäuden, sondern auch und gerade mit dem schützenswerten Grünbereich.

Im Interesse einer raschen Klärung der unterschiedlichen Positionen und um zu vermeiden, daß sich Konfliktlinien aufgrund fehlender oder unterbrochener Kommunikation verhärten, sollten die genannten Schritte so schnell wie möglich unternommen werden.

Empfehlung

Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen und Handlungsvorschläge für die GrünGürtel-GmbH sind die Besonderheit des Frankfurter GrünGürtels als ökologisches Handlungsfeld und als sozial-ökologischer Raum. Der GrünGürtel stellt vor dem Hintergrund zunehmender ökologischer Belastungen gerade in den städtischen Ballungsräumen einen neuartigen, weitreichenden und überregional stark beachteten Ansatz zu einer vorsorgeorientierten kommunalen Umweltpolitik und Landschaftsgestaltung dar. Allgemeines Ziel der GrünGürtel-Planung ist die Sicherung, Gestaltung und Entwicklung eines hochwertigen, ökologisch intakten, stadtnahen Naturraumes bei gleichzeitiger sozialer und teilweise wirtschaftlicher Nutzung durch die Frankfurter Bevölkerung.

Die Besonderheit des GrünGürtels ist demnach genau darin zu sehen, daß sich in ihm soziale, ökologische und landschaftsgestalterische Problemlagen und Bewertungskriterien überlagern. Dabei sind drei Handlungsebenen miteinander verschränkt:

- die Entwicklung des GrünGürtels als sozialer Raum;
- die Bewahrung und Entwicklung des GrünGürtels als ökologischer Raum;
- die Gestaltung des GrünGürtels als Landschaft.

Bündeln lassen sich diese Handlungsebenen in der das GrünGürtel-Projekt übergreifenden Frage: "Welche Natur und welche Landschaft wollen die Stadt und ihre BewohnerInnen im GrünGürtel und wie sollen Natur und Landschaft genutzt werden?".

Die Rolle der GrünGürtel-GmbH

Die Gestaltung des GrünGürtels als eines sozialen, ökologischen und Landschaftsraumes stellt eine Querschnittsaufgabe dar, die am ehesten von einer unabhängigen, ressort- und sektorübergreifenden Institution bewältigt werden kann - unter Umständen ergänzt durch zeitlich begrenzte und themenorientierte ämterübergreifende Arbeitsgruppen. Als eine solche Institution fungiert gegenwärtig die GrünGürtel-GmbH der Stadt Frankfurt. Diese sollte sich gleichwohl nicht als zentrale Planungsinstanz für das GrünGürtel-Projekt begreifen; die GmbH sollte vielmehr ihre Rolle darin sehen, verschiedene Perspektiven und Interessen aufzunehmen, zu integrieren und zu bündeln. Sie ist eine Institution der *Vermittlung*

zwischen den unterschiedlichen Sichtweisen und Anforderungen, insbesondere der Vermittlung zwischen den verschiedenen städtischen Ämtern, zwischen kommunaler Verwaltung und der Frankfurter Bevölkerung sowie zwischen verschiedenen Nutzergruppen im GrünGürtel selbst. Vermittlung in diesem Sinne schließt die Regulierung und Moderation auftretender Konflikte ebenso mit ein, wie den Versuch, soziale, ökologische und landschaftsästhetische Gestaltungskriterien in Einklang zu bringen. Zugleich aber muß die GmbH immer wieder versuchen, die unterschiedlichen Sichtweisen in der Stadt zu erweitern, indem sie konzeptionelle Überlegungen oder Zukunftsvisionen aus wissenschaftlichen und politischen Diskursen in die städtische Diskussion einbringt und den verschiedenen sozialen Akteuren in geeigneter Form zur Verfügung stellt. Die GmbH könnte damit eine wichtige *Dienstleistung* der Vermittlung, Kooperation und Kommunikation wahrnehmen- sowohl gegenüber den am Projekt beteiligten städtischen Ämtern als auch gegenüber den verschiedenen sozialen Nutzergruppen.

Langfristig sollte es vor diesem Hintergrund eine wesentliche Aufgabe der GmbH sein, die organisatorischen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen für eine umfassende gesellschaftliche "Selbstorganisation" im GrünGürtel zu schaffen. Diese könnte in Form einer von der Bevölkerung getragenen städtischen GrünGürtel-Stiftung⁴⁹ sichergestellt werden, wobei die Stiftung mit ihren verschiedenen Organen mittelfristig mehr und mehr an die Stelle der GmbH treten sollte.

Leitorientierung der GrünGürtel-Gestaltung

Um die Integration und Vernetzung der einzelnen Handlungsebenen zu erleichtern und zugleich die Wahrnehmung des GrünGürtels als eines kommunalen Gesamtprojektes zu verbessern, sollte die Vielfältigkeit der Aufgaben im GrünGürtel unter einer gemeinsamen Leitorientierung gebündelt werden.

Wir schlagen vor, für eine solche übergreifende Orientierung vor allem auf das Konzept der "nachhaltigen Entwicklung" zurückzugreifen. Denn zum

⁴⁹ Für eine solche "Stiftung GrünGürtel Frankfurt am Main" liegt bereits ein Satzungsentwurf vor (vgl. GrünGürtel-Projektbüro 1991: 234).

einen scheint dieses Konzept, gerade weil es sich gegenwärtig noch in der Phase der Klärung und Konkretisierung befindet, auch offen genug, regionale Besonderheiten und grüngürtel-spezifische Fragestellungen aufnehmen zu können. Wir verstehen "sustainable development" daher nicht als ein globales, wissenschaftlich-technisches Großkonzept, sondern als einen Orientierungsrahmen für jeweils spezifische regionale Konkretisierungen. Zum anderen stellt das Konzept thematische und methodische Verbindungen zur ökologischen und umweltpolitischen Debatte her und ist zumindest tendenziell geeignet, höchst unterschiedliche soziale Akteure (Politik, Industrie, Wissenschaft, Gewerkschaften, Umweltverbände) in einen gemeinsamen Diskussionszusammenhang zu bringen. Dies könnte sich - ungeachtet aller Differenzen in der Wahrnehmung des Konzepts und seiner politischen Konsequenzen - als positiv auch für die Verankerung des GrünGürtels in der städtischen Öffentlichkeit erweisen.

Unter einem allgemeinen Leitbild der "regionalen Nachhaltigkeit" stellen sich damit bezogen auf die Gestaltung des GrünGürtels als eines sozialen, eines ökologischen und eines Landschaftsraumes die folgenden, eng miteinander verknüpften Aufgaben

- einer nachhaltigen Bewirtschaftung;
- einer zukunfts offenen und gerechten sozialen Nutzung;
- einer dauerhaften Pflege der Landschaft.

Die GrünGürtel-GmbH sollte ihre Tätigkeit wesentlich darin sehen, in Form einer Dienstleistung sowohl für die kommunale Politik und Verwaltung als auch für die unterschiedlichen sozialen Gruppen der städtischen Bevölkerung die Voraussetzungen für die Bewältigung dieser Aufgaben zu schaffen und langfristig zu sichern.

Handlungsempfehlungen für die GrünGürtel-GmbH

Sowohl in Teil II (unter den Punkten 1.4, 2.8. und 3.4) als auch in der Einzelempfehlung zum Maurice Rose-Airfield (Teil III) sind bereits eine Reihe von wichtigen Anknüpfungsmöglichkeiten für die GrünGürtel-Gestaltung an die konzeptionellen Entwicklungen im Themenbereich "ökologische Handlungsfelder" genannt worden. Darüber hinaus werden wir im folgenden zwei Handlungsvorschläge für die GrünGürtel-GmbH näher

begründen, die beide auf einen "Einstieg" in das Konzept der "Nachhaltigkeit" im GrünGürtel zielen:

a) *Schaffung von Einrichtungen eines "regionalen Wissenstransfers" in bezug auf den GrünGürtel*

Dabei geht es erstens darum, Einrichtungen zu schaffen, in denen das wissenschaftliche Wissen der Region problemorientiert (im Sinne eines Einstiegs in die "nachhaltige Entwicklung" im GrünGürtel) gebündelt wird, in denen zweitens wissenschaftliches Wissen mit Problemen praktischer Gestaltung und mit der Sichtweise der "Laien" konfrontiert wird und in denen drittens auch das lokale und Laien-Wissen in die GrünGürtel-Gestaltung eingebracht werden kann.

"Sustainable development" befindet sich als Konzept gegenwärtig noch "im Fluß". Wesentliche Voraussetzung für eine Konkretisierung und Umsetzung auf regionaler Ebene ist zunächst die konzeptionelle Weiterarbeit und Präzisierung an "handfesten" Beispielen. Die GrünGürtel-GmbH sollte daher die folgenden Initiativen ergreifen, um diese konzeptionelle Weiterarbeit, verknüpft mit einer regional- und problemspezifischen Konkretisierung von "sustainable development" in Gang zu bringen.

- Initiierung eines runden Tisches von WissenschaftlerInnen aus Frankfurt und dem Rhein-Main-Gebiet unter dem Stichwort "local change". Hier sollten regionale und grüngürtel-spezifische Themen und Fragestellungen einer "nachhaltigen Entwicklung" aufgegriffen und in Forschungsfragen übersetzt sowie Vorschläge zur kostengünstigen Organisation entsprechender Forschungsprozesse entwickelt werden. Solche Themen und Fragestellungen sollten von der GrünGürtel-GmbH in den runden Tisch eingebracht werden; sie könnten beispielsweise sein: Probleme der Altlastensanierung im GrünGürtel; Fragen der Gewässersanierung und -renaturierung; Fragestellungen des Grundwasserschutzes; Probleme der nachhaltigen Bewirtschaftung des Stadtwaldes etwa im Hinblick auf Methoden der Schädlingsbekämpfung; Modelle einer anderen regionalen Verkehrspolitik; Ansätze zu einer ökologisch bewußteren städtischen "Wasserkultur". Mit dem runden Tisch "local change" sollte eine möglichst große Breite sowohl von regionalen Wissenschaftseinrichtungen (einschließlich der Forschungskapazitäten von Unternehmen) als auch von unterschied-

lichen Disziplinen angesprochen und einbezogen werden. Auf diese Weise könnten unterschiedliche Problemwahrnehmungen sowie ein beachtliches Forschungspotential zusammengeführt werden. Ein Beitrag der Forschungseinrichtungen zur GrünGürtel-Gestaltung könnte darin bestehen, daß sie im Sinne einer sozial-ökologischen Allianz oder eines "private-public-partnership" Teile ihrer Forschungskapazitäten für die Bearbeitung grüngürtel-spezifischer Themen bereitstellen.

- In Verbindung mit der Realisierung der geplanten "Stiftung GrünGürtel Frankfurt am Main" sollte sich die GrünGürtel um die Errichtung einer GrünGürtel-Stiftungsprofessur bemühen. Aufgabe dieser Professur wäre es, grundlegende Fragen der GrünGürtel-Gestaltung sowie Zukunftsprobleme der städtischen Entwicklung wissenschaftlich zu reflektieren, öffentlich zur Diskussion zu stellen und der Politik Handlungsanregungen zu geben. Die Professur könnte an der Universität Frankfurt angesiedelt und hier dem Fachbereich Geographie zugeordnet werden. Sie sollte aber vor allem den disziplinübergreifenden wissenschaftlichen Diskurs zu Fragen der GrünGürtel-Gestaltung anregen und weitertreiben und wäre aus diesem Grund keineswegs nur von GeographInnen zu besetzen. Zugleich wäre eine wichtige Aufgabe einer solchen Professur, in Abstimmung mit dem oben erwähnten runden Tisch auch andere wissenschaftliche Einrichtungen in der Rhein-Main-Region über die Universität hinaus für grüngürtel-spezifische Fragestellungen zu interessieren und die verschiedenen Beiträge zu koordinieren. Die Professur könnte von verschiedenen WissenschaftlerInnen jeweils für eine begrenzte, aber nicht zu kurze Zeit besetzt werden (denkbar wären etwa 2 Jahre). Es empfiehlt sich, für die Finanzierung neben den Mitteln der Stiftung auf die Unterstützung privater Sponsoren zurückzugreifen, wie sie bei anderen Stiftungsprofessuren an der Universität bereits üblich ist. Denkbar wäre auch, daß die Stiftungsprofessur bereits vor der geplanten Stiftung eingerichtet wird und damit eine Initialfunktion für deren Gründung bekommt.
- Eine weitere wichtige Aufgabe der Stiftungsprofessur wäre in der Initiierung und Betreuung von Abschlußarbeiten mit grüngürtel-bezogenen Themen an den Frankfurter Hochschulen zu sehen. Die Skizzierung entsprechender Themen könnte in Ab-

sprache zwischen dem Inhaber oder der Inhaberin der Stiftungsprofessur und der GrünGürtel-GmbH vorgenommen werden (ein ähnliches Modell wird unseres Wissens nach mit gutem Erfolg bereits zwischen den Stadtwerken und der Fachhochschule Frankfurt praktiziert). Für die jeweils besten Arbeiten eines Jahres sollte die GmbH bzw. Stiftung als Anreiz einen Förderpreis aussetzen. Denkbar wäre etwa eine Fördersumme von DM 5.000.

Mit den genannten Maßnahmen könnte zum einen das für die GrünGürtel-Gestaltung erforderliche konzeptionelle und problemorientierte Wissen erarbeitet werden; zum anderen würden Fragen der GrünGürtel-Gestaltung und der Stadtentwicklung viel stärker als bisher in Wissenschaft, Kultur und Politik sowie in der städtischen Öffentlichkeit wahrgenommen und zum Thema der gesellschaftlichen Diskussion und Auseinandersetzung.

Genutzt werden könnten die oben skizzierten Einrichtungen darüber hinaus für die interne Weiterbildung der MitarbeiterInnen, sei es der GrünGürtel-GmbH, sei es der beteiligten städtischen Ämter. Hierbei ist an Seminare, Fortbildungskurse und Praktika zu denken, welche die jeweiligen MitarbeiterInnen mit dem aktuellen Stand der ökologischen Diskussion sowie den Umsetzungsmöglichkeiten für den GrünGürtel vertraut machen sollen. Auch hier wäre es naheliegend, auf die Forschungskapazitäten der am Runden Tisch beteiligten wissenschaftlichen Institutionen sowie auf die Stiftungsprofessur zurückzugreifen.

Bei der Initiierung und Organisation der geschilderten Einrichtungen könnte sich die GrünGürtel-GmbH durch die in den künftigen GrünGürtel-Beirat zu berufenden WissenschaftlerInnen beraten lassen.

Parallel zu der Bündelung und thematischen Konzentration des in der Region vorhandenen wissenschaftlichen Wissens sollten aber auch Formen geschaffen werden, das lokale Wissen der "ExpertInnen vor Ort" stärker in die GrünGürtel-Gestaltung einzubeziehen. Ein möglicher Ansatz hierzu könnte (neben den oben genannten "GrünGürtel-Ortsbeiräten") die Initiierung und Förderung von stadtteilbezogenen "NaturGeschichtswerkstätten" sein.⁵⁰ Hierbei würde die historische

⁵⁰ Methodisch und konzeptionell könnten die NaturGeschichtswerkstätten anknüpfen an die "Environmental History" in den USA sowie an verschiedene umweltgeschichtliche Ini

Entwicklung des Stadtteils mit der Geschichte der ihn umgebenden Natur und deren sozialer Nutzungen verknüpft. So könnte das häufig verstreute Wissen von einzelnen gesammelt, und auch für die heutige Gestaltung relevantes Wissen dokumentiert werden, sei es zu möglichen Altlasten, sei es zu früheren sozialen Nutzungen der Natur oder zu Fragen des Naturschutzes und des Landschaftsbildes.⁵¹

Die GrünGürtel-GmbH könnte solche Werkstätten stadtteilorientiert vor allem in Kooperation mit Schulen oder einzelnen LehrerInnen initiieren; sie könnten insbesondere in der Frühphase von Gestaltungsvorhaben bezogen auf einzelne Teilstücke in Form von Wettbewerben durchgeführt werden.⁵² Die besten Arbeiten sollten von der GmbH prämiert werden.

NaturGeschichtswerkstätten würden nicht nur das lokale geschichtliche Wissen über den Stadtteil und die ihn umgebenden Landschaften und Ökosysteme sammeln; sie wären auch geeignet, Identifikationen mit dem GrünGürtel oder einzelnen Teilstücken gerade bei den heranwachsenden Generationen zu stiften. Darüber hinaus wären sie ein wichtiger lokaler Ansprechpartner für die GrünGürtel-GmbH, sowohl bei der Erarbeitung von Gestaltungs-, Schutz- und Pflegekonzepten als auch bei der Antizipation möglicher sozialer Konflikte.

b) *Initiierung von integrierten Konzepten der Pflege*

tiativen und Ansätze auch in der Bundesrepublik (vgl. dazu Ernst 1993).

⁵¹ Eine solche NaturGeschichtswerkstatt könnte beispielsweise bezogen auf die Niddaau in Bonames vor ihrer Nutzung als Flugplatz, auf das Sossenheimer Unterfeld oder den Heiligenstock interessante Ergebnisse bereitstellen.

⁵² Eine andere Möglichkeit läge in der Verknüpfung der Werkstätten mit dem "Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten", falls dies thematisch möglich ist. Vor allem im Wettbewerb 1986/87 ("Umwelt hat Geschichte") ist eine Fülle interessanter umwelthistorischer Arbeiten von SchülerInnen entstanden (vgl. dazu "Umwelt hat Geschichte" 1988 sowie Eggert 1988). Eine weitere Möglichkeit könnte in der Zusammenarbeit der NaturGeschichtswerkstätten mit Einrichtungen der Erwachsenenbildung, vor allem den Volkshochschulen, bestehen.

und sozialen Nutzung von Flächen im GrünGürtel

Eine der wichtigsten Aufgaben im GrünGürtel ist die dauerhafte Pflege und behutsame Entwicklung der schützenswerten Natur und der Kulturlandschaft.⁵³ Wie oben dargelegt worden ist, scheint die Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft langfristig nur dann gesichert, wenn sie mit einer schonenden, ökologisch verträglichen sozialen und wirtschaftlichen Nutzung verknüpft bleibt. Dementsprechend sollte die GrünGürtel-GmbH auf zwei Ebenen Initiativen zur Sicherung wirtschaftlicher Nutzungen im GrünGürtel ergreifen:

- Hinsichtlich der kommerziell betriebenen Landwirtschaft im GrünGürtel (aber auch allgemein in der Region) scheint die Förderung der Direktvermarktung von im GrünGürtel erzeugten Lebensmitteln ein geeigneter Einstieg zu einer ökonomischen Existenzsicherung der Landwirtschaft, die sich mit ihrer umweltverträglichen Umgestaltung verbinden läßt. Die GmbH sollte sich hierbei zunächst und in erster Linie um "sozial-ökologische Allianzen" zwischen einzelnen Akteuren bemühen: So könnten etwa verbindliche Vereinbarungen zwischen den Großküchen der am Rande des GrünGürtels ansässigen Unternehmen⁵⁴ und einzelnen Landwirten über die Lieferung umweltgerecht erzeugter Agrarprodukte durch Vermittlung der GmbH zustande kommen. Die GmbH kann im Rahmen eines solchen Konzepts möglicherweise leichter als städtische Ämter bewußt und gezielt den Kontakt mit einzelnen innovationswilligen Landwirten suchen und auf den Nachahmeeffekt solcher Vereinbarungen setzen, falls sie sich bewähren.
- Ungeachtet solcher Maßnahmen bleibt unbestritten, daß sich im GrünGürtel zahlreiche wertvolle Teilstücke befinden, bei welchen eine marktorientierte wirtschaftliche Nutzung trotz unterstützender Maßnahmen kaum mehr möglich scheint. Dies gilt insbesondere für einen großen Teil der noch vorhan-

⁵³ Vgl. "Grün-Gürtel-Charta": "Als eine der obersten Aufgaben wird der durch naturräumliche Gegebenheiten und traditionelle Bewirtschaftung geprägte Charakter der Kulturlandschaft geschützt und pfleglich entwickelt."

⁵⁴ Z.B. Hoechst, Lurgi, DER, Cassella, daneben aber auch die Universitätsmensa am Niederurseler Hang.

denen Streuobstbestände. Deren hoher ökologischer, landschaftsästhetischer und damit auch Erholungswert ist gefährdet, wenn es nicht gelingt, die dauerhafte Pflege der vorhandenen Bestände sicherzustellen. Hier sollte die GrünGürtel-GmbH unter der Leitorientierung der "schützenden Aneignung" des GrünGürtels durch die städtische Bevölkerung Formen der sozialen Nutzung initiieren, die eine wirtschaftliche Nutzung für den Eigenbedarf miteinschließen - und damit auch die Pflege der Bäume. Einzelne Maßnahmen in diese Richtung, etwa "Baumpatenschaften" oder "Streuobstbörsen", sind andernorts und in anderen Zusammenhängen teilweise erfolgreich eingesetzt worden. Entsprechende Modelle müßten im GrünGürtel differenziert nach einzelnen Streuobstbeständen (Lage der Bäume, Besitzverhältnisse etc.) erarbeitet werden. Insbesondere das Instrument der Baumpatenschaften wäre wahrscheinlich noch erheblich auszuweiten. Über 'traditionelle' Interessenten wie Naturschutzverbände und Vereine hinaus könnten hier sowohl Privatpersonen als auch beispielsweise Schulen und Kindertagesstätten angesprochen werden. Sinnvoll wäre hier auch eine Integration in die Umwelt-erziehung. Zugleich müßten Organisationsmodelle entwickelt werden, welche sicherstellen, daß die Pflege der Bäume und Wiesen fachgerecht erfolgen kann. Um ein "Verschneiden" der Bäume zu verhindern, wäre die Finanzierung professioneller Pflegemaßnahmen aus Pachtbeträgen für Bäume oder Wiesen vermutlich sinnvoller als die Einrichtung von Kursen, in welchen den NutzerInnen das für eine fachgerechte Pflege erforderliche Wissen zur Verfügung gestellt wird. Auch hier sollte die GmbH zunächst bewußt auf die Vorbildfunktion einzelner Initiativen setzen. Denkbar wäre zum Beispiel ein Einstieg über Baumpatenschaften einzelner Schulen.

Mit den vorgeschlagenen Schritten könnte die GrünGürtel-Gestaltung - über den Einstieg in eine lokale Konkretisierung und Umsetzung "nachhaltiger Entwicklung" hinaus - unter Umständen auch konzeptionelle oder praktische Impulse für andere kommunale oder regionale Politikfelder geben. Wenn dies gelänge, würde der GrünGürtel längerfristig tatsächlich zu einem Kristallisationspunkt regionaler Nachhaltigkeit und zu einem Modell ökologischer Stadtentwicklung werden.

V. Literatur

Altieri, M.A/D.K. Letourneau/J.R. Davis (1983):
Developing sustainable agroecosystems. In: *BioScience*
33

Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen (1992):
Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1992,
Frankfurt

Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen (1993):
Kommunalwahlen 1993 in Frankfurt am Main. Eine erste
Analyse (*Frankfurter Wahlanalysen 1*), Frankfurt

Beck, Ulrich (1988): *Gegengifte. Die organisierte
Unverantwortlichkeit*, Frankfurt

Becker, Egon/Peter Wehling (1993): *Risiko Wissen-
schaft. Ökologische Perspektiven in Wissenschaft und
Hochschule*, Frankfurt/New York (im Erscheinen)

Brög, Werner (1991a): Verhalten beginnt im Kopf.
Public awareness des öffentlichen Personennah-
verkehrs. In: Stadt Frankfurt a.M./Umweltdezernat:
Tom Koenigs, Roland Schaeffer (Hg.): *Fortschritt vom
Auto? Umwelt und Verkehr in den 90er Jahren*, München

Brög, Werner (1991b): Verhalten beginnt im Kopf.
Möglichkeiten und Grenzen von Marketing-Aktivitäten
für den ÖPNV, *Socialdata 91/262*, München

Brückmann, Sabine/Richard Häusler (1991): *Tu was für
das Trinkwasser: was jeder wissen sollte und tun
kann, um unser Trinkwasser zu schützen*, München
(Schweissfurth-Stiftung)

Brückmann, Sabine/Ursula Cramer-Conrad (1992):
*Lebensmittel Wasser: Trinkwassermessung als Hand-
lungsansatz in der Umweltbildung* (hrsg. v. d. Pädä-
gogischen Arbeitsstelle des Deutschen Volkshoch-
schulverbandes), Frankfurt

Buitenkamp, Maria/ Henk Venner/ Teo Wams (Red.)/
Stichting Milieudedefensie - Friends of the Earth
(Hg.) (1992): *Actieplan Nederland Duurzaam*, o.O.

Busch-Lüty, Christiane (1992): *Tutzing II - ein
Resümee*. In: Busch-Lüty u.a. (Hg.) (1992)

Busch-Lüty, Christiane/Hans-Peter Dürr/Hanns Langer (Hrsg.) (1992): Ökologisch nachhaltige Entwicklung von Regionen. Beiträge, Reflexionen und Nachträge. Tutzingener Tagung 1992 "Sustainable Development - aber wie?" (*Politische Ökologie*, Sonderheft 4)

Center for New Democratic Processes (ed.) (1985): Final Report of the Citizen Panel on Agriculture and Water Quality, Minneapolis (mimeograph.)

Dehler, Joseph (1990): Wider die Verschwendung von Wissen. Vernetzung in Regionalen Wissenschaftszentren, 7., überarb. Auflage, Frankfurt

Dienel, Peter C. (1978): Die Planungszelle. Der Bürger plant seine Umwelt. Eine Alternative zur Establishment-Demokratie, Opladen

Dienel, Peter C. (1990): Der Bürger probt die Politikberatung. Die Planungszelle, ein Baustein gegen die Abdankung des Staats, Wien

Dienel, Peter C. (1991): Die Planungszelle. Der Bürger plant seine Umwelt. Eine Alternative zur Establishment-Demokratie, 2., durchgesehene und erweiterte Auflage, Opladen

Dienel, Peter C./T. Friedrich/H. Henning (1984): Bürger planen einen Freizeitpark, Frankfurt am Main/Bern/New York/Nancy

EAWAG, Abteilung Abfallwirtschaft und Stoffhaushalt (1990): RESUB - Der regionale Stoffhaushalt im Unteren Bünztal. Die Entwicklung einer Methodik zur Erfassung des regionalen Stoffhaushaltes. Dübendorf (Schweiz)

Eggert, Heinz-Ulrich (Hg.) (1988): Umwelt hat Geschichte - auch in Münster. Preisgekrönte Beiträge für den Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten 1986/87, Münster

Ernst, Christoph (1993): Wer trübte die Wässerchen? Die Umweltgeschichte etabliert sich an deutschsprachigen Universitäten und Forschungseinrichtungen. In: *Politische Ökologie*, Nr. 31

Esteva, Gustavo (1993): Entwicklung. In: W. Sachs (Hg.): Wie im Westen so auf Erden. Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik, Reinbek

Friege, Henning (1991): Chemiepolitische Grundsätze, Chemiedienstleistungen und Entwicklungslinien - Ein Ansatz für die Chemiediskussion. In: M.Held (Hg.): Leitbilder der Chemiepolitik, Frankfurt/New York

Gaßner, Hartmut/Bernd Holznagel/Uwe Lahl (1992): Mediation. Verhandlungen als Mittel der Konsensfindung bei Umweltstreitigkeiten, Bonn

Gehrmann, Peter/Engelbert Schramm (1984): DB-Neubaustrecken. Harte Technik umweltfreundlich. In: *Wechselwirkung*, Nr.22 (Aug. 1984)

Grafen, Annegret/Andreas Höll/Heino von Meyer (1991): Umweltgerechte Entwicklung der Landwirtschaft in Frankfurt. Bericht an das Umweltamt, Frankfurt (Institut für ländliche Strukturforschung)

Graul, Jens (1991): Möglichkeiten der Abfallvermeidung durch Öffentlichkeitsarbeit. In: Institut für ökologisches Recycling (IfÖR) (Hg.): Perspektive Abfallvermeidung, Berlin

GrünGürtel-Projektbüro (Hg.) (1991): Ergebnisbericht GrünGürtel-Planung 1990/91, Frankfurt

Häpke, Ulrich (1991): Natur nutzen und schützen. Stadt und Landwirtschaft. In: *Kommune*, Nr. 6/91

Harborth, Hans-Jürgen (1989): Dauerhafte Entwicklung (Sustainable Development). Zur Entstehung eines neuen ökologischen Konzepts, Berlin (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung)

Harborth, Hans-Jürgen (1992): Oligarchische oder demokratische Lebensstandards. In: *Jahrbuch Ökologie* 1993, München

Harborth, Hans-Jürgen (1993): Dauerhafte Entwicklung statt globaler Selbstzerstörung. Eine Einführung in das Konzept des "Sustainable Development", 2., durchgesehene und erweiterte Auflage, Berlin

Hauff, Volker (Hg.) (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven

Hesse, Markus (1992): Vorsorge für das "gute Leben". Regionale Konzepte nachhaltiger Entwicklung am Beispiel von zwei Regionen in Ost- und Westdeutschland. In: Busch-Lüty u.a. (Hg.) 1992

Höll, Andreas (1992): Entwicklung umweltgerechter
Landbewirtschaftung in Frankfurt. In: *Forschung
Frankfurt*, Nr. 4/92

Höll, Andreas/Heino von Meyer (1992): Umweltgerechte
Landbewirtschaftung in Frankfurt am Main. Konzept
für ein Frankfurter Programm zur Entwicklung umwelt-
gerechter Landbewirtschaftung, Frankfurt (Institut
für ländliche Strukturforchung)

Huber, Gudrun (1992): Landschaftspflege statt Natur-
schutz? Von gepflegten Wiesen frisch auf den
Kompost! In: *Arbeitsergebnisse* (Schriftenreihe der
Arbeitsgemeinschaft für ländliche Entwicklung am
Fachbereich Stadt- und Landschaftsplanung der Gesamt-
hochschule Kassel), H. 21, Kassel, September 1992

Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE)
(1992): Irmgard Schultz u.a.: Abfallvermeidung und
Konsumverhalten. Studie im Auftrag des Büros für
Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag
(TAB) (unveröff.)

Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE)
(1993): Thomas Kluge/Aicha Vack/Engelbert Schramm:
Industrie und Wasser (Greenpeace-Studie Aquarius 2),
Hamburg (im Erscheinen)

Jahn, Thomas (1990): Das Problemverständnis sozial-
ökologischer Forschung. Umriss einer kritischen
Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: E.
Becker (Hg.): *Jahrbuch für sozial-ökologische
Forschung 1* (1990), Frankfurt

Jahn, Thomas (1991): Neue Grün(en)-Politik?. In:
Kommune, Nr. 6/91

Jungk, Robert/Norbert R. Müllert (1981):
Zukunftswerkstätten, Hamburg

Jungk, Robert/Norbert R. Müllert (1989): Zukunfts-
werkstätten. Mit Phantasie gegen Routine und
Resignation, überarb. u. aktualisierte Neuauflage,
München

Keil, Roger/Klaus Ronneberger (1991): Macht und
Räumlichkeit. Die Weltstadt geht aufs Dorf. In: F.-
O. Brauerhoch (Hg.): *Frankfurt am Main. Stadt,
Soziologie und Kultur*, Frankfurt

- Kloepfer, Michael u.a. (1990): Umweltgesetzbuch. Allgemeiner Teil. UBA-Berichte 7/90, Berlin (Umweltbundesamt)
- Kluge, Thomas/Engelbert Schramm (1990): Das Prinzip Verantwortung als Bedingung einer ökologischen Wasserwirtschaft. In: E. Becker (Hg.): Jahrbuch 1 für sozial-ökologische Forschung 1990, Frankfurt
- Kluge, Thomas/Engelbert Schramm (1992a): Agrar-chemikalien und zonierter Grundwasserschutz. In: E. Becker (Hg.): Jahrbuch für sozial-ökologische Forschung 2 (1991/92), Frankfurt
- Kluge, Thomas/Engelbert Schramm (1992b): Qualitative Analyse von Vorsorgestrategien zum Schutz des Grundwassers im Verursacherbereich Landwirtschaft. Endbericht für das Büro für Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestags
- Koenigs, Tom (Hg.) (1991): Vision offener Grünräume, Frankfurt/New York
- Kopfmüller, Jürgen (1991): "Sustainable Development". Hintergründe, Umsetzungsaspekte, Forschungsbedarf. Abteilung für Angewandte Systemanalyse. Kernforschungszentrum Karlsruhe
- Kopfmüller, Jürgen (1993): Die Idee einer zukunftsfähigen Entwicklung - "Sustainable Development". Eine kritische Betrachtung. In: *Wechselwirkung*, Nr. 61 (Juni 1993)
- Kramer, Dieter (1991): Freizeitgesellschaft und qualifizierte Naturräume. In: *Kommune*, Nr. 6/91
- Kramer, Heiko (1993): Anforderungen des Arten- und Biotopschutzes an die GrünGürtel-Planung. Vortrag beim Kolloquium "Zwischenberichte" der GrünGürtel GmbH, Frankfurt, 19.3.93
- Krekele, Michael (1992): Steigende Öko-Budgets in PR-Agenturen, In: *Horizont*, Nr. 20, 10.7. 92
- Krippendorf, Jost/Sabine Krippendorf-Demmel (1992): Beim Menschen selbst ansetzen. Der Einbezug der Nachhaltigkeit in neueren Ansätzen der Regionalentwicklung in der Schweiz. In: Busch-Lütty u.a. (Hg.) 1992

Kümmerer, Klaus (1993): Zeiten der Natur - Zeiten des Menschen. Ein Beitrag zur Ökologie der Zeit. In: M. Held/K. Geißler (Hg.): Ökologie der Zeit. Vom Finden der rechten Zeitmaße, Stuttgart

Kuhnt, Beate/Norbert R. Müllert (1992): Projekte aus Zukunftswerkstätten. In: *Zukünfte*, Nr. 4/5 (1992/93)

Meadows, Dennis/Donella Meadows/Jørgen Randers (1992): Die neuen Grenzen des Wachstums, Stuttgart

Modrow-Thiel, Brita (1988): Enttäuschungsverarbeitung im politischen System. Die blockierte Karriere der Bürgerplanung "Freizeitanlage Bärenloch", Frankfurt/Bern/New York/Paris

Nohl, Werner/Ursula Richter (1988): Umweltverträgliche Freizeit, freizeitverträgliche Umwelt. Ansätze für eine umweltorientierte Freizeitpolitik im Rahmen der Stadtentwicklungspolitik (ILS-Schriften 16), Dortmund (Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen)

Öko-Institut (1992): Dieter Seifried: Least-Cost Planning. Der Weg zum Umbau unseres Energieversorgungssystems (Greenpeace-Studie Energie), Hamburg

Prose, Friedemann/Klaus Wortmann (1992): Energiesparen: Verbraucheranalyse und Marktsegmentierung der Kieler Haushalte, Endbericht, Kiel

Sachs, Wolfgang (1992a): Zur Archäologie der Entwicklungsidee. Acht Essays (hrsg. von K.F. Schade), Frankfurt

Sachs, Wolfgang (1992b): Theater auf der Titanic. Über UNCED und darüber hinaus. In: *epd-Entwicklungspolitik*, Nr. 8/92

Schleicher-Tappeser, Ruggero/Christel Rosenberger-Balz/Christian Hey (1992): Perspektiven ökologischer Regionalentwicklung in Südbaden (EURES-Schriftenreihe, Bd. 1), Pfaffenweiler

Schoenheit, Ingo (1991): Marketing für Ökologie, Referat auf der Tagung "Konsum - Produkt - Kultur", Wien (September 1991)

Schramm, Engelbert (1990): Die Verwissenschaftlichung der Oppositionsbewegungen. In: *Prokla* Nr. 79, 20.Jg.

Schramm, Engelbert (1992a): Materialien zur sozial-ökologischen Klassifikation der Hessischen Landwirtschaft. Bewertende Bestandsaufnahme der bisher in der Diskussion um die Veränderung der Förderkriterien in Hessen vorgetragenen Positionen und Schlußfolgerungen (*Sozial-ökologische Arbeitspapiere* 41), Frankfurt

Schramm, Engelbert (1992b): Von der Chlorchemie zur "integrierten" Dienstleistung. In: E. Becker (Hg.): *Jahrbuch für sozial-ökologische Forschung* 2 (1991/92), Frankfurt

Schreyer, Michael (1992): Der Hindernislauf der Ökologie. Chancen und Hemmnisse einer Verankerung des Nachhaltigkeitsprinzips im politischen Raum. In: Busch-Lüty u.a. (Hg.) 1992

Stadtwerke Saarbrücken (Hg.) (1984): *Das Saarbrücker Zukunftskonzept Wasser*, Saarbrücken

Stahel, Walter (1993): Die Strategie der Dauerhaftigkeit. Verkauf von Nutzen statt von Produkten. In: M. Held/K. Geißler (Hg.): *Ökologie der Zeit. Vom Finden der rechten Zeitmaße*, Stuttgart

Stiftung Verbraucher-Institut (Hg.) (1990): *Soziale Verantwortung der Konsumenten. Ethische, politische und psychische Dimensionen eines Bildungsziels. Protokoll zur Tagung 29. - 31.10.1990, Mainz*

Striegnitz, Meinfried (1990): *Mediation: Lösung von Umweltkonflikten durch Vermittlung - Praxisbericht zur Anwendung in der Kontroverse um die Sonderabfalldeponie Mönchshagen*. In: *Zeitschrift für angewandte Umweltforschung* (Jg. 1990)

Stuchlik, Gerda (1992): *Frankfurt als Wissenschaftsstadt (mit einem historischen Exkurs über die 20er Jahre)*. *Materialien Soziale Ökologie* 4, Frankfurt (Institut für sozial-ökologische Forschung)

Thamm, Edgar (1989): *Bürgerbeteiligung in der Regionalpolitik*, Diss., Univ. Würzburg

Thomas, Frieder (1992): *Der Pflegefall in Hessen. Landschaftspflegeverbände aus kritischer Sicht der*

Landwirtschaft. In: Arbeitsergebnisse (Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für ländliche Entwicklung am Fachbereich Stadt- und Landschaftsplanung der Gesamthochschule Kassel), H. 21, Kassel, September 1992

"Umwelt hat Geschichte" (1988): Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten. Katalog der preisgekrönten Arbeiten, Band 7 - Wettbewerb 1986/87, Hamburg (Körber-Stiftung)

VerbraucherInitiative (1991): Die Verantwortung der Verbraucherinnen und Verbraucher. Entwurf für die Mitgliederversammlung, 11. - 13.10.1991, Bonn

WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) (1993): Jahresgutachten 1993, Bonn

von Weizsäcker, Ernst-Ulrich (1990): Erdpolitik. 2., aktualisierte Auflage, Darmstadt

WRM (Arbeitsgemeinschaft Wasserversorgung Rhein-Main) (Hg.) (1992): Wasserbilanz Rhein-Main 1990 - 2010, Frankfurt

Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie (1992a): Arbeitsgruppe "Neue Wohlstandsmodelle" - ein Konzept, Wuppertal

Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie (1992b): Unser trügerischer Wohlstand. Ein Beitrag zu einer deutschen Umweltbilanz. Im Auftrag der UNCED-Projektstelle von DNR und BUND, Wuppertal/Bonn

ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung

Das ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung ist ein unabhängiges, transdisziplinäres Forschungsinstitut in Frankfurt am Main. Wir entwickeln sozial-ökologische Konzepte für eine nachhaltige Entwicklung. Durch unsere Forschung liefern wir fundierte Entscheidungsgrundlagen für Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Zu den Forschungsthemen gehören Wasser, Energie, Klimaschutz, Mobilität, Urbane Räume, Biodiversität und sozial-ökologische Systeme.

Unsere Informationsangebote:

<http://www.isoe.de>

<http://www.isoe.de/medien/newsletter>

<https://twitter.com/isoewikom>